Staats- und Universitätsbibliothek Bremen
Staats-archiv Bremen
BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Kooperationsprojekt - Digitalisierung Drucksachen der Bremischen Bürgerschaft

Drucksachenabteilung: Drucksachenabteilung / 5
Landtag, 7. Wahlperiode: 1967-71

06.12.1968 - 19. Sitzung

Staats-und Universitätsbibliothek Bremen - Digitale Sammlungen

Visual Library

Bremische Bürgerschaft (Landtag)

7. Wahlperiode

Drucksachenabteilung V — Verhandlungsberichte

19. Sitzung

am Freitag, dem 6. Dezember 1968

Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Ernst, Sagner.

INHALT

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 23. Oktober 1968:
Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1969
(Drucksachenabteilung I Nr. 39)
1. Lesung

04 Justiz — Einzelberatung
040 Verwaltung für Justiz
Änderungsantrag Nr. 165
Abg. Stern (NPD) 1196
Senator für Justiz und Verfassung Dr. Graf 1197
Abg. Böhrnsen (SPD) 1198
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1199
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1199
Abg. Franke (SPD) 1199
Abg. Meurer (CDU) 1200
Abg. Dr. Franke (SPD) 1200
Abg. Stern (NPD) 1201
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1201
Abg. Dr. Klink (SPD) 1202
Abg. Brouwer (NPD) 1203

047 Justizvollzugsanstalten
Änderungsantrag Nr. 166
Abg. Fischer (CDU) 1204
Senator für Justiz und Verfassung Dr. Graf 1204
Abg. Götze (SPD) 1205
Abg. Grantz (SPD) 1206
Abstimmung 1206

05 Bildungswesen — Einzelberatung
059 Sonstiges Bildungswesen
Änderungsantrag Nr. 167
Abg. Ströh (SPD) 1206
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1207
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1208
Abstimmung 1208

Änderungsantrag Nr. 168
Abg. Brouwer (NPD) 1208

Änderungsantrag Nr. 169
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1209
Abg. Dr. Klink (SPD) 1209
Abg. v. Groeling-Müller (FDP) 1209
Abg. Koschek (CDU) 1209
Abg. Fischer (CDU) 1210
Abg. Dr. Schäfer (CDU) 1210
Abg. Gisela Müller-Wolff (SPD) 1210
Abg. Wolff (NPD) 1211
Abg. Dr. Klink (SPD) 1211
Abg. Fischer (CDU) 1211
Abstimmung 1212

06 Arbeit — Allgemeine Aussprache
Abg. Schriever (SPD) 1212
Abg. Oltmanns (FDP) 1212

07 Wohlfahrt und Jugend — Allgemeine Aussprache
Abg. Ehlers (CDU) 1213
Abg. Bugla (SPD) 1216

07 Wohlfahrt und Jugend — Einzelberatung

0760 Erziehungshilfe, Bewährungshilfe und Familienhilfe

Änderungsantrag Nr. 170
Abg. Marta Kruse (NPD) 1216
Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend 1217
Abg. Marta Kruse (NPD) 1217
Abstimmung 1218

0761 Jugendförderung und Jugendschutz

Änderungsantrag Nr. 171
Abg. Ehlers (CDU) 1218
Abg. Ostendorff (FDP) 1218
Abg. Bugla (SPD) 1219
Abg. Ehlers (CDU) 1220
Abstimmung 1220

09 Gesundheitswesen — Einzelberatung

090 Verwaltung für Gesundheitswesen

Änderungsanträge Nr. 172 und Nr. 173
Abg. Anna Zießler (SPD) 1220
Abg. Marianne Hänecke (CDU) 1221
Abg. Marta Kruse (NPD) 1221
Abstimmung 1221

11 Wirtschaft — Allgemeine Aussprache

Abg. Dr. Schäfer (CDU) 1221
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers 1224
Abg. Dr. Franke (SPD) 1225
Abg. Stäcker (SPD) 1227
Abg. Koschek (CDU) 1229
Abg. Oltmanns (FDP) 1231
Abg. Dr. Schäfer (CDU) 1232
Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats 1233
Abg. Boljahn (SPD) 1237
Abg. Gassdorf (CDU) 1238
Abg. Ströh (SPD) 1239
Abg. Schubert (FDP) 1240
Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers 1241
Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller 1243
Abg. Gassdorf (CDU) 1244
Abg. Iversen (CDU) 1244

11 Wirtschaft — Einzelberatung

116 Wirtschaftsförderung und Sonstiges

Änderungsantrag Nr. 174 1245
Änderungsanträge Nr. 175 und Nr. 176
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1245
Abg. Ingeborg Förster (CDU) 1245
Abg. Böhrnsen (SPD) 1246
Abg. Dr. Sieling (CDU) 1246
Abstimmung 1246

Präsidium

Präsident **Engel** Vizepräsident **Dr. Zander**

Schriftführer **Hardegen**

Am Senatstisch

Bürgermeister **Koschnick** (SPD), Präsident des Senats

Bürgermeister Annemarie **Mevissen** (SPD), Senator für Wohlfahrt und Jugend

Senator für Wirtschaft und Außenhandel **Eggers** (SPD)

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr **Dr. Borttscheller** (FDP)

Senator für Justiz und Verfassung und für kirchliche Angelegenheiten **Dr. Graf** (FDP)

Senator für das Bauwesen **Blase** (SPD)

Senator für das Bildungswesen **Thape** (SPD)

Senator für Inneres **Löbert** (SPD)

Senator für Arbeit und für das Gesundheitswesen **Jantzen** (SPD)

Oberfinanzpräsident **Dr. Breyhan** (Senator für die Finanzen)

Senatsdirektor **Dr. Reif** (Senator für die Finanzen)

Leitender Regierungsdirektor **Petry** (Senatskommission für das Personalwesen)

Oberregierungsrat **Hagdorn** (Senator für die Finanzen)

Oberregierungsrat **Raedeker** (Senator für die Finanzen)

Präsident Engel eröffnet die Sitzung um 10.17 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist eröffnet.

Verehrter Herr Bürgermeister, meine Herren Senatoren, meine Herren von der Verwaltung, meine Herren von Presse, Rundfunk und Fernsehen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der gestrigen Kaffeetafel wurde ich daran erinnert, daß wir heute den St. Nikolaustag haben. Daher habe ich gern einen Vorschlag eines der Mitarbeiter aus der Verwaltung der Bürgerschaft aufgegriffen und Ihnen ein kleines Präsentchen auf den Tisch legen lassen.

(Beifall — Es handelt sich um einen kleinen Schokolade-Weihnachtsmann)

Befürchten Sie bitte nicht, daß dieser Vorgang meinerseits ein Beeinflussungsversuch im Sinne der bei der gestrigen Mittagstafel gemachten Äußerung sein soll. Aber um eines, meine Damen und Herren, möchte ich Sie bitten: Machen Sie das gleiche, wie ich es zu tun beabsichtige: Sollte ich im Begriff sein, mich heute über einen mir eventuell unterlaufenen Lapsus zu ärgern, dann gucke ich nur mein lächelndes Weihnachtsmännchen an, und ich bin davon überzeugt, daß jeglicher aufkommende Ärger verfliegt.

(Heiterkeit und Beifall)

Im übrigen darf ich mich für die übrigen Gaben, die hier von unbekannter Seite auf unseren Tisch gelegt worden sind, im Namen des Präsidiums recht herzlich bedanken.

(Abg. Fischer [CDU]: Ich bitte ums Wort, Herr Präsident!)

Herr Abgeordneter Fischer, bitte!

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, ich glaube, im Namen des ganzen Hauses zu sprechen, wenn ich unserer besonderen Freude Ausdruck gebe über Ihre guten Beziehungen zu St. Nikolaus und die durch die Gaben, die auf unserem Tisch stehen, zum Ausdruck gebrachte Anerkennung unseres Wohlverhaltens. Es erinnert mich daran, daß wir in unserer Jugendzeit einen Pantoffel vor's Fenster stellten, und in diesem war ein Nikolaus-Geschenk enthalten, wenn wir brav gewesen waren. Da hier auf allen Tischen ein solches Geschenk steht, nehme ich an, daß wir alle brav gewesen sind. Sie, Herr Präsident, der Sie dies schwierige Amt haben, die Bürgerschaft zu leiten, das Präsidium zu führen, Sie brauchen keine Sorge zu haben, daß wir auch nur auf den Gedanken kommen könnten, es solle dieses eine Art Mahnung sein für die Zukunft. Wir fassen es als Anerkennung für die Vergangenheit auf.

(Heiterkeit und Beifall)

Daß wir uns auch in Zukunft bemühen werden, sachlich und damit im guten Sinne brav zu sein, das versichern wir Ihnen!

(Beifall)

Präsident Engel: Danke schön, Herr Kollege Fischer! Seien Sie davon überzeugt, hätten Sie das letztere nicht gesagt, dann hätte ich mit aller Deutlichkeit zum Ausdruck gebracht: Blankovollmachten gibt es von meiner Seite aus nicht!

Nun meine Damen und Herren, fahren wir in unseren Beratungen fort.

Eingänge liegen heute nicht vor.

Unter unseren Zuhörern begrüße ich unter anderen eine Klasse der Realschule an der Hemelinger Straße, eine Klasse der Realschule an der Rembertistraße und zwei Klassen der Sozialakademie. Ich heiße Sie alle recht herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Zuhörer, ziehen Sie bitte aus der heute etwas aufgelockerten Einleitung der Sitzung keine falschen Schlüsse. Sie dürfen davon überzeugt sein, daß jedes der Mitglieder dieses Hauses sich laufend bemüht, das Beste für unsere Bevölkerung zu erreichen. Über den Begriff „das Beste" gibt es selbstverständlich Meinungsverschiedenheiten, und diese Meinungsverschiedenheiten werden hier im Hause in aller Öffentlichkeit ausgetragen. Wenn Sie unter diesem Gesichtspunkt die heutige Sitzung, in der Sie anwesend sind, beurteilen, dann bin ich Ihnen persönlich außerordentlich dankbar.

Vom Senat begrüße ich Frau Bürgermeister Mevissen, Herrn Bürgermeister Koschnick, Herrn Senator Eggers, Herrn Senator Dr. Graf, Herrn Senator Thape und Herrn Senator Jantzen.

Außerdem sind anwesend — mein Gruß gilt auch diesen Herren — Herr Oberfinanzpräsident Dr. Breyhan, Herr Senatsdirektor Dr. Reif, Herr Leitender Regierungsdirektor Petry, Herr Oberregierungsrat Hagdorn und Herr Oberregierungsrat Raedeker.

Wir treten nunmehr in die Tagesordnung ein.

Zuvor, meine Damen und Herren, gestatten Sie mir aber noch eine Bemerkung. Aufgrund der Beobachtungen von seiten des Präsidiums fühle ich mich verpflichtet, die einzelnen Mitglieder unter Hinweis auf die Gesamtaussprache zu dem Einzelplan 03 in der gestrigen Sitzung auf den Paragraphen 43 unserer Geschäftsordnung aufmerksam zu machen, und zwar die Absätze 2 und 3.

Ich nehme an, daß Sie nicht alle Ihre Geschäftsordnung vorliegen haben. Daher möchte ich diese eben von mir erwähnten Abschnitte noch einmal wortwörtlich verlesen: „Die Redner sprechen im freien Vortrag vom Rednerpult aus. Reden und Schriftstücke dürfen nur mit Erlaubnis des Präsidenten verlesen werden".

Ich bitte Sie, meine Damen und Herren, diese Vorschriften der Geschäftsordnung zu beachten. Sie ersparen mir ein Eingreifen, das auch für mich immer peinlich ist.

Ich rufe auf den Punkt 1:

Mitteilung des Senats an die Bürgerschaft (Landtag) vom 23. Oktober 1968:
Haushaltsgesetz und Haushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen 1969
(Drucksachenabteilung I Nr. 39)
1. Lesung
2. Lesung

Wir fahren in der Einzelberatung des ordentlichen Haushalts fort und kommen zum Einzelplan

04 Justiz.

Nach der interfraktionellen Vereinbarung war für diesen Abschnitt keine allgemeine Aussprache vorgesehen.

(Abg. Fischer [CDU]: Wir haben aber einen Änderungsantrag!)

Auf Anträge kommen wir besonders! — Deshalb zu diesem Abschnitt keine allgemeine Aussprache.

Wir kommen nun zur

Einzelberatung.

040 Verwaltung für Justiz

Hier liegt zunächst der Änderungsantrag Nr. 165 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

040/400 **Verwaltung für Justiz** / Anteil an den Kosten der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen

Die Haushaltsstelle mit dem Anschlag in Höhe von 33 000 DM wird gestrichen.

Vorsatz und NPD-Fraktion

Zur Begründung dieses Änderungsantrags hat der Abgeordnete Stern das Wort.

Abg. **Stern** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir haben diesen Änderungsantrag auf Streichung der Haushaltstelle 040/400 „Bewilligung für Mittel für die Ludwigsburger Zentrale" gestellt, weil wir der Ansicht sind, daß die Verjährung für Straftaten, die zwischen 1933 bis 1945 begangen worden sind, nun endlich eintreten sollte. Es ist nach unserer Meinung logisch und konsequent, daß, wenn man diese Ansicht vertritt, auf der anderen Seite Mittel, die das Gegenteil bezwecken, nicht bewilligt.

Zu dem Problem der Verjährung, über das Für und Wider dieses Problems, haben im Bundestag und in den einzelnen Landtagen zum Teil die verschiedensten Vertreter der verschiedenen Parteien gesprochen. Die Meinung zum Verjährungsproblem geht quer durch unser Volk. Wir sind nicht der Meinung — und ich persönlich bin es nicht —, daß man hier eine Debatte anheizen sollte,

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Was soll dann der Antrag?)

sondern ich bin der Auffassung, daß die Auflösung dieser Zentrale der Befriedung unseres politischen Lebens überhaupt dient, und ich bin der Auffassung, daß man, gleich, wie Sie hier entscheiden und wie auch die Meinungen sind, bei diesem Problem auch die gleiche Sachlichkeit wahren sollte, wie wir sie gestern und vorgestern in den Debatten zum Haushalt gehabt haben.

Zur Erklärung unserer Auffassung darf ich vielleicht einmal einen prominenten Politiker der CDU — Bundestagsabgeordneter in Bonn —, Herrn Max Güde, ehemaliger Generalbundesanwalt, zitieren, der anläßlich der Verjährungsdebatte im Bundestag unter anderem gesagt hat — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten hier zitieren —: „Wenn man eine Lösung für die Ahndung der Exzesse sucht, muß man sich darüber klar sein, daß man einem Volk nicht zumuten kann, seine Vergangenheit immer wiederzukäuen". — Herr Güde fährt fort: „Ich hätte vielleicht nicht gewagt, diesen Satz selbst zu sagen. Er stammt von einem Juristen, einem alten jüdischen Freund, der einmal mein Lehrer war. Aber es ist ein therapeutischer Satz, es ist kein Satz für Juristen, es ist ein Satz für die Therapie für das Volk."

Sehen Sie, das ist auch unsere Meinung, und ich glaube, man braucht dem nichts hinzuzufügen.

Von der Rechtsseite her gesehen, darf ich in der Kürze der Zeit, die mir hier zur Verfügung steht, nur eines sagen: Wir sind der Auffassung — ich glaube, auch in diesem Hohen Hause wird es Vertreter dieser Auffassung geben —, daß dreiundzwanzigeinhalb beziehungsweise bis 35 Jahre nach Begehung dieser Straftaten eine objektive Rechtssetzung gar nicht mehr möglich ist. Wir sind der Auffassung, daß Zeugen, die vernommen werden, zum Teil nicht mehr bei den Prozessen, die sich aus den Ermittlungen der Ludwigsburger Zentrale ergeben werden — man spricht dort noch von zirka 100 000 Ermittlungen, die hier erforderlich sind und zum Teil im Ausland, zum Teil in den Ostblockländern geführt werden —, in der Lage sind, objektiv diese Taten von damals als Zeugen zu bezeugen. Wir sind weiter der Auffassung, daß die Gerichte — das konnte man in der Presse immer wieder lesen — weit überfordert sind, wenn sie noch bis in die achtziger Jahre hinein hier Recht sprechen sollen.

Ich darf abschließend dazu sagen, daß wir als Nationaldemokraten — und da treffen wir uns wieder mit vielen Menschen auch anderer Parteien und parteiungebundener Leute, die nichts mit all den Vorgängen von früher zu tun hatten — es für würdelos und auch für unmöglich halten, daß im Jahr 1968 deutsche Juristen nach Moskau fliegen, um dort noch zu ermitteln. Ich darf abschließend

mit Genehmigung des Herrn Präsidenten nochmals Herrn Güde zitieren, der gesagt haben soll — ich ändere das in der Schärfe etwas ab —: „Wenn die Russen zwanzig Jahre lang in böser Absicht Beweismaterial verweigern, dann ist das Verwirkung. Aber unsere Herren fahren auch noch hin und holen das Zeug ab!"

Meine Damen und Herren, auch dem ist nichts hinzuzufügen.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage beantworten?

Abg. **Stern** (NPD): Nein, zu diesem Problem nicht, Herr Präsident!

Ich darf abschließend folgende Bitte an Sie alle richten: Wir Nationaldemokraten würden es begrüßen, wenn außer unserer Fraktion sich auch von den anderen drei Fraktionen dieses Hohen Hauses Angehörige finden würden, die unseren Änderungsantrag bejahen und dafür stimmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Dr. Graf.

Senator für Justiz und Verfassung Dr. Graf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bitte das Hohe Haus, den Änderungsantrag 165 auf Streichung des Zuschusses für die Ludwigsburger Stelle abzulehnen. Die Notwendigkeit der Ablehnung ergibt sich nach meiner Überzeugung in doppelter Beziehung. Einmal aus formellen Gründen, zum anderen aber auch aus sachlichen, aus politischen Gründen.

Zunächst einmal darf ich auf die formelle Seite hinweisen: Als die Gerichte sich zunehmend mit den Verbrechen beschäftigten, die in der NS-Zeit begangen worden sind, standen sie vor besonderen Schwierigkeiten in den Fällen, in denen es sich um Tatkomplexe handelte, die im Ausland begangen worden sind, also in den Gebieten, die während der Kriegszeit von Deutschen besetzt waren. Für diese Taten, die sich zum Beispiel in Polen, in Rußland, in Ungarn oder in anderen Gebieten des damals besetzten Auslands abgespielt haben, gab es nämlich nicht den sogenannten Gerichtsstand des Tatorts, einen Gerichtsstand, der automatisch feststellt, welche Staatsanwaltschaft aus örtlichen Gründen für die Strafverfolgung zuständig ist.

Um diese Schwierigkeiten zu überwinden, kamen die Justizminister und Senatoren der Länder der Bundesrepublik überein, sich ein Organ zu schaffen, um diese Komplexe gemeinsam zu ermitteln. Es sollte eine Erleichterung sein, denn nach Lage der Dinge konnte für die Verfolgung derartiger Komplexe immer nur jeweils eine einzelne Staatsanwaltschaft zuständig sein, deren Zuständigkeit sich daraus ergab, daß der eine oder andere Beteiligte in dem örtlichen Zuständigkeitsbereich dieser Staatsanwaltschaft seinen Wohnsitz hatte. Da die Beteiligten ihren Wohnsitz natürlich weit verstreut über das Gebiet der Bundesrepublik hatten und nicht nur in der Bundesrepublik wohnten, war es einfach eine Frage der rationellen Arbeitsweise, die Bemühungen zusammenzufassen. Das war einmal ausschlaggebend. Zum anderen erschien die Zusammenfassung auch deshalb sinnvoll, weil wir ja alle wissen, daß es zweckmäßig ist, zur Aufhellung eines gesamten Tatkomplexes Zeugenaussagen zusammenzufügen, um überhaupt einen Überblick über das gesamte Geschehen zu gewinnen.

Diese gemeinsame Stelle der deutschen Länder wurde seinerzeit geschaffen. Sie wurde in Ludwigsburg im Land Baden-Württemberg eingerichtet, und durch ein Verwaltungsabkommen verpflichteten sich die einzelnen Bundesländer, dem Land Baden-Württemberg das erforderliche Personal zur Verfügung zu stellen und dem Land Baden-Württemberg die Kosten zu erstatten, die nach dem Verhältnis der fortgeschriebenen Einwohnerzahlen errechnet wurden. Dieses Verwaltungsabkommen hat der Senat fast vor genau zehn Jahren beschlossen, und zwar am 2. Dezember 1958, und dieses Hohe Haus hat das Abkommen gebilligt und hat Jahr für Jahr die anteiligen Kosten in den Haushalt eingestellt. Das bedeutet also, daß wir vom Lande Bremen aus eine Rechtspflicht haben, diese Kosten zu erstatten, und daß in einem Rechtsstaat das Land Baden-Württemberg als der fordernde Teil die Möglichkeit hätte, das Land Bremen zu verklagen und auf diesem Wege zu den Kosten zu kommen. Das ist die formelle Seite.

Aber ich kann es mir nicht versagen, zu diesem Änderungsantrag auch sachlich ein Wort zu sagen und auf die politische Bedeutung hinzuweisen. Ich habe schon gesagt, daß es sich hier um die Verfolgung von Verbrechen handelt, die in der Kriegszeit in Konzentrationslagern und so weiter durch Einsatz von Einsatzkommandos und dergleichen mehr begangen worden sind. Wir stehen heute vor der Tatsache, daß sehr viele Verbrechen verjährt sind. Es sind nur diejenigen nicht verjährt, die mit lebenslänglichem Zuchthaus bedroht sind, das heißt praktisch, nur noch der Mord kann verfolgt werden. Eine Lähmung der Ludwigsburger Stelle oder gar ihre Beseitigung würde also gerade diesen Täterkreis begünstigen.

Anders kann ich diesen Änderungsantrag nicht sehen. Dazu, meine Damen und Herren, sehe ich wirklich nicht die geringste Veranlassung, denn die Gründe, die Herr Stern hier zur Begründung dieses Änderungsantrags angeführt hat, treffen nicht zu. Wir sind nicht mit der Frage beschäftigt, ob die Verjährung, die zukünftig eintretende Verjährung verlängert werden soll. Das, Herr Stern, sind Gesichtspunkte, die hierbei überhaupt keine Rolle spielen. Nach der augenblicklichen Rechtslage verjährt der Mord aus jener Zeit am Ende des kommenden Jahres, Ende 1969. So die derzeitige Rechtslage. Es soll also hier für nicht verjährte Verbrechen eine Begünstigung geschaffen

werden. Dazu besteht nicht die geringste Veranlassung.

(Beifall bei FDP und SPD)

Ich muß gestehen, daß ich die Bemühungen der Nationaldemokratischen Partei in der letzten Zeit vielfach so verstanden habe, daß sie sich dagegen verwahrt, daß das Odium, mit dem die Nationalsozialisten mit Recht belastet sind, automatisch auf die NPD übertragen wird. Ich muß sagen, auf dem Hintergrund dieses Änderungsantrags müssen derartige Distanzierungsversuche unglaubwürdig erscheinen.

(Starker Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der vorliegende Änderungsantrag der NPD, den Zuschuß in Höhe von 33 000 DM an die Zentrale Stelle der Länderjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen in Ludwigsburg zu streichen, hat meine politischen Freunde und mich nicht in Erstaunen versetzt, denn der gleiche Antrag ist schon in mehreren Landtagen erfolgt. Die NPD will diese 33 000 DM außerdem den deutschen Auslandsschulen zukommen lassen.

Ich möchte zunächst einmal zur Sache etwas sagen. Die Bundesregierung, meine Damen und Herren, setzt sich in Übereinstimmung der Ministerpräsidenten der Länder für eine generelle Klärung der Bundes- und Länderkompetenzen ein. Durch eine Flurbereinigung soll sichergestellt werden, daß alle Maßnahmen nationaler Repräsentanz ausschließlich von der Bundesregierung wahrgenommen werden. Unbestritten ist doch wohl auch bei der NPD, daß die Förderung der deutschen Auslandsschulen eine Aufgabe der nationalen Repräsentanz ist. Darüber hinaus ist schon aus rein organisatorischen Gründen eine einheitliche Förderung der deutschen Auslandsschulen durch das Auswärtige Amt sicherzustellen. Der Antrag der NPD würde bewirken, daß entgegen der Auffassung der Länder die Kompetenz des Bundes auf diesem Gebiet in Frage gestellt wird. Ob man hierdurch den deutschen Auslandsschulen einen Gefallen tun würde, möchte ich für mich bezweifeln.

Nun, meine Damen und Herren, etwas zu dem politischen Aspekt dieses Änderungsantrags. Die NPD versucht nicht nur, mit diesem Antrag die nationalsozialistische Epoche in unserer Vergangenheit auf die ihr eigene und uns sehr bekannte Art zu bewältigen, indem sie alles mit dem Mantel der Liebe zudecken möchte, sondern sie versucht auch, damit hintergründig dieses traurige Kapitel deutscher Geschichte zu rechtfertigen. Nach einer totalen Kapitulation und der Zerstörung aller bisherigen staatlichen Macht, wie wir sie 1945 erlitten haben, wird sich ein Volk immer wieder mit diesen geschichtlichen Ereignissen auseinandersetzen müssen. Eine solche Auseinandersetzung kann sehr unterschiedlich sein. Allerdings, so meine ich, in einem Punkt müßte sie übereinstimmen, nämlich, daß niemals — auch nicht nachträglich — eine Politik gerechtfertigt wird, durch die das Volk durch gewissenlose Führer ins Unglück gestürzt wurde. Man muß vielmehr die Ursachen der Katastrophe ohne jede Selbstbeschönigung zu erforschen suchen, um aus den hieraus gewonnenen Erkenntnissen einem Rückfall in einmal begangene Irrwege ein für allemal zu begegnen.

Aus der heutigen Sicht bedeutet dies, daß nicht so sehr zählt, was der einzelne früher einmal gedacht hat, sondern das zählt, was für Schlußfolgerungen er aus der Vergangenheit zu ziehen bereit ist, und wie er heute handelt.

(Abg. Brouwer [NPD]: Sehr richtig!)

Ja, Sie sagen „sehr richtig", Herr Brouwer, aber wir merken nicht sehr viel davon, daß Sie auch danach handeln.

Sie alle wissen, meine Damen und Herren, daß die Zentrale Stelle in Ludwigsburg dazu eingerichtet wurde, nationalsozialistische Gewaltverbrechen aufzuklären und sie einer Strafverfolgung zuzuführen. Ich glaube, ich kann es mir ersparen, hier in aller Breite noch einmal darzulegen, warum die Einrichtung einer solchen zentralen Stelle notwendig wurde. Ich möchte nur kurz betonen, daß dies geschah, um eine möglichst schnelle und umfassende Aufklärung der nationalsozialistischen Gewaltverbrechen zu ermöglichen. Die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen stellen in ihrem Ausmaß einen einmaligen geschichtlichen Vorgang dar. Wie kann man aber diese Verbrechen anders sehen als andere verwerfliche Verbrechen? Man kann diese Verbrechen nicht losgelöst von den allgemeinen Rechtsgrundsätzen der menschlichen Gesellschaft betrachten. Man kann das Recht nicht nach Belieben teilen. Wer nun meint, daß Einrichtungen zur Verfolgung derartiger Verbrechen im Namen und im Auftrag des Rechts überflüssig geworden seien, der läßt erkennen, daß er die nationalsozialistischen Gewaltverbrechen nicht mehr verfolgen will. Er will also menschliche Schuld nicht gesühnt sehen, nur weil sie im Namen einer unmenschlichen Herrschaft begangen wurden.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Böhrnsen, ich mache darauf aufmerksam, daß Ihre Redezeit abgelaufen ist. Ich bitte Sie, zum Schluß zu kommen!

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Er will also die menschliche Schuld nicht gesühnt sehen, nur weil sie im Namen einer unmenschlichen Herrschaft begangen wurde. Er verschließt seine Augen und sein Herz vor dem Leiden millionenfacher Opfer. Hier sagen wir ein eindeutiges Nein. Wir lassen nicht zu, daß unter dem Gewand des scheinbaren Biedermeiers die nationalsozialistische Vergangenheit so bewältigt wird, daß Schande auch über ein demokra-

tisches Deutschland kommen müßte. Aus diesem Grunde lehnt die SPD-Fraktion in dieser Bürgerschaft diesen Änderungsantrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Gegen die Aufhebung der Verjährung haben meine Freunde im Bundestag aus juristischen Gründen, die hier im einzelnen nicht zur Debatte stehen, heftig gestritten. Der Bundestag hat entschieden, daß die Verjährung nicht eintritt, sondern daß diese Untaten weiter verfolgt werden. Jetzt können wir nicht auf die Idee kommen, plötzlich durch sekundäre Maßnahmen in bestehendes Recht eingreifen zu wollen, vor allem vorgeschlagen von einer Seite, die sonst immer sehr auf unser bestehendes Recht pocht. Es ist Recht, und wir sollten und müssen uns daran halten. Es ist vor allem Recht, weil es der Bundestag so erlassen hat. Auf der anderen Seite tritt zu dem Gesetz und zu dem Recht auch eine moralische Forderung der Vereinten Nationen an uns.

Es wird, so lese ich aus diesem Änderungsantrag, gefordert, daß wir Untaten hinnehmen sollen. Niemand hat mit der Überweisung der anfallenden Kosten gefordert, daß wir unsere Vergangenheit aufwühlen sollen und dem „kleinen Mann" oder den mit Überzeugung damals Eingetretenen das Leben schwer machen sollen. Es geht allein um Verfolgung von Untaten. Es ist erstaunlich, daß vor allem die, die hier größere Härte gegen Demonstranten fordern, plötzlich, wenn es um Untaten und Verbrechen der Vergangenheit geht, meinen, das sei Aufwühlen und Nestbeschmutzen. Ich kann das mit aller Entschiedenheit nicht fordern. Ich glaube sogar, wir müßten diese Taten der Vergangenheit festhalten und aufdecken, auch wenn wir sie nicht mehr verfolgten, damit in der Geschichte nicht mehr vergessen werden kann, was geschehen ist und wir daraus lernen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Soweit es sich in den Ausführungen von Herrn Stern um die Aussagen von Herrn Güde handelt, wird gleich mein Fraktionsfreund Meurer noch Stellung nehmen, denn Herr Güde hat die Dinge ganz anders gesehen, als Sie, Herr Stern, dies hier dargestellt haben.

Nun zur Sache selbst! Es handelt sich darum, daß wir verpflichtet sind, an die Zentrale Stelle der Justizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen unseren Beitrag zu liefern. Die ganze Angelegenheit, meine Damen und Herren, ist sehr komplex, aber dennoch hat der Herr Justizsenator klar herausgestellt, daß es sich hier um die Frage des Mordes beziehungsweise der Untersuchung der Vorgänge um den Mord handelt. Ich meine, das sollten wir nicht auf die leichte Schulter nehmen. Am besten wäre es selbstverständlich, eine solche Stelle könnte sich mit gutem Gewissen aus Arbeitsmangel auflösen. Solange das aber nicht gegeben ist, muß jeder einzelne Abgeordnete dieses Hohen Hauses vor sich selbst klären, wieweit er ein „Ja" oder ein „Nein" zu dieser Stelle zu geben gewillt ist.

Ich meine aber, diese Frage steht zur Zeit gar nicht zur Diskussion, sondern es geht darum, daß Bremen verpflichtet ist und seinen Verpflichtungen nachkommen muß, solange es nicht in irgendeiner Form aus dieser Arbeit ausgetreten ist. Solange Bremen aber verpflichtet ist, können wir nicht einfach in diesem Hohen Hause beschließen, daß der Beitrag, den wir als Land zu leisten haben, nicht mehr gezahlt werden soll. Damit würden wir unseren Senat unmöglich machen. Meine Fraktion wird daher den Änderungsantrag der NPD-Fraktion ablehnen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Horst-Werner Franke.

Abg. **Franke** (SPD): *) Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, wir sollten nicht so sehr unglücklich darüber sein, daß von der NPD-Fraktion dieser Änderungsantrag eingebracht worden ist. Ich glaube, daß die Nationaldemokratische Partei mit diesem Änderungsantrag einmal deutlich macht, was sie unter national versteht. Wir können dagegensetzen, was wir unter dem Begriff des Nationalen verstehen wollen, der ja auch für uns nicht inhaltslos ist.

Meine Damen und Herren, was in Ludwigsburg geschieht, das ist wohl gerade das Reinigen des Deutschen Namens vor der Welt.

(Beifall bei der SPD)

Daß dieser deutsche Name mit Schändlichkeit, mit abscheulichem Schmutz bedeckt worden ist, meine Damen und Herren, das können wir heute nicht mehr rückgängig machen, aber wir können vor der Welt sehr deutlich sagen, daß die deutsche Nation, die sich anschickt, wieder eine saubere Heimstatt in Europa zu beziehen, daß diese deutsche Nation einen ganz klaren und deutlichen Schlußstrich dahinter zieht. Dieser Schlußstrich aber, meine Damen und Herren von der NPD, kann nicht so aussehen, daß wir mit den Mördern ungestraft zusammenleben sollen.

(Abg. Ströh [SPD]: Sehr gut! — Beifall bei der SPD)

Wer mit seiner Hand — und es wurden diese Fälle erst jüngst in der Presse diskutiert — brutal mit

*) Vom Redner nicht überprüft.

dem Hammer Frauen und Kinder getötet hat, und das in einer Zeit, wo das System diese Kriminalität begünstigte, wer das getan hat, der kann doch nicht im Namen der deutschen Nation nun als friedlicher Bürger ungestraft unter uns leben. Ist das mit der Würde des deutschen Volkes vereinbar?

(Abg. John [FDP]: Sehr richtig!)

Ist das mit der Würde vereinbar, die doch auch Sie als Nationaldemokraten hochhalten wollen?

Ich höre immer die Rede von der Nestbeschmutzung. Meine Damen und Herren, was Sie mit diesem Änderungsantrag wollen, ist nicht das Abstellen der Nestbeschmutzung, sondern was Sie wollen, ist das Weiterleben in dem schmutzigen und dreckigen Nest.

(Beifall bei der SPD)

Gerade das wollen wir nicht. Keiner derer, die auf uns wieder stolz sein wollen, die Jugend, die da oben sitzt, die will nicht ununterbrochen mit dem Schuldbekenntnis auf den Lippen herumlaufen. Diese Jugend will in der europäischen Jugend ihren Platz einnehmen und auch stolz auf ihr Vaterland sein. Was wir jetzt über Ludwigsburg und die deutschen Gerichte eine ganze Weile in Bewegung halten werden, ist ja, daß wir diesen jungen Menschen im Ausland erlauben, frei und offen sich zu diesem deutschen Volk zu bekennen, das nämlich mit seiner schändlichen Vergangenheit auf eine Art und Weise ins Gericht geht, wie das in der Geschichte von jedem anständigen Volk verlangt werden kann.

(Beifall bei der SPD)

Aus diesem Grunde wird gerade die junge Generation das Zumauscheln, das Wegleugnen dessen, was da geschehen ist, Ihnen nicht abnehmen. Und aus diesem Grunde, glaube ich, können wir gerade vor der jungen Generation mit unserem Ja zum Aufarbeiten der schändlichen Verbrechen bestehen.

Ich bin nicht sehr überrascht gewesen, daß Sie hier, Herr Stern, wie Sie meinten, in sachlicher und ruhiger und nüchterner Art forderten, endlich Schluß zu machen. Ich bin nicht darüber überrascht gewesen! Es gibt zu vielfältige Zeugnisse Ihrer Partei, die die Verknüpfung mit der NS-Zeit deutlich machen. Und ich darf vielleicht mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten hier zum Schluß einmal ein Zitat verlesen, das ich mir herausgeschrieben habe. Ein Landesvorstandsmitglied Ihrer Partei aus Baden-Württemberg konnte auf einer öffentlichen Kundgebung ausführen: „Die NSDAP wurde gegründet, um Deutschland aus der nationalen Not herauszuführen. Die NSDAP wurde von den besten deutschen Kräften getragen".

Eine Partei, deren führende Funktionäre in der Öffentlichkeit so argumentieren, eine solche Partei kann natürlich an Ludwigsburg kein Interesse haben. Das ist verständlich. Um so verständlicher ist es, daß wir diesen Änderungsantrag ablehnen werden.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Meurer.

Abg. **Meurer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Stern hielt es für angebracht, Herrn Güde als Kronzeugen für den Änderungsantrag der NPD hier aufzuführen. Diese Absicht ist absurd. Herr Güde denkt überhaupt nicht daran, die Ludwigsburger Stelle aufzulösen. Man hat sich aus einem Zusammenhang etwas herausgesucht, was einen paßt, um mit dem guten Namen dieses Generalbundesanwalts a. D. eine Sache hier zu verkaufen, die sonst nicht zu verkaufen ist.

Es ist bekannt, daß es im Zusammenhang mit der Moskau-Reise einiger Staatsanwälte der Ludwigsburger Stelle zu Kontroversen gekommen ist. Diese Kontroversen haben eine Stellungnahme des Herrn Dr. Güde hervorgerufen, aus der ich hier zitieren möchte, um zu zeigen, daß Herr Güde überhaupt nicht daran denkt, die Ludwigsburger Stelle aufzulösen. Darf ich zitieren, Herr Präsident:

„In der Sache geht es darum, daß wir im völkerrechtlichen Aspekt der Verjährungsfrage das Argument der Verwirkung geltend machen und vertreten müssen. Das bedeutet, daß wir Staaten, die mehr als zwanzig Jahre ihr Material planmäßig und in offenkundig sachfremder Absicht zurückgehalten haben, das Recht absprechen müssen, jetzt noch von uns Verfolgung zu verlangen. Damit ist unsere innerrechtliche Entscheidung in der Verjährungsfrage nicht vorweggenommen, sie kann aber dann von uns frei und souverän getroffen werden, wobei jeder von uns nach seinem Gewissen und nach seiner Rechtsauffassung entscheiden mag".

Das ist die Meinung von Herrn Güde! Und es ist nicht die Meinung von Herrn Güde, die Ludwigsburger Stelle aufzulösen. — Danke schön!

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde diesen Änderungsantrag schlechthin verheerend, denn innenpolitisch ruft er ja praktisch zum Vertragsbruch und zur Vertragsuntreue auf, wenn wir an das Verwaltungsabkommen erinnern. Außenpolitisch führt er dazu, daß wir unser Gesicht in der Weltöffentlichkeit auf jeden Fall weiterhin verlieren. Dieser Änderungsantrag spielt den Feinden unseres Volkes in Ost und West — und wir haben sehr viele — weiterhin in die Hände und verringert die Zahl unserer sehr wenigen Freunde.

Ich möchte hier einige Zahlen nennen: Im Vorermittlungsverfahren befinden sich heute noch in der Ludwigsburger Stelle 588 anhängige Verfahren. Gegen weitere 1500 namentlich bekannte Personen

sind weitere Verfahren anhängig. Die Fahrt nach Rußland hat aus Moskau allein weitere 254 Verfahren mit sich gebracht, und in Moskau lagern noch 50 000 Bände, wohlgemerkt nicht russischer, sondern deutscher Dokumente, die von Deutschland von hier nach dort gebracht worden sind. Dabei muß man weiterhin berücksichtigen, daß in anderen Sowjetrepubliken weitere Dokumentenzentralen vorhanden sind und die Sowjetunion den deutschen Behörden bis Ende 1969 sämtliche Materialien zur Verfügung stellen will. Aber nicht nur von dort, auch aus Warschau sind weitere 500 Dokumente zu erwarten; aber nicht nur aus dem Osten, auch aus dem Westen. Allein der Komplex Niederlande wird nicht vor Ende 1969 abgeschlossen sein.

Meine Herren, überlegen Sie sich, wenn dieser Änderungsantrag angenommen werden würde, welche Auswirkungen das im In- aber auch insbesondere im Ausland für uns hätte.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Ich höre heute schon die Propagandawelle, die ja im Augenblick in ganz verstärktem Maße gegen uns läuft, und ich erinnere nur an die Zeitungsartikel, die im Zuge der D-Mark-Aufwertung gegen uns ins Treffen geführt worden sind. Dies dazu, wäre für unser Volk verheerend.

(Starker Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Stern.

Abg. **Stern** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe hier einen Katalog, vom Herrn Senator für die Justiz angefangen bis zu den Vertretern der verschiedenen Parteien. In der Kürze der Zeit kann ich nicht auf alles eingehen. Grundsätzlich mal eins: Dieses Abkommen, von dem der Herr Senator gesprochen hat, ist vor zehn Jahren — seinerzeit bestand noch keine Verjährung — abgeschlossen worden. Wir, damals noch gar nicht existent, sind aber der Meinung,

(Abg. Stäcker [SPD]: Es wäre besser gewesen, wenn Sie nicht existent geworden wären!)

daß damals ermittelt werden sollte, ermittelt worden ist, und soweit mir bekannt ist — ich habe kein genaues Zahlenmaterial —, sind inzwischen rund 80 000 Fälle ermittelt und zum Teil abgeurteilt. Kein Mensch in der NPD — und das gilt speziell für meinen Kollegen Horst-Werner Franke und für meinen Kollegen von Groeling-Müller — will hier irgendetwas tun, was irgendetwas verniedlicht beziehungsweise was irgendetwas vertuscht.

Bloß, ich persönlich, und ich glaube auch, meine Fraktionsfreunde von der NPD hier in diesem Hohen Hause — und darum geht es —, sind der Meinung, daß im Laufe der letzten dreiundzwanzigeinhalb beziehungsweise sechszehn oder siebzehn Jahre nach Gründung der Bundesrepublik von der politischen Seite her von den anderen Parteien genügend gesagt und getan ist, um festzustellen, was damals begangen worden ist. Und wenn Sie, Herr Franke, hier etwas zitieren, was durch Gerichtsbeschluß in der Verbreitung verboten worden ist, nämlich die Essel-Denkschrift des Jahres 1966, ist das nach meiner Meinung — und ich drücke mich wieder sachlich, nicht mal leidenschaftlich, aus —, nicht sehr fair. Und wenn hier laufend davon gesprochen wird, und zwar von allen Vertretern einschließlich des Senators für Justiz, daß wir dem Mord das Wort reden respektive ihn entschuldigen wollen, so ist das einfach falsch. Ich habe von vornherein hier erklärt, ich wollte keine Debatte, ich wollte um Verständnis bitten,

(Lachen bei SPD und CDU)

weil ich der Meinung bin — und das möchte ich hier nochmals unterstreichen —, daß man im Jahr 1968 objektiv nicht mehr Recht sprechen kann, wenn man im Jahr 1935, 1936 oder in den Jahren 1939 bis 1945 Zeugen, zum Teil nicht einmal deutsch sprechende Zeugen, im Ausland vernimmt, die Protokolle zum Teil nur verlesen werden können, weil die Betreffenden hier keine Einreiseerlaubnis beziehungsweise dort keine Ausreiseerlaubnis erhalten,

(Abg. Ströh [SPD]: Das überlassen Sie den Gerichten!)

und weil dann Zustände entstehen, die rechtsstaatlich einfach nicht mehr haltbar sind.

Wir sind der Meinung — genauso wie Sie alle —, wir haben alles zu tun, daß sich Dinge, wie sie sich in der Zeit zwischen 1933 und 1945 seinerzeit entwickelt haben und wie sie gewesen sind, nicht wiederholen dürfen. Wir sind der Meinung, wir sollten überall da, wo wir Einfluß haben — und diese Meinung vertreten wir sehr hart —, unseren Einfluß dazu benutzen, daß das überall nicht mehr geschieht. Wir haben in Vietnam, in Griechenland und irgendwo anders keinen Einfluß. Da können wir ja protestieren. Wenn Herr von Groeling-Müller zum Beispiel das Wort Nestbeschmutzung — Herr Franke, das nicht ich gebraucht habe, und das von uns gar keiner bringt — gebraucht hat, dann ist es Ihre Sache, daraus etwas zu machen oder nicht. Wir sind der Meinung, in der Bundesrepublik Deutschland — und nun werde ich sogar leidenschaftlich — leben wir nicht im Dreck, sondern in einem Rechtsstaat. Wir sind der Meinung, daß man diesen Rechtsstaat erhalten sollte, und dem dient unser Änderungsantrag. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Abgeordnete Stern hat eben für die NPD behauptet, wir leben in einem Rechtsstaat, und

den wollen wir erhalten. Wenn das so ist, dann verstehe ich den Änderungsantrag überhaupt nicht mehr,

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

denn wir haben auch in diesem Rechtsstaat in der jetzigen rechtlichen Ordnung die Aufhebung der Verjährung für Mord bis Ende nächsten Jahres. Es erhebt sich nun die Frage, ob wir in diesem Zeitraum Mord nicht mehr verfolgen wollen, nur weil die Aufklärung sehr schwer ist — und auch das muß zugegeben werden —, auch menschlich schwer ist, heute noch gerechte Maßstäbe zu finden, heute noch eine sachlich voll umfassende Aufklärung zu bekommen. Das wissen wir, und wir sehen mit mancher Sorge und mit vieler Tragik, was bei diesen Prozessen alles geschieht. Aber die Antwort hierauf kann doch nicht sein, daß aus dieser menschlichen Sorge heraus wir nicht mehr prüfen, wir nicht mehr untersuchen, wir frei von Verfolgung setzen, nur weil es schwierig ist, die Wahrheit zu ermitteln.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es werden auch heute Gerichtsprozesse durchgeführt, die auf Ereignisse aus der jüngsten Zeit basieren, bei denen es schwer ist, ein menschlich gerechtes Urteil zu sprechen. Wenn wir das erkennen, müssen wir bei aller Unzulänglichkeit der menschlichen Rechtsfindung dennoch versuchen, Mord auch als Mord zu behandeln. Wenn wir das wollen, dann dürfen wir nicht die Staatsanwaltschaft hindern, zu untersuchen, Ermittlungen anzustellen, Feststellungen zu treffen, um die Ergebnisse dann den Gerichten vorzulegen, die dann in Unabhängigkeit zu entscheiden haben.

Ich meine — und das sollte auch deutlich gesagt werden —, man darf nicht davon sprechen, es sei würdelos, wenn man Materialien einsieht! Würdelos dagegen wäre es für uns, wenn wir wirklich die Ermittlungsmöglichkeiten da beschränken wollen, wo es um Mord geht!

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Dabei geht es nicht allein um die menschliche Würde. Dabei geht es um die Würde des Rechts, unter die wir uns alle stellen. Um so mehr stellen, als wir erfahren mußten, was es bedeutet, wenn eine Nation nicht mehr unter der Würde des Rechts lebt. Gerechtigkeit erhöht ein Volk, so heißt es. Ich darf daher ganz dringend — ganz dringend — an die NPD die Aufforderung richten, ihren Änderungsantrag zurückzunehmen. Ich will nicht verdächtigen, ich will nicht unterstellen, ich will nur sichtbar machen, daß dieser Änderungsantrag, wie es Herr Dr. Franke eben dargestellt hat, uns im In- und Ausland unsagbaren Schaden zufügt.

(Beifall bei SPD und FDP)

Keiner wird Ihnen glauben können, daß, wenn Sie Mord nicht mehr verfolgen wollen, Sie tatsächlich nicht diesem Mord das Wort reden. Wir müssen gemeinsam sehen, was hier in Deutschland und durch Deutschland geschehen ist, nicht als Schuldbekenntnis für jeden einzelnen, noch weniger für die junge Generation, aber im Deutlichmachen vor der geschichtlichen Situation, in der wir heute stehen und die wir mitverantworten auch für frühere Generationen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe vor ganz kurzer Zeit vor der Christlich-Jüdischen Gemeinschaft in der Gesellschaft für Brüderlichkeit am 9. November 1968 zu dem Thema „30 Jahre Reichskristallnacht" gesprochen. Wer die Betroffenheit der alten Menschen und insbesondere der verfolgten Juden erlebt hat, wird erkennen müssen, daß es auch für uns ein moralisches Anliegen gibt, dafür einzustehen, was im deutschen Namen geschehen ist. Wir müssen Mord als Mord behandeln.

(Beifall bei SPD, CDU und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Dr. Klink.

(Abg. Brouwer [NPD]: Zur Geschäftsordnung!)

Einen Augenblick! Ich habe das Wort schon erteilt

Abg. **Dr. Klink** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Was mich bei diesem Änderungsantrag bewegt, ist, daß gerade und ausgerechnet die NPD-Fraktion einen solchen Änderungsantrag stellt.

(Abg. Kulenkampff [CDU]: Wollten Sie ihn stellen?)

Ich glaube, daß dieser Änderungsantrag deshalb einer politischen Demonstration gleichkommen kann, die dahinter steht. Sicherlich gibt es auch bei der NPD Anhänger, die in dieser Partei keine Verknüpfung, keine direkte Verknüpfung mit dem Nationalsozialismus der dreißiger Jahre sehen. Aber wir wissen ja, daß ein Großteil gerade der führenden Leute zu dieser Zeit eine sehr enge Bindung haben. Am 1. Januar 1966 waren von den sieben Mitgliedern des Präsidiums der NPD fünf „Alte Kämpfer". Wir wissen, daß ja vom Bundesvorstand dieser Antrag kommt, denn er ist in anderen Bundesländern auch gestellt worden. Hier sehe ich also eine Verbindung, und ich meine, daß das Recht auf politischen Irrtum jedermann zusteht. Aber bei Mord kann es keinen Irrtum geben. Mord bleibt Mord, und hier kann sich keiner mit seiner Vergangenheit herausreden.

Ich glaube, es wäre für die NPD besser gewesen, wenn sie erst einmal zu der Zeit, von der die Rede ist, klar Stellung genommen hätte, wenn sie klar eine Verurteilung der Verbrechen ausgesprochen hätte, die zur Aufklärung die Ludwigsburger Stelle sich zur Aufgabe gemacht hat. Von einer Verurteilung dieser Verbrechen haben wir leider nichts gehört! Mich beunruhigt sehr, daß leider der Geist,

der in der nationalsozialistischen Zeit war, zum Teil ja auch noch in der Argumentation der NPD heute vorhanden ist. Gerade der Rassismus, der Antisemitismus war es ja, der zu diesen Verbrechen geführt hat.

Ich möchte hier mit Genehmigung des Herrn Präsidenten noch ein Zitat bringen, das vielleicht meine Sorge etwas verdeutlicht. Es ist in den „Deutschen Nachrichten" im Jahre 1965 folgende Feststellung zu finden: „Heinrich Heine ist Jude, und da Lyrik noch mehr als jede andere dichterische Gattung Ausdruck des Nationalcharakters und der Volksseele ist, kann Heine unmöglich der größte deutsche Lyriker nach oder mit Goethe sein."

Hier zeigt sich doch sehr deutlich, daß der Geist, der zu diesen Verbrechen geführt hat, heute in unserem Volk offenbar noch nicht tot ist, daß hier bei der NPD ein erneuter politischer Träger für diese Gedanken gefunden wurde. Hier würde ich sehr darum bitten, daß die NPD Klarheit schafft, daß sie Aussagen macht, ob sie diesen Geist noch für richtig hält, daß sie sich von diesem Geist distanziert, daß sie eine klare Position bezieht.

Ich kann unter diesen Umständen — und das meine ich so, wie ich es sage — die NPD nur als ein Derivat, als einen Ableger dieser Partei betrachten, deren Verbrechen zur Aufklärung in Ludwigsburg anstehen, und ich glaube, wenn man sich einmal das „Politische Lexikon" der NPD ansieht, wird man feststellen, wie heute noch von der NPD der Nationalsozialismus verherrlicht wird. Wer es nicht weiß, der kann es im „Politischen Lexikon" nachlesen.

Ich möchte hier abschließend nur eins sagen: daß für mich die NPD eine Nachfolgepartei der NSDAP ist, und das ist gerichtsnotorisch festgesellt.

(Abg. Brouwer [NPD]: Festgestellt?)

Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich kurz zitieren: „So hat die Dritte Zivilkammer des Landgerichts Konstanz am 21. Januar 1966 durch ein viel beachtetes, inzwischen auch rechtskräftig gewordenes Urteil eine Einstweilige Verfügung aufgehoben, mit der dem Chefredakteur des ‚Südkurier' in Konstanz, Alfred Gerrigk, verboten worden war" — ich zitiere —, „in der Presse oder anderweitig dritten Personen gegenüber sich dahin zu äußern, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands gelte als Nachfolgeorganisation

(Abg. Vorsatz [NPD]: Gelte, Herr Dr. Klink!)

der Nationalsozialisten."

(Abg. Brouwer [NPD]: Gelte!)

Ende des Zitats!

In seiner Urteilsbegründung führte das Gericht unter anderem aus — wiederum Zitat des Gerichts: „Es ist vor allem das Recht und die Pflicht der Presse, die Leserschaft über eine gefährliche, die Allgemeinheit interessierende Entwicklung zu unterrichten". Gerrigk habe mit seiner Äußerung, die NPD gelte als Nachfolgeorganisation der Nationalsozialisten, keinen Nachfolger im Rechtssinne gemeint. Zitat: „Vielmehr ist die Äußerung verständlicherweise so zu fassen, daß die Nationaldemokratische Partei nach der Meinung weitester Kreise ein Sammelbecken früherer Nationalsozialisten sei."

Hierin liegt eine Meinungsäußerung, die einen Tatsachenkern enthält. Ich meine, damit ist sehr deutlich gemacht, daß eine politische Verbindung zwischen Nationalsozialismus und dem politischen Wirken der NPD da ist, und ich sehe in dem Änderungsantrag nur eins: keinen Beitrag zum rechtsstaatlichen Denken in der Bundesrepublik zu liefern, sondern nur den Versuch, alte Kameraden dem Zugriff des Rechtsstaates zu entziehen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Zur Geschäftsordnung hat der Abgeordnete Brouwer das Wort.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich bitte im Namen meiner Fraktion um eine Unterbrechung der Sitzung um eine Viertelstunde, damit wir zu den ungeheuerlichen Angriffen, die gegen meine Fraktion hier laut geworden sind, Stellung nehmen können und uns über unseren Änderungsantrag, den wir hier eingereicht haben, noch einmal schlüssig werden können. Ich möchte Sie im Namen meiner Fraktion um diese kurze Pause bitten.

Präsident Engel: Meine Damen und Herren! Normalerweise wird einem solchen Wunsch entsprochen. Ich möchte Ihnen vorschlagen, sich auch in diesem Falle so zu verhalten. Wir würden dann wieder zusammentreten um 11 Uhr 35. Dann haben Sie Ihre Viertelstunde.

(Unterbrechung der Sitzung: 11.19 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 11.40 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) wird fortgesetzt.

Zu einer Erklärung hat das Wort der Abgeordnete Brouwer.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Auftrag meiner Fraktion habe ich folgende Erklärung abzugeben:

Die Ausführungen des Herrn Senator für Justiz und Verfassung haben die NPD-Fraktion davon überzeugt, daß die Verpflichtungen der Hansestadt Bremen aus dem Verwaltungsabkommen eine Aufrechterhaltung des Änderungsantrags der NPD nicht

zulassen. Wir ziehen aus diesem Grunde den Änderungsantrag zurück.

Die NPD-Fraktion erklärt ausdrücklich, daß sie sich von allen Gewaltverbrechen, gleich zu welcher Zeit, an welchem Ort und von wem auch immer sie begangen sind, auf das schärfste distanziert, wie das auch aus den Ausführungen unseres Fraktionsangehörigen Stern schon eindeutig hervorgegangen ist. Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands erklärt durch ihre Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft, daß sie weder eine Nachfolgeorganisation der NSDAP ist und die hier herangezogenen Urteile dieses auch nie behauptet haben. Im übrigen ist die Frage einer einzutretenden Verjährung keine Frage, die man mit dem Blick nach dem Ausland aus Gründen der Opportunität regeln könnte, sondern eine Frage des unteilbaren Rechts.

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Die Fraktion der NPD hat den Änderungsantrag, über den die Aussprache erfolgte, zurückgezogen. Damit ist die Aussprache hierüber beendet.

Wir kommen dann zum Änderungsantrag Nr. 166.

Meine Damen und Herren, ich bin darauf aufmerksam gemacht worden, daß es für die Zuhörer außerordentlich schwierig ist, die Debatte zu verfolgen, wenn sie den Sinn der Änderungsanträge nicht kennen. Sie haben die Anträge ja alle im Abzugsverfahren vorliegen. Ich bitte Sie aber trotzdem, damit einverstanden zu sein, daß ich die Änderungsanträge verlese.

047 Justizvollzugsanstalten.

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

047/231 **Justizvollzugsanstalten** / Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter (einschließlich Reisekosten)

Die Haushaltsstelle erhält folgenden Wortlaut:
Aus- und Fortbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter (einschl. Reisekosten). Der veranschlagte Betrag von 5 000 DM wird um 10 000 DM auf 15 000 DM erhöht.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Wer begründet den Änderungsantrag?

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann die Begründung sehr kurz halten. Im Einzelplan 04 „Justiz" stehen unter der Nr. 047/231 „Ausbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter" 5 000 DM verzeichnet. Wir sind der Auffassung, daß wir uns nicht damit begnügen können, einen Posten in den Haushalt aufzunehmen, der sich auf die Ausbildung der betreffenden Angehörigen des Justizvollzugsdienstes beschränkt. Aufgabe unserer Behörden ist es vielmehr, nicht nur die Ausbildung, sondern insbesondere auch die Fortbildung durchzuführen. Aus diesem Grunde glauben wir erstens, die Bezeichnung ändern zu müssen und statt „Ausbildung" sagen zu sollen „Aus- und Fortbildung der Beamten, Angestellten und Arbeiter", und zweitens den eingesetzten Betrag um eine immerhin etwas ins Gewicht fallende Summe von 10 000 DM auf 15 000 DM zu erhöhen.

Ich darf daran erinnern, was Herr Bürgermeister Koschnick gestern gerade über die Pflicht zur Fortbildung der Beamten gesagt hat und darf in diesem Zusammenhange erwähnen, daß Nr. 30 der DVO — das heißt Dienstvollzugsordnung — die ständige Fortbildung geradezu vorschreibt. Diese Fortbildung ist von staatlicher Seite her in Bremen gerade im Justizvollzugsdienst bislang nicht durchgeführt worden, teils aus Mangel an Kräften, teils aus Mangel an Mitteln. In Hamburg ist man auf diesem Gebiet erheblich weiter und führt die entsprechende Fortbildung durch.

Ich glaube, angesichts der besonderen Aufgaben, die unserer Justizverwaltung auf dem Gebiet des Justizvollzugsdienstes erwachsen, ist es dringend nötig, hier etwas zu tun. Es genügt nicht, daß wir eine wirklich schöne und in vieler Beziehung mustergültige neue Jugendstrafanstalt bauen, wenn wir die Beamten, die dort die jugendlichen Gesetzesübertreter zu betreuen haben, nicht entsprechend fortbilden, so daß sie ihrer Aufgabe gerecht werden können. Das gilt aber nicht nur für die Jugendstrafanstalt, sondern das gilt auch für den Erwachsenenstrafvollzug, der ja in keiner Weise maßgebend unter dem Gesichtspunkt der Vergeltung gesehen werden soll, sondern unter dem Gesichtspunkt der Resozialisierung. Wenn wir diesen Gesichtspunkt, wie es nötig ist, in den Vordergrund stellen, dann brauchen wir Mittel für die Fortbildung der Beamten. Aus diesem Grunde darf ich der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Hohe Haus dem Änderungsantrag meiner Fraktion zustimmen wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat Herr Senator Dr. Graf.

Senator für Justiz und Verfassung Dr. Graf: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin für diesen Änderungsantrag der CDU-Fraktion sehr dankbar und würde mich freuen, wenn er von diesem Hohen Hause angenommen wird. Mir fiel, als Herr Fischer den Antrag begründete und darauf hinwies, daß in Bremen nichts für die Ausbildung und Fortbildung getan werde, auf, daß einzelne Stirnen sich runzelten über ein derartiges Versagen der Verwaltung. Deshalb liegt mir daran, Ihnen ganz kurz die Situation einmal darzustellen.

Gestern abend, als das Ressort „Inneres" behandelt wurde, hat mich wieder einmal, wie in diesem Zusammenhang immer, ein gewisser Neid beschlichen, als von der Ausbildung der Polizei die

Rede war. Die Polizei ist gut dran. Sie hat ein Reservoir, das zunächst einmal die Anfänger aufnimmt und sie ausbildet: die Bereitschaftspolizei. Von dort werden sie dann anschließend in den Dienst überführt. Schön wäre es, wenn eine solche Maßnahme auch für den Justizvollzugsdienst vorhanden wäre. Tatsache aber ist leider, daß jeder Anfänger im Aufsichts- und Werkdienst des Strafvollzugs vom ersten Tage seines Dienstes an eine Planstelle einnehmen muß, das heißt also, daß er ohne jegliche Ausbildung sofort in einen Dienst gestellt wird, der besonders spannungsreich ist. Meine Damen und Herren, Sie wissen, dieser Dienst spielt sich hinter den Mauern, hinter den Absperrungen unserer Einrichtungen ab, er ist spannungsgeladen, und es liegt auf der Hand, daß ein Versagen sehr schnell eintreten kann.

Herr Fischer wies darauf hin, daß die Verhältnisse in Hamburg anders sind. Das ist richtig. In Hamburg hat der „Glocken-Fall" dazu geführt, daß das Parlament, die Hamburgische Bürgerschaft, sehr schnell bereit war, die Verhältnisse zu ändern. Hier liegt die Sache immer noch im Argen. Die Deputation für Justiz und Gefängniswesen hatte einen Antrag gestellt, für das neue Haushaltsjahr 20 überplanmäßige Stellen zu schaffen. Diesem Antrag lagen folgende Überlegungen zugrunde:

Wir brauchen, wenn wir innerhalb der nächsten zwei Jahre unsere neue Jugendstrafanstalt auch mit dem zur Zeit noch fehlenden Teil in Betrieb nehmen, weitere zwölf Bedienstete. In dem gleichen Zeitraum werden acht Arbeitsplätze durch Pensionierungen frei. Es ergibt sich also in den nächsten zwei Jahren ein Bedarf von insgesamt zwanzig Bediensteten. Das war die Grundlage für den Antrag, den die Deputation für Justiz- und Gefängniswesen beschlossen hat. Leider ist dieser Antrag vom Haushaltsausschuß nicht in vollem Umfang genehmigt worden, sondern reduziert worden auf die zwölf Bediensteten, die allein für die Jugendstrafanstalt zur Verfügung stehen müssen. Es ist richtig, daß diese zwölf Bediensteten zur Zeit keinen planmäßigen Posten auszufüllen haben. Da aber auf der anderen Seite noch nicht alle Planstellen besetzt sind, ist im Augenblick die Situation noch unverändert.

Ich darf also nachdrücklich betonen: Ich strebe auf jeden Fall eine Fort- und Ausbildung, so, wie sie vorgeschrieben ist, an und wäre glücklich, sie durchführen zu können. Dazu gehört aber, daß die Zahl der überplanmäßigen Stellen für den kommenden Zeitraum, der sich ja überblicken läßt, vorhanden ist und daß darüber hinaus auch noch einige wenige Stellen für Ausbilder bereitstehen. Es sind, so wie ich die Dinge im Augenblick sehe, eine Lehrerstelle, eine Stelle für einen Psychologen und eine für einen Juristen, also praktisch drei Stellen. Die sind im Haushaltsplan nicht vorgesehen. Ich will auch hier zu einem Antrag nicht animieren. Ich darf aber wohl die Bereitschaft, die Mittel für die Aus- und Fortbildung zu erhöhen, vielleicht als einen Ansatz des Parlaments werten, die dargestellten Verhältnisse bei nächster Gelegenheit erneut wohlwollend zu überprüfen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Götze.

Abg. **Götze** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hörte einige wohlwollende Bemerkungen. Es steht aber nun einiges dagegen. Ich möchte nur darstellen, wie die Beratungen über dieses Problem gelaufen sind. Mir scheint, daß hier die Dinge am 6. Dezember, am Nikolaustag, etwas durcheinandergebracht werden.

Der Haushaltsausschuß hat der Justizverwaltung, und zwar im Hinblick auf die Justizvollzugsanstalten, 32 neue Stellen bewilligt, davon sieben für die Arbeitszeitverkürzung. Das haben wir hier einbeziehen müssen. Wir haben ihr eine Reihe von Dingen abgelehnt, weil wir mit Maßnahmen eines Kleinomnibusverkehrs für alle möglichen Dinge da hinten in Oslebshausen nicht einverstanden gewesen sind. Darüber werden wir im Verlauf der Zeit noch zu sprechen haben.

Im Hinblick auf die Aus- und Fortbildung der Justizbeamten haben Sie, Herr Senator, eine sehr wohlwollende Haltung vorgefunden, und ich habe hier das Protokoll des Haushaltsausschusses, in dem steht: „Im Anschluß an diese Beratungen" — das war der 26. August 1968 — „wurde die Frage der Fortbildung von Beamten und Angestellten im Justizbereich erörtert. Es wurde beschlossen, dieses Thema bei den Haushaltsberatungen 1970 — in Klammern: Sachhaushalt — erneut zu behandeln".

Hinter dieser lapidaren Protokollnotiz verbirgt sich für den Haushaltsausschuß, daß uns Gedanken vorgetragen worden sind, die nicht mit genügend Substanz und Plan vorlagen, damit man sie sofort hätte bewilligen können.

Meine Damen und Herren, meine Fraktionskollegin Frau Müller-Wolff und Herr Bürgermeister Koschnick haben bei den gestrigen Grundsatzaussprachen dargelegt, daß uns der Senat Vorstellungen entwickeln will über die Fort- und Ausbildung von Beamten nach neuzeitlichen Gesichtspunkten. Mir scheint, der Bereich, der hier neu angepackt werden soll, erweitert werden soll, muß einbezogen werden. Wir haben nicht reduziert in diesem Haushalt, wo bereits solche Ansätze sind. Wir haben besonders also gerade bei der Polizei eine Sache, die aber aus ganz anderen Dingen herrührt, bewilligt oder werden es bewilligen in der Zurverfügungstellung der Stelle eines Psychologen.

Ich würde Sie bitten, nach Ihrem freien Gewissen jetzt zu entscheiden, ob Sie diesem Änderungsantrag zustimmen wollen oder nicht zustimmen wollen.

(Heiterkeit — Abg. Schubert [FDP]: Das eine ist hinter der Mauer, das andere davor! — Abg. Dr. Sieling [CDU]: Davor genügt!)

Ich wollte Ihnen nur die Haltung des Haushaltsausschusses und wohlausgewogene Gedanken, die in den Grundsatzaussprachen hier gesagt worden sind, darstellen.

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete Grantz.

Abg. **Grantz** (SPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Änderungsantrag der CDU zur Haushaltsstelle 047/231 Justizvollzugsanstalten bezweckt einmal die Änderung der Bezeichnung dieses Haushaltstitels und zum anderen die Aufstockung des veranschlagten Betrags auf 15 000 DM. Was das erste Anliegen betrifft, so muß man wissen, daß in der praktischen Handhabung bereits in der Vergangenheit die Mittel dieses Haushaltstitels im wesentlichen Fortbildungsmaßnahmen gedient haben, wenn auch nur in beschränktem Umfang. Man kann also hier nicht ohne weiteres sagen, es sei gar nichts getan worden. Es sind vielmehr Beamte zu Lehrgängen geschickt worden, allerdings außerhalb der Landesgrenzen, zu Kurzlehrgängen. Diese Kurzlehrgänge sind beschickt worden mit Arbeitsinspektoren, Beamten des Jugendstrafvollzugs und, last not least, auch Küchenbeamten. Die Liebe geht auch bei den Strafvollzugsanstalten etwas durch den Magen.

(Heiterkeit)

Wenn diese Haushaltsstelle also schon jetzt im wesentlichen der Fortbildung dient, so wird man der Änderung beziehungsweise Ergänzung der Titelbezeichnung im Interesse der Haushaltstitelwahrheit zustimmen müssen. Hiergegen werden also ernsthafte Einwendungen nicht erhoben werden können. Meine Fraktion ist aber auch grundsätzlich der Ansicht, daß der Vorstand der Justizvollzugsanstalten die finanzielle Möglichkeit erhalten sollte, eigene Veranstaltungen durchzuführen, die der Berufsfortbildung dienen. Dabei ist sich meine Fraktion der angespannten personellen Situation in den Justizvollzugsanstalten durchaus bewußt; aber es müßte zunächst einmal, wenn auch im kleinen Rahmen, durchaus möglich sein, kleinere Gruppen aus den verschiedenen Anstalten des Landes Bremen zu Kurzlehrgängen zusammenzufassen, wobei man dann die Möglichkeit hätte, Psychologen und ähnliche Referenten heranzuholen.

Meine Fraktion wird diesem Änderungsantrag der CDU zustimmen.

(Beifall)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

(Abg. Ehlers [CDU]: Nach dieser Erklärung ziehe ich meine Wortmeldung zurück, Herr Präsident!)

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Fischer.

(Abg. Fischer [CDU]: Herr Präsident, ich ziehe ebenfalls zurück!)

Danke!

Wortmeldungen liegen nicht mehr vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wer dem Änderungsantrag 166 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag 166 zu.

(Dafür sämtliche Abgeordnete mit Ausnahme der Mitglieder des Haushaltsausschusses der SPD und FDP)

Wir kommen nun zum Einzelplan

05 Bildungswesen.

Meine Damen und Herren, in der Interfraktionellen Sitzung wurde vereinbart, über diesen Einzelplan keine allgemeine Aussprache stattfinden zu lassen. — Ich höre keinen Widerspruch. Die Bürgerschaft (Landtag) ist einverstanden.

Wir kommen zur

Einzelberatung.

059 Sonstiges Bildungswesen

Hier liegt zunächst der Änderungsantrag Nr. 167 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

059/3851 **Sonstiges Bildungswesen** / Stipendien

Der veranschlagte Betrag von 2 200 000 DM wird um 440 000 DM auf 2 640 000 DM erhöht.

In der Erläuterung werden die Summen wie folgt geändert:

Staatliche Kunstschule	100 000 DM
Pädagogische Hochschule	795 000 DM
Ingenieurakademie	1 430 000 DM
Wirtschaftsakademie	280 000 DM
Stipendien für den Besuch auswärtiger Fach- und Hochschulen (einschl. Akademie der Arbeit u. ä.)	20 000 DM
Sonstige Ausbildungsförderung	15 000 DM
	2 640 000 DM

Böhrnsen und SPD-Fraktion
Schubert und FDP-Fraktion
Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Zur Begründung dieses Änderungsantrags hat der Abgeordnete Ströh das Wort.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine Kollegin Frau Müller-Wolff hat in ihrer Haushaltsrede die Prognose gestellt, daß vermutlich das, was in einigen Teilen zu dem Haushaltsplan 1969 gesagt werden wird, auch schon zum Haushalt 1968 gesagt wor-

den ist. Meine Damen und Herren, obwohl Frau Müller-Wolff mich in ihrem Katalog nicht mit aufgeführt hat, bin ich aber dennoch einer von den, sagen wir, Repetitoren, denn ich muß ebenfalls etwas wiederholen, was ich schon zum Haushalt 1968 zu diesem Problem Stipendien gesagt habe. Aber ich sage es deshalb ganz gern, weil oben auf den Tribünen sicherlich einige unter den Zuhörern sitzen, die in den Genuß dieser Stipendien kommen.

Wie schon im vorigen Jahr anläßlich der Haushaltsberatungen muß ich Sie auch in diesem Jahr darum bitten, einem Änderungsantrag der SPD- und FDP-Fraktion, dem sich ja auch nachträglich — wie ich gehört habe, nachträglich lag es ja auch auf unserem Tisch — die CDU angeschlossen hat, zuzustimmen, damit die Schulverwaltung in der Lage ist, den im Haushaltsjahr 1969 zu erwartenden Anträgen auf Gewährung von Stipendien entsprechen zu können. Es handelt sich hier um die Haushaltsstelle L 059/3851 Stipendien. Der Antrag zielt darauf ab, dem im Entwurf ausgewiesenen Betrag von 2 200 000 DM um 450 000 DM auf 2 650 000 DM zu erhöhen. Sollten Sie, was ich hoffe, wir haben ja heute immerhin — —

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Ströh, haben Sie sich eben mit den Zahlen versehen, oder habe ich hier einen Druckfehler vorliegen?

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: 2 640 000 DM!)

Also um 450 000 DM auf 2 640 000 DM. Sie hatten 2 650 000 DM gesagt.

Abg. **Ströh** (SPD): Man kann es ja mal versuchen. Sollten Sie, meine Damen und Herren, diesem Änderungsantrag zustimmen — ich bin eigentlich dessen sicher, wir haben ja heute Nikolaus —, dann müßten als Auswirkungen in der Erläuterung folgende Veränderungen vorgenommen werden: Staatliche Kunstschule 100 000 DM, Pädagogische Hochschule 795 000 DM, Ingenieur-Akademie 1 440 000 DM,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: 1 430 000 DM!)

Verzeihung, 1 430 000 DM, Wirtschaftsakademie 280 000 DM, Stipendien für den Besuch auswärtiger Hoch- und Fachschulen 20 000 DM und sonstige Ausbildungsförderung 15 000 DM. Wenn also meine Rechnung jetzt stimmt, dann sind das 2 640 000 DM.

Meine Damen und Herren, im vorigen Jahr habe ich noch gesagt, daß die damals im Landeshaushalt von diesem Hohen Hause bereitgestellten Mittel für das Haushaltsjahr 1968 unter Berücksichtigung der für dieses Jahr zu erwartenden Anträge der Schüler, Studierenden und Studenten voraussichtlich ausreichen würden. Diese Voraussicht hat sich im großen und ganzen bestätigt. Allerdings werden für 1969 die eingestellten 2 200 000 DM nicht ausreichen. Dafür muß ich Ihnen folgende Gründe vortragen:

Einmal die Anerkennung höhere Freibeträge, die beispielsweise für Eltern statt bisher 700 DM auf 750 DM erhöht worden sind, und die bei Berücksichtigung des Einkommens der Unterhaltspflichtigen abgesetzt werden. Als zweiten Grund die Erhöhung der Förderungsmeßbeträge, die für die Studierenden der Akademien von 290 DM auf 320 DM erhöht worden sind. Diese Anerkennung höherer Freibeträge und auch die Höhe der Förderungsmeßbeträge hat nun zur Folge, daß einmal ein größerer Personenkreis Anspruch auf Stipendien hat und zum anderen, ein, auf den einzelnen bezogen, höherer Förderungsbetrag gewährt werden kann. Mit dieser Regelung, meine Damen und Herren, schließt sich das Land Bremen der Empfehlung einer Referentenkommission zum Honnefer Modell an, die auf Vorschlag der Ministerpräsidenten und der Länder-Kultusminister am 9. 2. 1968 zusammengetreten ist.

Ich möchte, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang noch einmal mit allem Nachdruck darauf hinweisen, daß die Vorschriften des Honnefer Modells, das scheint mir gerade für das Land Bremen sehr wichtig zu sein, hier in Bremen auch für die Akademien gelten. Das ist in vielen Bundesländern nicht der Fall. Insoweit können wir in Bremen feststellen, daß wir bei der Förderung der Studierenden an den Akademien einen Schritt weitergegangen sind.

Meine Damen und Herren, es ist bekannt, daß die Ausbildungsförderung den allgemeinen wirtschaftlichen Verhältnissen der überwiegenden Zahl der Studierenden nicht mehr gerecht wird, wenn sie überhaupt jemals diesen Anforderungen gerecht geworden ist. Der von der SPD- und FDP-Fraktion eingebrachte Änderungsantrag soll nun dazu beitragen, daß der Entschluß, einen höherwertigen Bildungsweg einzuschlagen, nicht vorwiegend an wirtschaftlichen Erwägungen scheitert.

(Glocke)

Ich bitte Sie deshalb, meine Damen und Herren, diesem Änderungsantrag zuzustimmen.

(Glocke, Glocke)

Präsident Engel: Sie sind mir leider zuvorgekommen.

(Heiterkeit)

Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Stipendien, immer mehr Geld! Da sollten wir doch eine Weile verhoffen, weil wir einfach

(Abg. Eilers [SPD]: Wir müssen verharren!)

— verhoffen meinethalben und beharren auch — der Bevölkerung die Aufklärung für unsere Maßnahmen schulden, weil viel zu oft nicht ganz gut über Stipendien gedacht wird.

Warum wachsen eigentlich die Stipendien? Mein Kollege Ströh hat eine Reihe von Gründen angeführt. Es sind steigende Lebenshaltungskosten, es sind mehr Studenten. Zuoft hört man, die studieren nur auf Staatskosten, kassieren die Stipendien und randalieren. Unwillen breitet sich aus vor allem dann, wenn man die Höhe der Stipendien betrachtet und bedenkt, daß die dafür aufzubringenden Steuern mit Mühe verdient werden. Aber

(Abg. Eilers [SPD]: Eben — aber!)

ich möchte hier nicht in die gesellschaftspolitische Aktivität der Studenten einsteigen. Und doch sollten wir über deren gesellschaftspolitische Aktivitäten als ein positives Ergebnis froh sein. Bei jeder Aktivität und bei jedem positiven Ergebnis fallen eben auch negative Ergebnisse ab, nach denen wir unser Urteil nicht ausrichten dürfen.

Welchen Sinn haben die Stipendien? Gestatten Sie mir, daß ich — Frau Müller-Wolff im Auge oder nicht im

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sie ist nicht da!)

Auge — doch noch einiges wiederhole. Die Stipendien haben einfach den Sinn, soziale Nachteile aufzuwiegen. Nachteile jedenfalls aufzuwiegen zu versuchen. Manch einer von den Älteren sagt, ich habe mir mein Studium selbst verdienen müssen. Aber wenn wir ehrlich sein sollen über die Dinge, die wir heute studieren, müssen wir auch zugeben, daß das, was heute angeladen wird an Material, um vieles größer ist, daß die Anspannungen auch nicht nur während des Studiums im Bekümmern um die Fachdinge, sondern auch in den Prüfungen um Erhebliches gewachsen sind. Das merken Sie, wenn Sie auf den Platz zurückkehren, an dem Sie einstmals saßen und studiert haben. Und ich tue das ab und zu mal, um auch wieder mit den Füßen auf den Boden zu kommen und

(Abg. Eilers [SPD]: Sehr gut!)

den Kontakt mit den Anforderungen nicht zu verlieren.

Es sollte also jeder die Chance haben, jeder gemäß seinen Fähigkeiten, Bildung zu erwerben. Die Stipendien sollen auf der anderen Seite auch dem, der zweifelt, ob er nicht lieber gleich in den Beruf geht, um Geld zu verdienen, ein wenig Anreiz bieten, daß er doch eventuell eine bessere, eine höhere Ausbildung sich erwerben könnte, denn diese Ausbildung ist — und das ist ein weiterer Sinn dieser Stipendien — Investition in unsere Zukunft. Bildungsinvestitionen — und das muß und kann nicht oft genug betont werden — sind die lohnendsten und rentabelsten nach wirtschaftswissenschaftlicher Berechnung. Denn das läßt sich nach Heller und Pfennig nachweisen. Und das dürfen wir nicht vergessen.

Stimmen Sie also bitte freudig diesem Änderungsantrag zu, denn er ist auch ein Zeichen größerer Bildungswilligkeit unserer Jugend.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Herr Kollege Ströh hat vorhin eine Äußerung gemacht, die mich veranlaßt, noch einmal kurz Stellung zu nehmen. Er stellte nämlich fest, es sei ein Änderungsantrag von den Fraktionen der SPD und der FDP vorgelegt worden, dem sich, wie er inzwischen gehört habe, die CDU nachträglich angeschlossen habe.

Meine Damen und Herren, ich möchte zu allen Änderungsanträgen, die aus dem Sektor der Schuldeputation kommen, grundsätzlich klarstellend sagen, damit ich es nicht bei jedem Änderungsantrag erneut machen muß: Wir haben uns innerhalb der Schuldeputation interfraktionell geeinigt, die vorliegenden Änderungsanträge in unseren Fraktionen durchzubringen. Ich habe dann in dem Bestreben, die Verwaltung nicht überzubelasten, festgestellt, daß wir nicht Paralleländerungsanträge mit gleichlautendem Text bringen wollten, sondern diese gemeinsamen Änderungsanträge nachträglich mit unterschreiben würden. Zu einer Zeit, in der wir die Änderungsanträge noch nicht unterschrieben hatten, war in der Fraktion bereits geklärt, daß wir diese mitmachen würden. Auf diese Weise ist die nachträgliche Unterschrift auf die Änderungsanträge gekommen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wer dem Änderungsantrag Nr. 167 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen dann zum Änderungsantrag Nr. 168:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

059/401 Sonstiges Bildungswesen / Zuschüsse an deutsche Schulen und deutsche kulturelle Institute im Ausland

Der Betrag von 5 000 DM wird um 33 000 DM auf 38 000 DM erhöht.

Vorsatz und NPD-Fraktion

Zur Begründung hat der Abgeordnete Brouwer das Wort.

Abg. **Brouwer** (NPD): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Durch die vorhin abgegebene Erklärung meiner Fraktion ist die Grundlage für diesen Änderungsantrag illusorisch ge-

worden, und meine Fraktion zieht hiermit diesen Änderungsantrag zurück.

Gestatten Sie mir aber bitte, einige wenige Worte hinsichtlich des Tenors dieses Änderungsantrags zu sagen.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Brouwer, wenn Sie einen Antrag zurückgezogen haben, dann können Sie darüber nicht mehr sprechen.

(Abg. Brouwer [NPD]: Ich wollte nur — —)

Tut mir leid! Der Änderungsantrag ist zurückgezogen.

Wir kommen dann zur Behandlung des Änderungsantrags Nummer 169:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

059/454 Sonstiges Bildungswesen / Förderung kultureller Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge

Der veranschlagte Betrag von 50 000 DM wird um 10 000 DM auf 60 000 DM erhöht.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Wer begründet diesen Änderungsantrag? — Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Begründer dieses Änderungsantrags in all den letzten Jahren ist heute nicht unter uns. Es war Herr Sagner. Er weilt heute dienstlich in Berlin. Meine Damen und Herren, der Gesetzgeber hat im Paragraphen 96, dem sogenannten Kulturparagraphen, des Bundesvertriebenengesetzes festgelegt, daß die Länder entsprechend ihrer durch das Grundgesetz gegebenen Zuständigkeit das Kulturgut der Vertreibungsgebiete in dem Bewußtsein der Vertriebenen und Flüchtlinge, des gesamten deutschen Volkes und des Auslands zu erhalten haben. Herr Sagner als unser Fachmann ist der Ansicht, daß der Betrag von 50 000 DM für diese hohe Aufgabe nicht genügt. Ich möchte daher in seinem Namen bitten, zuzustimmen, daß wir diesen Betrag um 10 000 DM auf 60 000 DM erhöhen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Klink.

Abg. **Dr. Klink** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es ist richtig, daß Paragraph 96 BVFG vorsieht, daß Bund und Länder sich um die Förderung des Kulturgutes der Vertreibungsgebiete bemühen. Wir meinen jedoch, daß diese Aufgabe — und das sieht das Gesetz ja auch nicht vor — keine vorwiegende und alleinige Aufgabe der Vertriebenenverbände ist, sondern daß es eine gesamtdeutsche Aufgabe ist. Es gibt keine ostdeutsche Kultur, es gibt keine bundesrepublikanische Kultur oder DDR-Kultur, sondern es gibt eine gesamtdeutsche Kultur, und Paragraph 96 BVFG sieht ja auch nicht vor, daß die Vertriebenenverbände einen Anspruch auf Zuschüsse für diese Förderungsarbeit haben. Dieses Gesetz sieht auch nicht vor, daß deswegen eine Haushaltsstelle in den Länderhaushalten eingerichtet werden soll, sondern es postuliert nur die Aufgabe der Förderung.

Wir meinen, daß neben diesem Betrag, der heute ausgewiesen ist, eine Reihe von Aufgaben auch aus anderen Haushaltsstellen des Kulturhaushalts heute bereits gefördert werden, so daß wir durchaus unsere Aufgaben wahrnehmen. Die Förderung des ostdeutschen Kulturgutes erfolgt über den Ansatz hinaus, was bereits erwähnt ist, und dabei sollten wir es belassen. Hier ist eine Aufstockung nicht erforderlich. Wir werden diesen Änderungsantrag deshalb ablehnen.

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete von Groeling-Müller.

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich weiß, daß die Bestrebungen, ostdeutsches Kulturgut aufzuzeichnen, zu erhalten auch für die Zukunft hinaus so schwierig sind, weil diejenigen, die noch etwas wissen und zusammentragen können, nicht mehr lange in der Lage sein werden, das zu tun. Es verschüttet mit dem Weggehen der Generationen bei uns. Auch wenn meine Fraktion anderer Meinung ist, würde ich es begrüßen, wenn wir hier noch einmal versuchen würden, die letzten Chancen, Dinge aufzuzeichnen und festzuhalten und zu verbreiten, wahrzunehmen im Rahmen unseres Maßstabes.

Deshalb begrüße ich den Änderungsantrag von Herrn Sagner und würde mich freuen, wenn sich einzelne oder vielleicht sogar die Mehrheit des Hauses dazu aufraffen würde, dem zuzustimmen. Es wird ja doch nichts verbraucht, was nicht sinnvoll angewendet wird.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Koschek.

Abg. **Koschek** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Auffassung von Herrn Dr. Klink, daß für die Kulturarbeit der Vertriebenen schon genug getan wurde mit diesen 50 000 DM, kann ich leider nicht teilen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Hat niemand behauptet!)

Mir ist bekannt, daß etwa 18 bis 20 Landsmannschaften in diesem Verband zusammengefaßt sind. Diese Landsmannschaften bemühen sich, das Kulturgut zu erhalten, zu verbreiten und vor allen Dingen der Jugend zugänglich zu machen. Wenn man bedenkt, daß 18 bis 20 Landsmannschaften diesem Gremium angeschlossen sind, dann ist ein Betrag von 50 000 DM, der ja auch noch gekürzt wird — ich glaube, es sind 10 000 DM, die sowieso noch einbehalten werden —, einfach nicht ausreichend.

Das weiß ich aus früherer Zeit, als ich noch in diesen Verbänden tätig war,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Aber das ist ja schon lange her!)

daß diese Beträge nicht ausreichend waren.

Entschuldigen Sie bitte, Frau Landwehr, die Vertriebenen bemühen sich seit Jahren um eine Aufstockung dieses Betrags. Es ist leider immer abgelehnt worden. Ich meine, die erfüllen doch eine wichtige Aufgabe, meine Damen und Herren. Das können wir doch nicht verkennen. Wir sollten diese Eigeninitiative dadurch unterstützen, daß wir durch eine Erhöhung von 10 000 DM diesem Änderungsantrag zustimmen.

(Beifall bei der CDU — Abg. Ströh [SPD] meldet sich zu einer Zwischenfrage — Glocke — Abg. Koschek [CDU]: Nächstes Mal, Herr Präsident! — Heiterkeit)

Präsident Engel: Das brauchten Sie mir nicht zu sagen. Ich habe ja nicht das Recht, an Sie Fragen zu stellen. Herr Koschek, das ist das mindere Recht des Präsidenten.

Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, nach dem, was uns der Abgeordnete von Groeling-Müller hier eben vorgetragen hat und was auch von Herrn Koschek noch unterstrichen worden ist, sollten wir uns alle einen Stoß geben und diese 10 000 DM, um deren Erhöhung in dem Änderungsantrag gebeten wird, bewilligen.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ströh beantworten, Herr Fischer?

Abg. **Fischer** (CDU): Ja, gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege Fischer, sind Sie mit mir der Meinung, daß die Pflege von Kulturgut auch zum großen Teil Aufgabe der jeweiligen Familien ist?

(Widerspruch bei der CDU)

Abg. **Fischer** (CDU): Ich freue mich über die eben gestellte Frage. Selbstverständlich bin ich der Meinung, daß das Aufgabe der Familien ist. Aber damit allein ist es nicht getan. Ich glaube, gerade das, was Herr von Groeling-Müller gesagt hat, sollte uns allen zu denken geben. Ich meine, es könnte der Bürgerschaft nicht schwer fallen, diesen Betrag von 50 000 DM, der sowieso nicht gerade imponierend ist, um die erbetenen 10 000 DM zu erhöhen. Wir tun damit sicher etwas Gutes.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Gestatten Sie mir, daß ich den Ausführungen meiner Vorredner kurz etwas hinzufüge. Es ist normalerweise nicht mein Ressort, aber diesmal glaube ich doch, etwas dazu sagen zu können.

Es wurde von Ihnen, Herr Ströh, die Frage aufgeworfen, ob nicht die betroffenen Familien etwas tun. Gerade dies wollte ich dringend unterstreichen. Als Beispiel darf ich eine Familie anführen, die auf diesem Sektor sehr aktiv ist. In dieser Familie sind in mühsamer Kleinarbeit 20 000 Diapositive über Kulturgüter aus unseren früheren Ostgebieten gesammelt worden. Ich finde, man sollte das, was Herr von Groeling-Müller gesagt hat, ruhig durchführen.

Meine Damen und Herren, 10 000 DM bei diesem Haushalt dürften absolut kein Problem darstellen. Aber eines ist wichtig, und das muß man unterstützen: daß das, was privat oder von einzelnen Organisationen gesammelt wird, tatsächlich auch in einer geordneten sauberen Form aufbewahrt und weitergegeben werden kann an unsere Jugend. Denn es ist nicht damit getan, daß wir uns zwischen den „beiden deutschen Staaten" bemühen und Kulturgüter festhalten wollen, sondern es dreht sich darum, daß wir deutsches Kulturgut aus der Vergangenheit, wie es im Osten tatsächlich vorhanden ist, konservieren, um es weitergeben zu können und um die Brücke nicht abreißen zu lassen. Das ist meine Meinung.

(Beifall bei CDU und NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr die Abgeordnete Frau Müller-Wolff.

Abg. Gisela **Müller-Wolff** (SPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Meine Fraktion möchte nicht dahin mißverstanden werden, daß wir die Förderung der kulturellen Bestrebungen der Vertriebenen und Flüchtlinge ablehnen.

Aber ich glaube, was der Herr Kollege von Groeling-Müller hier ausgeführt hat, trifft diese Haushaltsstelle nicht. Wir sind ebenfalls der Meinung, daß im Rahmen wissenschaftlicher Untersuchungen und wissenschaftlicher Dokumentationen zum Beispiel die Dialekte aus Ostpreußen, die Sprachgewohnheiten, und Ähnliches festgehalten werden müssen und festgehalten werden sollen. Das geschieht ja auch.

Hier aber handelt es sich um Zuschüsse an einzelne Vertriebenenverbände. Ich selbst bin Flüchtling, auch wenn ich nicht einem Verband angehöre. —

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Inzwischen sind Sie Bremerin, Frau Müller-Wolff!)

Ich bin es inzwischen geworden und bin sehr froh darüber. Bei dem hier vorliegenden Antrag jedoch sehen wir, zumal es sich um eine fortdauernde Aus-

gabe handelt, uns nicht in der Lage, diesem Änderungsantrag zuzustimmen. Sollte es sich dagegen um einen Zuschuß handeln, der nicht an dieser Stelle gehört, etwa um eine ganz spezielle Aufgabe in der Richtung zu ermöglichen, die Herr von Groeling-Müller andeutete, würden wir selbstverständlich darüber mit uns reden lassen. Aber eine fortdauernde Ausgabe für diesen Bereich halten wir nicht mehr für vertretbar. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Wolff.

Abg. **Wolff** (NPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Meine Fraktion ist erfreut über den Änderungsantrag der CDU, der die Förderung kultureller Bestrebungen der Flüchtlinge mit 10 000 DM aufstocken will. Wir sind eigentlich erstaunt über die Ausführungen von Herrn Dr. Klink, der selbst Vertriebener ist.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Er ist jetzt auch Bremer!)

Es scheint mir in der SPD eine gewisse Aversion gegen die Flüchtlinge zu herrschen.

(Abg. Fröhlich [SPD]: Unterstellung! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Wir konservieren nur nicht ein Schicksal, das uns betroffen hat!)

Nun, Sie sollen es auch nicht konservieren. Ich hoffe aber doch, daß die Abgeordneten der SPD, die Flüchtlinge sind oder aus den Ostgebieten oder aus dem mitteldeutschen Gebiet stammen, diesen Änderungsantrag der CDU unterstützen. Meine Fraktion wird jedenfalls gern diesem Änderungsantrag zustimmen. — Danke sehr!

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Das glaube ich Ihnen gern! — Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Klink.

Abg. **Dr. Klink** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ein Wort zu dem, was gerade gesagt wurde. Ich bitte doch noch einmal, zu verstehen: Wir meinen, daß die Kulturförderung des Kulturgutes aus dem deutschen Ostgebiet nicht allein durch den Betrag abgedeckt und gefördert werden soll, der in dieser Haushaltsstelle steht,

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Sehr gut!)

sondern das ist eine Aufgabe des gesamten Kulturhaushalts, und daß eine ganze Reihe weiterer Beträge ja auch der Kulturförderung des Ostens zufließen. Es handelt sich doch nicht nur darum, daß es sich um 50 000 DM handelt, sondern um mehr Beträge, die woanders da sind, weil wir meinen, daß die Förderung eine gesamtdeutsche Aufgabe ist.

Ich meine, das liegt auch im Interesse der Flüchtlinge, daß diese Verantwortung für dieses Gebiet nicht allein für die Flüchtlinge reserviert wird, sondern daß es eine Gesamtverantwortung ist. Das muß doch unser Ziel sein.

(Beifall bei der SPD)

Und das muß die Absicht der Flüchtlinge und Heimatvertriebenen sein. Und in diesem Sinne meine ich, sollten wir uns stark machen, insbesondere als Flüchtlinge und Heimatvertriebene, daß nicht zu stark die Differenzierung, sondern die Integration der Flüchtlinge in Bremen, in die neue Heimat, erfolgt.

(Starker Beifall bei der SPD)

Und ich glaube, in dieser Richtung ist sehr vieles geschehen.

(Abg. Koschek [CDU]: Was hat das denn mit dem Kulturgut zu tun?)

Ich möchte deshalb sehr entschieden zurückweisen, daß eine Aversion gegen Flüchtlinge in Bremen da wäre. Ich bin Heimatvertriebener und bin sogar in zwei Verbänden. Aber ich habe immer meine politische Aufgabe darin gesehen, die Integration dieses Bevölkerungskreises hier in Bremen voranzutreiben. Und da muß ich sagen, sind sehr, sehr große Dinge erfolgt. Man kann also nicht von einer Aversion sprechen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Fischer.

Abg. **Fischer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es tut mir eigentlich aufrichtig leid, daß hier die Akzente offensichtlich so verschoben werden und daß der Eindruck entsteht, als ob die doch offensichtlich vorhandene gemeinsame Absicht der Bürgerschaft, auf diesem Gebiet der Pflege deutschen Kulturgutes zu arbeiten, hier vielleicht verkannt wird. Es ist nie gesagt worden, daß in dieser Stelle, auf die sich der Änderungsantrag bezieht, die gesamten Leistungen des bremischen Staates sich erschöpfen. Wir wissen sehr wohl, daß da auf anderen Gebieten sehr viel getan wird, und wir sind — da gebe ich Ihnen, Herr Dr. Klink, vollkommen recht — uns bewußt, daß es sicher hier um eine Gesamtaufgabe handelt. Das kann aber doch eigentlich schon rein von der folgerichtigen Denkweise her nicht dazu führen, daß wir auf einem Teilgebiet deswegen weniger geben.

(Abg. Koschek [CDU]: Sehr gut! — Beifall bei der CDU)

Ich meine, wir sollten es uns doch ernsthaft überlegen und sollten diesem Änderungsantrag zustimmen.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Wir geben ja nicht weniger, wir wollen nur nicht mehr geben!)

Präsident Engel: Die Aussprache ist geschlossen. Wer dem Änderungsantrag Nr. 169 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU, NPD und Abg. v. Groeling-Müller [FDP])

Ich rufe auf den Einzelphan

06 Arbeit.

Nach der interfraktionellen Vereinbarung sollte zu diesem Abschnitt keine allgemeine Aussprache stattfinden.

(Es melden sich die Abgeordneten Schriever [SPD] und Oltmanns [FDP] zum Wort.)

Zwei Mitglieder dieses Hauses haben sich entgegen der Empfehlung der interfraktionellen Besprechung gemeldet.

Ich eröffne die

allgemeine Aussprache.

Als erster hat der Abgeordnete Schriever das Wort.

Abg. **Schriever** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben vorhin bei dem zurückgezogenen Änderungsantrag zur Haushaltsstelle 04/400 ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte angesprochen, auch unter der Haushaltsstelle 06/065 wird ein trauriges Kapitel der deutschen Geschichte behandelt. Die Wiedergutmachung im Lande Bremen tritt im Jahr 1969 in die Endphase ihrer Abwicklung. Nach statistischen Unterlagen des Bundesministeriums für die Finanzen liegt das Land Bremen mit 84,5 Prozent weitaus an der Spitze aller anderen Bundesländer, und wir werden auch höchstwahrscheinlich mit der Frist vom 31. 12. 1969 die Wiedergutmachung hier im Lande Bremen abgewickelt haben.

Meine Damen und Herren, warum sage ich das? Weil in der Haushaltsstelle — ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit — 398 auch für das Jahr 1969 wiederum 4 Millionen DM eingesetzt wurden. Wir haben bereits im Jahr 1968 diese 4 Millionen DM eingesetzt gehabt und mußten mit Besorgnis feststellen — Mitte des Jahres 1968 —, daß die Mittel nicht reichen, wir mußten also eine Nachforderung von 3,3 Millionen DM geltend machen. Man kann jetzt die Frage stellen: Warum wurde für das Jahr 1969 die Haushaltsstelle oder die Mittel nicht gleich höher eingeplant? Wir befürchten, meine Damen und Herren, daß wir auch im Jahr 1969 mit einem Betrag von 3 bis 4 Millionen DM Nachforderungen werden kommen müssen, und zwar aus folgenden Gründen: Die anderen Bundesländer, die nicht bis zum 31. 12. 1969 abwickeln können, müssen ihre Leistungen mit 4 Prozent verzinsen. Und selbst wenn wir also abwickeln, müssen wir diese Haushaltsstelle 398 für die Zukunft aufrechterhalten, bis das letzte Bundesland mit seinen Wiedergutmachungsleistungen fertig ist.

Wir können als Land, als kleinstes Bundesland stolz darauf sein, daß wir unsere Wiedergutmachungsleistungen bis zur Zeit auf 557 unerledigte Anträge erledigt haben, und wir können feststellen, daß trotz Personalverminderung im Landesamt für Wiedergutmachung — denn wir haben zügig mit Abschluß dieser Aufgaben auch das Personal verringert — im letzten Monat 60 unerledigte Anträge abgewickelt werden konnten, so daß wir die berechtigte Hoffnung haben, mit dem Termin 31. 12. 1969 fertig zu werden. Zum Beispiel Rheinland-Pfalz hat zur Zeit noch 170 000 Anträge abzuwikkeln, Nordrhein-Westfalen etwa 34 000, Niedersachsen etwa 17 000, Hessen 82 000, Berlin 79 000 unerledigte Anträge. Wir können uns also ausrechnen, wie lange wir diese Haushaltsstelle 398 noch benötigen werden. Wir werden höchstwahrscheinlich diesen Betrag von 4 Millionen DM in der Zukunft nicht halten können.

Die andere Haushaltsstelle 399, die auch Wiedergutmachungsleistungen regelt, können wir in etwa vorausschätzen, weil dort die fortlaufende Rente ausgewiesen wird. Und da darf ich Ihnen sagen, meine Damen und Herren, rechnen wir mit einem Auslaufen dieser Haushaltsstelle im Jahr 2004. Dann wird der letzte Rentner praktisch aus dieser Stelle nicht mehr berücksichtigt werden können. Mit anderen Worten: Es gibt dann keine Rentner mehr, die aus dieser Haushaltsstelle ihre Wiedergutmachungsrente beziehen.

Das, meine Damen und Herren, wollte ich Ihnen zu dieser Haushaltsstelle mitteilen, damit Sie wissen, daß, wenn wir abgewickelt haben, wir trotz alledem die Haushaltsstelle 398 noch weiterhin benötigen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete Oltmanns.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur eine kurze politische Aussage über das, was Herr Schriever soeben über das Landesamt für Wiedergutmachung zum Ausdruck gebracht hat. Ich werde keine Zahlen nennen, sondern darauf eingehen, was an mich mehrfach als Mitglied der Deputation für Wiedergutmachung herangetragen worden ist, nämlich die Frage: Warum arbeitet eigentlich noch die Deputation für Wiedergutmachung 23 Jahre nach Kriegsende? Eigentlich müßten doch die Anträge der Geschädigten und der Betroffenen längst abgegeben und bearbeitet worden sein! Ich glaube, und ich

habe diese Frage auch in der Deputation vorgetragen, sagen zu müssen, daß in Bremen die Deputation für Wiedergutmachung selbstverständlich weiterlaufen muß, allein schon aus politischen Gründen, und zwar aus innenpolitischen, aber auch, was noch wesentlicher ist, aus außenpolitischen Gründen. Der Herr Vorsitzende, Herr Senator Jantzen, und alle Mitglieder der Deputation sind der Auffassung, daß, wenn auch die Arbeit in dieser Deputation beziehungsweise im Landesamt für Wiedergutmachung zum Glück nachläßt, trotzdem die Deputation weiterhin bestehen bleiben sollte. Davon wollte ich die Bürgerschaft in Kenntnis setzen.

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Änderungsanträge haben wir zu diesem Einzelplan nicht vorliegen.

Wir kommen zum Einzelplan

07 Wohlfahrt und Jugend.

Hier wurde interfraktionell eine allgemeine Aussprache vereinbart.

Die

allgemeine Aussprache

ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

(Zurufe von der SPD: Subsidiarität!)

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frage nach der Subsidiarität möchte ich zu Beginn dahingehend beantworten,

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Den hatte ich in meiner Prognose vergessen!)

daß sie nicht kommt, aber daß wir nächste Woche ja noch weiter tagen.

(Abg. Ostendorff [FDP]: Die Hoffnung bleibt uns!)

Meine Damen und Herren, ich bin nicht hierher gekommen aus Spaß an der Freud, sondern weil ich meine, daß wir bei den diesjährigen Haushaltsberatungen — auch wenn künftig im Laufe des Jahres Schwerpunktdebatten stattfinden sollen — die Frage der politischen Bildungsarbeit einmal kurz ansprechen sollten. Dies scheint mir im Augenblick besonders aktuell zu sein. — Wir haben dazu ja auch einen Änderungsantrag.

Es ist Ihnen bekannt, daß in den Jugendverbänden und Jugendringen über die Aktivierung und Belebung der politischen Bildung zur Zeit sehr lebhaft diskutiert wird, bis zu konkreten Forderungen an die öffentliche Hand, etwa die Bereitstellung der Mittel für die Anstellung eines politischen Bildungsreferenten beim Landesjugendring Bremen. Ich möchte hierzu keine endgültige Stellungnahme abgeben. Wir müssen die Frage in der Deputation für Jugendwohlfahrt noch eingehend erörtern. Aber ich glaube, und soviel sollte man hier und heute schon sagen: Auf dem Bildungssektor werden im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte so unwahrscheinlich große Aufgaben und finanzielle Belastungen auf uns zukommen, daß wir uns in allen Bereichen sehr ernsthaft Gedanken über Koordinierungsmöglichkeiten machen müssen. Ich könnte mir denken, daß wir dem Jugendring vielleicht auch dadurch helfen, indem wir nach einer Lösung dieser Frage in Zusammenhang mit der Landeszentrale für politische Bildung suchen. Wir werden nicht in der Lage sein, jedem einzelnen Verband, jeder einzelnen Organisation ihren politischen Bildungsreferenten zu finanzieren, so sehr wir die Arbeit an sich auch begrüßen.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Natürlich!)

Ich glaube, das ist die einmütige Auffassung dieses Hauses. Politische Bildungsarbeit ist immer gefördert worden, nicht nur durch den Bundesjugendplan, sondern auch durch die Bremische Bürgerschaft. Das beweisen unsere Haushalte.

Meine Damen und Herren, nur um eines möchte ich Sie und uns alle bitten, wenn wir über die Frage der politischen Bildungsarbeit debattieren und nachdenken, wie wir sie verstärken und verbessern können: Lassen Sie uns nicht auf gewisse radikale Gruppen dabei sehen, die für meine Begriffe und nach meinem persönlichen Geschmack in letzter Zeit ohnehin genügend Aufwertung erfahren haben. Eine Aufwertung, die sie teilweise gar nicht verdienen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut! — Beifall bei CDU und FDP)

Lassen Sie uns an die Gruppen junger Menschen denken — und das sind erfreulicherweise sehr viel mehr, als wir manchmal meinen —, die in der Demokratie mehr sehen als die Möglichkeit zum Demonstrieren. Lassen Sie uns vor allem auch an diejenigen denken, die abseits stehen, die politisch Abstinenten. Es muß uns gelingen, diesen Kreis zu verkleinern und möglichst viele junge Menschen, die heute noch abseits stehen und für das politische Geschehen noch keine „Antenne" haben, in den Kreis derer einzubeziehen, die politisch interessiert sind.

Es ist gut und zu begrüßen, daß nach den Unruhen der letzten Jahre und Monate die Frage der Belebung der politischen Bildungsarbeit in die Diskus-

sion gekommen ist. Wir sollten auch hier jede Anregung dankbar aufnehmen. Ich glaube, Bundesinnenminister Benda hatte recht, wenn er kürzlich vor dem Bundestag erklärte, daß die Durchsichtigkeit der politischen und wirtschaftlichen Prozesse weitgehend verloren gegangen ist und daß der demokratische Weg von unten nach oben für den jungen Menschen immer unübersichtlicher wird. Deshalb ja die Wichtigkeit der politischen Bildung. Hinzu kommt, daß gerade junge Leute oft Idealvorstellungen vom politischen Geschehen — nicht nur vom politischen Geschehen, aber da besonders — haben, Idealvorstellungen, die zwangsläufig eines Tages zu gewissen Enttäuschungen führen.

Ich möchte Ihnen mit Genehmigung des Herrn Präsidenten ein Beispiel geben, wohin es führt, wenn man mit Idealvorstellungen an die Politik herangeht. Herr Präsident, ich darf zitieren. Ich zitiere aus den Informationen des Landesjugendringes Bremen, Ausgabe Nr. 2, November 1968; nur einige Sätze:

„Es steht nicht gut um die Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Zunehmend werden autoritäre, antidemokratische, obrigkeitliche Tendenzen sichtbar. Immer mehr Menschen werden dahingehend manipuliert, die Politik starken Führern zu überlassen; faschistische Methoden werden gebilligt.

(Abg. Klein [CDU]: Hört, hört!)

Die etablierten Institutionen Staat und Gesellschaft sind weitgehend reformunwillig; langfristige politische Konzepte" — jetzt kommen einige Beispiele — „sind kaum vorhanden. In der jungen Generation haben sich erfreulicherweise starke Gruppen gegen diese Entwicklung unserer Gesellschaft mobilisiert. Aber ein großer Teil der gesamten Jugend steht dieser Entwicklung immer noch desinteressiert beziehungsweise nicht engagiert gegenüber. Außerdem müssen wir erkennen, daß aufgrund der rein administrativen und teilweise polizeistaatlichen Methoden der Regierenden auch unter den politisch Interessierten Resignation sichtbar wird, die leicht zu Opportunismus führen kann."

(Abg. Klein [CDU]: Wer hat denn das gesagt?)

Meine Damen und Herren, mit solchen Behauptungen, mit solchen Pauschalurteilen, die gefährlich sind und zum Teil auch nicht belegt werden können, mit solchen Verallgemeinerungen wird in Kreisen der Jugendarbeit die politische Bildungsarbeit begründet!

Ich meine, wer zu solchen kühnen Schlußfolgerungen kommt, hat nicht begriffen, daß die Freiheit des einzelnen nur in einer entsprechenden Ordnung gesichert ist, und daß auch die Demokratie nur im Rahmen einer Ordnung funktionsfähig ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich will unschöne Einzelfälle damit nicht verherrlichen. Ich habe mich hier nur mit Pauschalurteilen, mit Schlagworten kritisch auseinandergesetzt, die, wie ich meine, gefährlich sind, wenn man sie in dieser Weise jungen Menschen anbietet.

Im Gegensatz zum schulischen Bereich, der ja weitgehend staatlich organisiert ist, wird die außerschulische politische Bildungsarbeit fast ausnahmslos von freien Kräften unserer Gesellschaft getragen. Meine Damen und Herren, das ist gut und richtig so, denn das unterscheidet uns von allen totalitären Systemen. Es sollte deshalb auch dabei bleiben, und wir sollten auch nicht gleich die Wände hochgehen — gestatten Sie mir diesen Ausdruck —, wenn aus der einen oder anderen Ecke einmal eine Formulierung kommt, die uns nicht schmeckt, selbst dann nicht gleich verärgert sein, wenn es sich dabei um unsere eigene politische Jugendorganisation handelt.

Es ist und bleibt das Recht der Jugend, ihre eigenen Vorstellungen zu entwickeln, Reformen anzustreben und dabei etwas zu riskieren, auch einmal etwas Unausgegorenes oder nicht ganz Durchdachtes zu äußern.

(Beifall bei der CDU)

Dieses Recht muß der Jugend bleiben, ganz gleich, wo sie steht. Wir wollen die Jugend nicht ausrichten, meine Damen und Herren, sie soll sich in aller Freiheit politisch bilden und informieren können. Eine Bedingung werden wir allerdings auch in Zukunft an alle Kräfte, die im Rahmen politischer Bildungsarbeit tätig sein wollen, stellen müssen: daß sie ihre politische Bildungsarbeit auf dem Boden des Grundgesetzes und der Landesverfassung Bremen betreiben.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Sehr richtig! — Beifall)

Bundesinnenminister Benda hat in der vorhin von mir erwähnten Bundestagssitzung einmal die Aufgaben der politischen Bildung kurz zusammengefaßt. Ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten die wenigen Punkte zitieren:

Die politische Bildungsarbeit hat erstens möglichst objektive Informationen über Faktoren und Funktionszusammenhänge politischer Prozesse zu geben; zweitens das politische Problembewußtsein, die politische Urteilsfähigkeit und Urteilsbereitschaft auszubilden; drittens die Erkenntnis des eigenen Standsorts im Rahmen der Gesamtgesellschaft zu fördern; viertens zur Bejahung der Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu führen; fünftens die Fähigkeit zum politischen Handeln zu entwickeln, und sechstens das Wesen demokratischer Spielregeln bewußt zu machen und demokratische Verfahrensweisen einzuüben.

Meine Damen und Herren, diese Beschreibung deckt sich im wesentlichen mit der Beschreibung politischer Bildungsarbeit, wie wir sie auch aus allen Verbänden und Gruppierungen in den letzten

Monaten gehört haben. Nur fehlt merkwürdigerweise bei vielen der Punkt sechs: „Sie hat die Aufgabe, das Wesen demokratischer Spielregeln bewußt zu machen".

Meine Damen und Herren, das scheint mir höchst bedenklich zu sein. Das Sicheinüben in demokratische Verhaltensweisen und damit die Erziehung zur Toleranz ist in einer Demokratie genauso wichtig wie die Erziehung zur Kritik.

(Beifall)

Wer auf Toleranz und damit gewissermaßen auch auf eine Kompromißbereitschaft verzichtet, kann nur egoistische und machtbesessene Ziele verfolgen. Wir werden deshalb großen Wert darauf legen müssen, daß bei allen Kräften, die sich um die politische Bildungsarbeit bemühen, auch dieses Ziel nicht verloren geht. Jeder von uns weiß, wie schwer es ist, Toleranz zu praktizieren. Ich glaube, jeder wird sich gelegentlich dabei an seine eigene Brust geklopft haben, und ich nehme mich da nicht aus. Wer aber das Ziel aus den Augen verloren hat oder wer nicht mehr bereit ist, danach zu streben, meine Damen und Herren, verletzt ein wesentliches Merkmal der demokratisch-freiheitlichen Gesellschaftsordnung, nämlich Respekt vor der Meinung des Andersdenkenden, und damit Respekt vor dem anderen selbst.

Politische Bildungsarbeit ist keine theoretische Angelegenheit. Genauso wissen wir, daß die politische Bewußtseinsbildung nicht ausschließlich von der eigentlichen politischen Bildungsarbeit selbst abhängt, sondern ebenso von der täglichen, praktischen Politik, von ihren Erfolgen und Mißerfolgen.

Meine Damen und Herren, damit komme ich zum Schluß auf die Aufgaben des Politikers selbst in bezug auf politische Bildung. Mir ist bekannt, daß viele Kollegen dieses Hauses seit Jahren mit den verschiedensten Verbänden und Gruppen in Kontakt stehen, auch im Bereich politischer Bildung, wenn wir es auch nicht immer so nennen. Diese Begegnungen mit jungen Menschen sind nicht immer bequem und leicht. Sie sind aber wichtig. Und es scheint mir eine der wesentlichen Aufgaben des Abgeordneten in der heutigen Zeit zu sein, auch im Interesse der Parlamente den Kontakt mit dem Wähler nicht zu verlieren und im Dialog zu bleiben, um die Bemühungen der Pädagogen in der Schule und der Jugendleiter im außerschulischen Bereich auf diesem Gebiet tatkräftig zu unterstützen. Meine Damen und Herren, wir sollten nicht abwarten, bis uns der eine oder andere einmal einlädt zu einer Aussprache, wir sollen von uns aus versuchen — eventuell mit Hilfe der Landeszentrale für politische Bildung —, an die verschiedensten Kreise der Bevölkerung heranzukommen. Dabei kommt es natürlich auf die Methode an, denn junge Menschen wollen — das wissen wir alle — Offenheit, und sie wollen auch, daß gewisse Schwächen der Demokratie zugegeben werden. Sie wollen nichts beschönigt haben.

Meine Damen und Herren, nur durch konzentrierte und zielbewußte Arbeit wird es uns gelingen, das Vertrauen zu den Parteien und zu den Parlamenten, das ja in letzter Zeit etwas verloren hat, wieder aufzubauen. Es ist eine schwierige Aufgabe, aber eine Aufgabe, die alle demokratischen Kräfte verbindet. Und ich schließe mit einem Zitat des Kollegen Stern: Ich wollte keine Debatte auslösen, sondern um Verständnis bitten.

(Starker Beifall)

Präsident Engel: Zu Ihren letzten Ausführungen, Herr Kollege Ehlers, darf ich konstatieren, daß Ihnen dieses Vorhaben nicht ganz gelungen ist. Wir haben zur Zeit nur einen Sprecher auf der Rednerliste. Um alle Möglichkeiten zu eröffnen, denn ich nehme an, daß dieser noch nicht der letzte sein wird, schlage ich dem Hause vor, nunmehr in die Mittagspause einzutreten. Wir kommen um 15 Uhr wieder zusammen. Die Herren Fraktionsvorsitzenden darf ich bitten, um 14.30 Uhr zu mir ins Zimmer zu kommen.

Ich unterbreche hiermit die Sitzung.

(Unterbrechung der Sitzung: 12.58 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 15 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

An unserer Nachmittagssitzung nehmen unter anderen als Zuhörer teil drei Klassen der Realschule an der Schaumburger Straße. Ich darf Sie recht herzlich in unserer Mitte begrüßen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Fraktionsvorsitzenden haben sich um 14.30 Uhr zusammengefunden und haben sich einmal über die Frage unterhalten, ob wir mit unserem vorgesehenen Zeitplan ins Gedränge kommen. Gewisse Befürchtungen bestanden nach der Richtung hin, und ich bin von den Fraktionsvorsitzenden gebeten worden, die Mitglieder des Hauses zu bitten, uns beim zeitgemäßen Ablauf der Sitzung zu unterstützen. Das macht natürlich erforderlich, daß sich jedes Mitglied dieses Hauses einer äußersten Konzentration befleißigt. Wenn Sie mir hierin folgen könnten, wäre ich Ihnen sehr dankbar.

Wir fahren nun fort mit der Beratung des Tagesordnungspunktes 1.

Wir befinden uns in der Einzelberatung des ordentlichen Haushalts und setzen die allgemeine Aussprache über den Einzelplan 07 Wohlfahrt und Jugend fort.

Das Wort hat der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will mich an die Worte des Herrn Präsidenten halten und an die Aufforderung, sich in der Grundsatzaussprache kurz zu halten, damit wir den vorgesehenen Terminfahrplan einhalten können. Ich will mich jedenfalls darum bemühen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Kollege Ehlers hat vorhin bei seinen Ausführungen etwas über die Frage der Koordinierung gesagt. Es dürfte bekannt sein — oder falls nicht, so darf ich es sagen —, daß die Landeszentrale für politische Bildung eine Umfrage zur Erfassung aller Aktivitäten im Bereich der außerschulischen politischen Bildung in die Wege geleitet hat. Das Ergebnis haben wir nicht vorliegen. Es bleibt abzuwarten. Das Ergebnis kann möglicherweise finanzielle Konsequenzen für uns mit sich bringen. Wir müssen uns aber auch darüber im klaren sein, meine Damen und Herren, daß die Frage der politischen Bildung nicht allein mit finanziellen Mitteln zu lösen ist.

Ich gehe mit Herrn Kollegen Ehlers insoweit einig, als er gesagt hat, daß die Jugend ein Recht auf eigene Vorstellungen hat. Ich füge aber gleichzeitig an, daß dieses Recht der Jugend zugestanden werden muß, wenn sie die demokratischen Spielregeln dabei wahrt und wenn sie die Demokratie an sich nicht in Frage stellt. Wir sollten uns dabei auch darüber im klaren sein: Wenn wir über politische Bildung sprechen, sieht es immer so aus, als wenn die politische Bildung bei Zwanzigjährigen aufhören würde. Politische Bildung ist ein Problem, das nicht nur den Kreis der Jugendlichen betrifft, das nicht nur bis 20 Jahren geht, sondern das zumindest in die Generation der Vierzigjährigen hineinreicht.

Ich darf in diesem Zusammenhang auch an etwas erinnern, was uns das Gesetz aufgibt. Wenn wir uns das Jugendwohlfahrtsgesetz und den § 5 des Jugendwohlfahrtsgesetzes ansehen, dann muß uns klar werden, daß in der Frage der politischen Bildung nicht nur Jugendorganisationen und Jugendverbände eine Aufgabe zu erfüllen haben, sondern daß ganz klar vom Gesetzgeber diese Aufgabe, und zwar zu einem nicht sehr unwesentlichen Teil, an die Jugendämter übertragen worden ist. Die Jugendämter haben im Bereich der politischen Bildung eine sehr wichtige Aufgabe zu erfüllen.

Ich gehe auch mit Herrn Kollegen Ehlers insoweit einig, als er gesagt hat, wir Politiker haben uns bei dieser Frage der Jugend zu stellen, und wir müssen uns gefallen lassen, daß wir bei solchen Diskussionen und bei solchen Auseinandersetzungen kritisch von dieser Jugend unter die Lupe genommen werden in Richtung unserer Worte und in Richtung unseres Handelns. Ich muß dem aber auch eines anfügen: Voraussetzung dafür ist, daß in solchen Diskussionen und daß in solchen Auseinandersetzungen von der Jugend gegenüber den Politikern, die sich dieser Auseinandersetzung stellen, die Formen des Anstands und die Formen der Würde gewahrt werden.

(Beifall — Abg. Schubert [FDP]: Sehr richtig!)

Im übrigen, meine Damen und Herren, kann ich das, was Herr Ehlers vorhin gesagt hat, unterstreichen und möchte keine Wiederholungen begehen. — Ich bedanke mich!

(Beifall)

Präsident Engel: Die allgemeine Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur

Einzelberatung.

0760 Erziehungshilfe, Bewährungshilfe und Familienhilfe

Hier liegt der Änderungsantrag Nr. 170 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

0760/3818 **Erziehungshilfe, Bewährungshilfe und Familienhilfe** / An Einzelplan G 4 — Sozialhilfe, Kriegsopferfürsorge und Jugendhilfe — Erstattungen der Kosten der freiwilligen Erziehungshilfe und der erzieherischen Einzelhilfen

Der veranschlagte Betrag von 1 965 400 DM wird um 50 000 DM auf 2 015 400 DM erhöht.

Vorsatz und NPD-Fraktion

Wer begründet den Änderungsantrag? — Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wir möchten diese 50 000 DM dafür verwenden, um die Regelsätze für Pflegekinder, die in Familien untergebracht sind, zu erhöhen. Der bisherige Regelsatz für die Kinder bis zu sieben Jahren beträgt 147 DM. Darin ist beinhaltet der Mietanteil, der Bekleidungs- und Betreuungsanteil. Wir würden diesen Betrag gern auf 165 DM erhöht haben, den Betrag für die Kinder bis zum 14. Lebensjahr von 192 DM auf 212 DM, und den Betrag für Jugendliche bis zum 18. Lebensjahr von 228 DM auf 259 DM. Diese Zahlen liegen von dem „Deutschen Verein" vor, der diese Empfehlung gegeben hat, damit die Pflegekinder beziehungsweise die Pflegeeltern etwas mehr Geld bekommen.

Wenn wir vom Land aus Kinder in Heimen unterbringen, kostet das dem Land Bremen pro Kind 721 DM. Es wäre wünschenswert, wenn Kinder, die in Bremen in Familien untergebracht werden können, baldmöglichst diese Aufbesserung in Anspruch nehmen könnten, denn die Erziehung in den Familien ist absolut vorzuziehen, soweit nicht irgendwelche Schädigungen bei Kindern schon

vorhanden sind, die eine Heimerziehung bedingen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß diese Kinder dadurch doch Liebe im Elternhaus empfangen und somit etwas gefestigter ins Leben hineingehen.

Es war gar nicht so einfach für uns, diesen Änderungsantrag hinsichtlich der Zahl von 50 000 DM zu stellen, zumal uns bis zum Mittwochmorgen nicht bekannt war, wieviele Pflegekinder sich in Bremen in den Familien befinden. Wir haben uns verschiedentlich bemüht, diese Zahl zu ermitteln, und ich muß ganz offen sagen, ich war dann der Behörde sehr dankbar, daß am Mittwochmorgen in den „Bremer Nachrichten" zu lesen war, daß sich 2 000 Kinder in den Familien befinden. Daraufhin konnten wir dann auch diese Zahl ermitteln, denn ungefähr würde jetzt pro Kind bis durchschnittlich 25 Mark mehr gegeben werden müssen.

Wenn Sie einmal bedenken, daß für dieses Geld von 147 DM — ich nehme augenblicklich die Beträge an, die vorhanden sind — diese Kinder erzogen, gekleidet, ernährt werden müssen, wieviele Mühe auch diese Eltern auf sich nehmen, die freiwillig die Kinder bei sich haben, dann meine ich, wenn man ihnen in diesem Fall 18 DM mehr gibt und diese Empfehlungen des „Deutschen Vereins" zugrunde legt, wäre das wohl nicht mehr als recht und billig, abgesehen davon, daß bei der augenblicklichen Regelung die Regelrichtsätze der Sozialhilfebedürftigen zugrunde gelegt werden. Vielleicht könnten wir dadurch, daß wir uns den Empfehlungen des „Deutschen Vereins" anschließen, auch diesen Begriff der Sozialhilfebedürftigen von den Pflege-Familien nehmen.

Ich möchte Sie daher bitten, unseren Änderungsantrag zu unterstützen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr Frau Bürgermeister Mevissen.

Bürgermeister Annemarie Mevissen, Senator für Wohlfahrt und Jugend: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Selbstverständlich ist die Frage der Hilfe für Kinder, die keine vollständigen Familien mehr haben und zum Teil in Heimen, zum Teil in Pflegefamilien aufwachsen, ein dringendes und zwingendes Problem, das die Gemeinschaft nicht zu übersehen hat. Alle unsere Bemühungen, die stationären Hilfen zugunsten der ambulanten Hilfen umzukonstruieren, haben hier im Hause immer wieder Verständnis gefunden. Ich bin allerdings der Meinung, daß die Frage dieses Kinderpflegegeldes eine außerordentlich diffiziele Angelegenheit ist, die die Bürgerschaft in ihrem Plenum überfordert.

Am 19. 10. 1966 hat die Deputation für Jugendwohlfahrt einen Beschluß über die Höhe der Sätze für die Pflegekinder gefaßt, die den Sätzen angeglichen sind, die in Berlin und in den vergleichbaren Großstädten Nordrhein-Westfalens festgesetzt sind. Bremen liegt mit den Pflegesätzen für Kinder, die in Familienpflege gegeben werden, allgemein im Rahmen der übrigen Großstädte der Bundesrepublik. Die Deputation hat sich im Oktober 1966 — gültig dann ab 1. 1. 1967 — zu einer erheblichen Anhebung dieser Pflegesätze bereit gefunden und hat die Zustimmung des Haushaltsausschusses gefunden.

Die Sätze für die Gruppe der bis zu Siebenjährigen liegt heute bei 147 DM monatlich. Darin sind sowohl die Grundbeträge im Rahmen der Regelsätze des Sozialhilfegesetzes enthalten, als auch ein zwanzigprozentiger Mehrbedarf, ein Mietanteil, Bekleidungsgeld, Aufwandsentschädigung und Betreuungsgeld für die Familien. Für die Gruppe der Sieben- bis Dreizehnjährigen liegt der gegenwärtige Satz bei 192 DM, und für die Gruppe der Vierzehn- bis Siebzehnjährigen liegt der gegenwärtige Satz bei monatlich 228 DM.

Meine Damen und Herren, ein Vergleich zu den Großstädten von Nordrhein-Westfalen macht deutlich, daß wir uns mit diesen Sätzen im Rahmen auch der üblichen Sätze der Bundesrepublik bewegen. In den vergleichbaren Großstädten Nordrhein-Westfalens liegt er für die Kinder bis sechs Jahren bei 153,50 DM, für die Kinder von sieben bis dreizehn Jahren bei 194,50 DM, bei den Kindern von 14 bis 17 Jahren bei 224 DM. Ich glaube, daß Ihnen dies einen Überblick darüber gibt, daß die Deputation hier sehr wohl die Bedeutung der Erziehung der Kinder in Familien gesehen und auch das Ihre zusammen mit dem Haushaltsausschuß getan hat, um eine solche Regelung für die Pflegeeltern nicht zu einer zu harten Belastung werden zu lassen, sondern ihnen für diese Betreuung fremder Kinder in den Familien die entsprechenden Auslagen dafür zur Verfügung stellt.

Ich bitte also, insofern mit der bisherigen Regelung einverstanden zu sein. — Ich danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Bugla.

(Abg. Bugla [SPD]: Ich verzichte!)

Herr Abgeordneter Bugla verzichtet.

Das Wort hat dann die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, meine Herren und Damen! Ich möchte Sie trotzdem nochmals bitten, sich mit dem Änderungsantrag zu befassen, und wenn es nicht anders ist, ihn vielleicht an die Deputation zu überweisen.

(Glocke)

Präsident Engel: Frau Kruse, nach der Geschäftsordnung ist es nicht möglich, Änderungsanträge an Deputationen zu überweisen, sondern das Haus muß während der Haushaltsberatungen echt über vorliegende Anträge entscheiden.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Es geht nicht, an die Deputation?

Präsident Engel: Sie müßten einen neuen Antrag stellen.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Aber ich habe schon mal was zurückgezogen!

(Heiterkeit — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das kommt im Leben öfters vor!)

Aber vielleicht darf ich dann nochmal dazu sprechen.

(Zurufe: Nein!)

Auch nicht mehr?

(Zuruf von der SPD: Zurückziehen können Sie! Mehr nicht!)

Ich habe ja noch gar nicht zurückgezogen!

(Zurufe)

Präsident Engel: Sie haben das Wort, Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Ich möchte doch noch mal zum Antrag sprechen. Sehen Sie mal, zum Beispiel der Satz für die Bekleidung bei den Kindern bis zum 7. Lebensjahr beträgt 15 DM, für die Kinder bis zum 14. Lebensjahr 20 DM, und der angesetzte Betrag für Kinder bis zu 18 Jahren beträgt 25 DM. Die Sätze sind meines Erachtens tatsächlich zu gering, wenn die Pflegeeltern die Kinder davon kleiden sollen und so weiter. Letzten Endes sind seit dem 1. 1. 1967 die Lebenshaltungskosten auch höher geworden. Ich meine in allem Ernst, wenn wir in die Heime für ein Kind 721 DM hineingeben können, das dort aufgenommen wird, dann sollten wir uns ganz ernsthaft Gedanken machen, die Kinder, die in den Familien untergebracht sind, auch etwas besserzustellen. Es ist doch so, daß manche Pflegeeltern nicht nur ein oder zwei Kinder aufgenommen haben, sie haben ja auch drei und mehr Kinder aufgenommen. Und das, was die Mutter da an Leistung erbringt, abgesehen davon, daß sie ja das gesetzliche Kindergeld auch nicht mehr bekommt — es hat eine Zeitlang eine Regelung gegeben, da haben die Eltern noch Kindergeld beantragen können, das fällt jetzt auch weg —, insofern sind doch überhaupt keine Voraussetzungen da, daß diese Aufgabe so ganz leicht zu erfüllen ist. Wir sollten froh sein, wenn Menschen da sind, die eben diese Kinder aufnehmen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der NPD)

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 170.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür NPD und Abg. Fischer [CDU])

0761 Jugendförderung und Jugendschutz

Hier liegt der Änderungsantrag Nr. 171 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:
Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

0761/414 Jugendförderung und Jugendschutz / Zuschuß an den Ring politischer Jugend

Der veranschlagte Betrag von 3 000 DM wird um 3 000 DM auf 6 000 DM erhöht.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Wer begründet den Änderungsantrag? — Das Wort hat der Abgeordnete Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich glaube, nach der ausführlichen Aussprache über politische Bildungsarbeit, auch wenn wir uns alle um eine Kurzfassung bemüht haben, zumindest mein Nachfolger, kann ich mich sehr kurz fassen.

Sie alle wissen — ich sage das auch für unsere Zuhörer —, daß im Ring politischer Jugend die drei politischen Jugendorganisationen „Jungsozialisten", „Junge Union" und „Jungdemokraten" zusammengeschlossen sind, die bislang aus dem Landeshaushalt nur 3 000 DM als Zuschuß bekommen haben. Meine Fraktion ist der Meinung, daß wir einen alten Wunsch des Ringes politischer Jugend aufgreifen sollten, diesen Anschlag zu verdoppeln. Ich glaube, Sie alle werden einsehen, daß den politischen Jugendorganisationen und damit dem RPJ im Bereich der politischen Bildungsarbeit eine besondere Rolle zufällt. Ich darf Sie auch einmal bitten, zu vergleichen, was andere Länder auf diesem Gebiet tun.

Bremen kann sich da mit seinen 3 000 DM bestimmt nicht rühmen. Es geht uns hier um die Förderung der Aktivitäten, um das gleich vorweg zu sagen. Auch wir sind keine Freunde von Pauschalzuschüssen. Es ist bekannt, daß der RPJ auch eine Änderung der Richtlinien wünscht. Nun, über Einzelheiten kann man sich in der Deputation unterhalten, das würde hier den Rahmen sprengen. Aber eines steht fest, und das habe ich unseren Freunden in der „Jungen Union" immer wieder gesagt: Wir können im Prinzip die politischen Jugendorganisationen von den Zuschußrichtlinien her nicht anders behandeln als die Jugendpflegeverbände. Das würde eine große Verärgerung auf der anderen Seite geben.

Bei der großen Einmütigkeit in Fragen politischer Bildung rechne ich mit einer Zustimmung des Hauses.

(Beifall bei der CDU — Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Dann rechnen Sie falsch!)

Präsident Engel: Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Ostendorff.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Der Bitte des Herrn Präsidenten folgend, habe ich mich bei der

allgemeinen Aussprache nicht zum Wort gemeldet. Ich möchte, bevor ich zu diesem Änderungsantrag spreche, selbst auf die Gefahr hin, einen Ordnungsruf zu erhalten, ganz kurz — —

(Glocke)

Präsident Engel: So hart ist der Präsident nicht! Er erlaubt sich dann nur einen sanften Hinweis.

Abg. **Ostendorff** (FDP): Herr Präsident, eine neunjährige Erfahrung unter Ihnen, wobei ich die Höhe meine, hat mich gelehrt, sehr vorsichtig zu sein.

(Heiterkeit)

Die Fraktion der Freien Demokraten hätte die Ansichten zur politischen Bildungsarbeit nicht besser und nicht liberaler formulieren können, als es Herr Ehlers von der CDU getan hat.

(Beifall bei der CDU — Abg. Klein [CDU]: Donnerwetter! — Abg. Ehlers [CDU]: Vielen Dank! — Abg. Klein [CDU]: Da haben Sie aber einiges wieder gutgemacht!)

Wir möchten uns dafür bedanken. — Herr Klein, wenn es mir erlaubt ist, auf Ihren Zwischenruf zu antworten: Ich identifiziere die CDU-Fraktion nicht immer voll mit Ihrer Person.

(Heiterkeit — Beifall bei der SPD)

Konkret zu dem Antrag: Politische Bildungsarbeit im Ring politischer Jugend! Die CDU-Fraktion hat uns sowohl in diesem Haushalt wie auch im Stadthaushalt je einen Änderungsantrag beschert. Meine Fraktion hat sich, genau wie der etwas größere Koalitionspartner meiner Fraktion, die SPD,

(Abg. Boljahn [SPD]: Etwas?)

mit den Änderungsanträgen beschäftigt, und wir sind zu der Meinung gekommen, hier einen Kompromiß finden zu sollen, daß wir nämlich dem Änderungsantrag, der tatsächlich die aktive Arbeit besser unterstützt, nämlich dem Änderungsantrag im Stadthaushalt, zustimmen werden, dem Änderungsantrag im Landeshaushalt unsere Zustimmung allerdings versagen wollen.

Ich möchte in die Erinnerung von Ihnen, Herr Ehlers, zurückrufen, daß wir ja aus Lottomitteln auch im Landeshaushalt das eine oder andere bereits getan haben, auch für den Ring politischer Jugend.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ehlers beantworten?

Abg. **Ostendorff** (FDP): Ich will, Herr Präsident!

Präsident Engel: Bitte schön, Herr Abgeordneter Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Vielen Dank! Herr Kollege Ostendorff, ist Ihnen bekannt, daß ein nicht unerheblicher Teil der politischen Bildungsarbeit, auch von Seminaren und so weiter, bei den drei Organisationen des Ringes politischer Jugend auf Landesebene durchgeführt wird?

Abg. **Ostendorff** (FDP): Ja, ist mir bekannt. Wir haben diese Arbeit auch — wie ich mir erlaubte, zu erwähnen — über das im Haushalt Stehende bereits durch Lottomittel weiter gefördert. Ich sehe keinen Grund, daß das nicht auch im kommenden Jahr geschehen sollte. Die Verdoppelung einer Haushaltsstelle, ohne daß von dem Begünstigten selbst ein Antrag gestellt ist, ist allerdings ein gewisses Novum. Deshalb konnte meine Fraktion sich auch nur zu diesem Konpromiß bereitfinden, nämlich im Stadthaushalt dem Änderungsantrag zuzustimmen, es aber im Landeshaushalt bei der bisherigen Regelung — 3 000 DM und, falls unbedingt nötig, noch Lottomittel — zu belassen.

Wir wissen um die Notwendigkeit der politischen Bildungsarbeit, wir wissen auch um die Notwendigkeit dieser Arbeit im Ring politischer Jugend, um es deutlich zu sagen, im Kreise der „Jungsozialisten", der „Jungen Union" und der „Jungdemokraten". Wir meinen aber, daß wir bei der bisherigen Handhabung heute noch bleiben können. Meine Fraktion wird, zum größten Teil zumindest, diesem Änderungsantrag ihre Zustimmung nicht geben können.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Immer vorsichtig! — Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete Bugla.

Abg. **Bugla** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Änderungsantrag, der jetzt im Landeshaushalt zur Beratung ansteht, ist, wie mein Kollege Ostendorff schon richtig ausgeführt hat, ein korrespondierender Änderungsantrag zu dem Änderungsantrag aus dem Stadthaushalt Nr. 72. Der Kollege Ehlers selbst ist es immer gewesen, der in Sitzungen der Deputation sehr deutlich dafür eingetreten ist, daß den Vorrang bei der Förderung die Aktivitäten erfahren müssen und daß bei der Frage der Verteilung der Mittel auf Aktivitäten und allgemeine Führungsaufgaben — wenn ich mich so ausdrücken darf — eine vernünftige Relation bestehen müsse.

Wenn dem so ist, Herr Kollege Ehlers, wäre es eigentlich konsequent gewesen, den Änderungsantrag nur im Stadthaushalt entsprechend zu stellen. Ich darf gleich für meine politischen Freunde sagen, daß wir diesen Änderungsantrag im Stadthaushalt ebenfalls unterstützen werden. Aber diesem Änderungsantrag in diesem Bereich, von dem Sie genau wissen, Herr Kollege Ehlers, daß dort keine Einzelabrechnungen, sondern Globalzuschüsse erfolgen und nicht festgestellt werden kann, ob diese Mittel den Aktivitäten — in der

Frage sind wir uns einig — im Grundsatz zugeführt werden, werden wir nicht zustimmen.

Ich bin also beauftragt, im Namen meiner Fraktion zu erklären, daß wir aus diesen grundsätzlichen Erwägungen heraus im Landeshaushalt der Aufstockung der Mittel nicht zustimmen können, daß wir aber dem korrespondierenden Änderungsantrag im Stadthaushalt unsere Zustimmung geben werden.

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig! — Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Als nächster spricht der Abgeordnete Ehlers.

Abg. **Ehlers** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nur ganz kurz zu den letzten Ausführungen des Kollegen Bugla. Mir ist nicht klar, warum aus dem Landeshaushalt nicht in Form von Einzelanträgen auch einzelne Aktivitäten gefördert werden können. Das höre ich heute zum ersten Mal. Die Praxis steht dagegen.

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 171.

Wer dem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben. — Der Änderungsantrag ist abgelehnt.

(Dafür CDU und Abg. Uhde [SPD], Abg. Schriever [SPD] und Abg. v. Groeling-Müller [FDP])

Wir kommen dann zum Einzelplan

09 Gesundheitswesen.

Hier war in der Interfraktionellen Sitzung vereinbart worden, keine allgemeine Aussprache stattfinden zu lassen.

Wir kommen zur

Einzelberatung.

090 Verwaltung für Gesundheitswesen

Hier liegen die Änderungsanträge Nr. 172 und Nr. 173 vor:

Änderungsantrag Nr. 172:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

090/neu	**Verwaltung für Gesundheitswesen** / Beschaffung von Dienstkleidung für Schülerinnen und Schüler der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe	
	Für Beschaffung von Dienstkleidung für Schülerinnen und Schüler der Krankenpflege und Krankenpflegehilfe werden 80 000 DM veranschlagt.	
	Dr. Sieling und CDU-Fraktion	

Änderungsantrag Nr. 173:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

090/neu Fort- dauernde Ausgaben	**Verwaltung für Gesundheitswesen** / Einkleidungsbeihilfen für Schülerinnen und Schüler in den kommunalen und freigemeinnützigen Schulen für Krankenpflegeberufe	
	Für Einkleidungsbeihilfen für Schülerinnen und Schüler in den kommunalen und freigemeinnützigen Schulen für Krankenpflegeberufe werden 80 400 DM eingesetzt.	
	Die Haushaltsstelle erhält folgende Erläuterung: „Der Ansatz wurde wie folgt ermittelt:	
	Kommunale Schulen	52 000 DM
	Freigemeinnützige Schulen	28 400 DM
	Zusammen	80 400 DM"
	Böhrnsen und SPD-Fraktion Schubert und FDP-Fraktion Dr. Sieling und CDU-Fraktion	

Der Änderungsantrag Nr. 172 wurde zurückgezogen.

Zur Begründung des Änderungsantrags Nr. 173 hat die Abgeordnete Frau Zießler das Wort.

Abg. Anna **Zießler** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Über die Werbeaktion der „Schwester Karin" und des Krankenpflegers, die Herr Senator Weßling noch durchgeführt hatte, haben Sie ja hier schon öfters gehört. Erfolge waren nicht nur in Bremen und Umgebung zu verzeichnen. Aus dem ganzen Bundesgebiet sind Anfragen eingetroffen. Ich glaube auch, daß inzwischen jedem klar geworden ist, daß wir nicht nur Krankenhäuser sanieren und neu bauen müssen, sondern daß wir auch für den dringend benötigten Nachwuchs in den Pflegeberufen sorgen müssen.

Eine große Rolle in den Anfragen spielte neben dem Fachlichen die Frage nach der ersten Einkleidung. Die Schutzkleiderverordnung sieht für Schwestern vier Kittel, vier Trägerschürzen, für Pfleger vier Hosen und vier Kittel vor. Das reicht aber nicht aus, da außerdem Trachtenkleider, Haube und Brosche verlangt werden, die den Betrag von 200 DM übersteigen. Umschüler, die bereits im Berufsleben gestanden haben, sind meist nicht in der Lage, diese Kosten aufzubringen, genauso wenig wie Eltern, deren Kinder zum ersten Mal ins Berufsleben eintreten. Unsere Nachbarstädte Hamburg und Hannover bezahlen bereits diese Einkleidungsbeihilfe, Hannover sogar eine jährliche Kleiderbeihilfe.

Wir beantragen daher, für die kommunalen Häuser genauso wie für die frei gemeinnützigen einen Betrag von 80 400 DM einzusetzen, der sich wie folgt aufschlüsselt, wenn wir 200 DM zugrunde legen: Krankenpflege- und Kinderkrankenpflege-

schulen der kommunalen Häuser Bremens 230 Schülerinnen und Schüler, die Stiftung Bremerhaven 25 Schülerinnen, Schule für Krankenpflege Bremen 30 Schülerinnen und Schüler, Bremerhaven 10 Schülerinnen. Insgesamt also 295 Schülerinnen und Schüler à 200 DM macht 59 000 DM. Die frei gemeinnützigen Schulen: Krankenpflegeschulen St. Joseph-Stift 20 Schülerinnen, Deutsches Rotes Kreuz 30 Schülerinnen, Diakonissenanstalt 40 Schülerinnen, Krankenpflegehilfeschulen Deutsches Rotes Kreuz 5 Schülerinnen, Diakonissenanstalt 12 Schülerinnen, macht zusammen 107 à 200 DM, sind 21 400 DM. Das macht also zusammen 80 400 DM.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Kruse beantworten?

Abg. Anna **Zießler** (SPD): Ja, gern!

Präsident Engel: Bitte, Frau Kruse!

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Frau Zießler, ich hätte gern folgende Frage gestellt: Wieviel Schwestern sind nach der Aktion „Schwester Karin" nach kurzer Zeit wieder aus den Krankenhäusern abgewandert?

Abg. Anna **Zießler** (SPD): Das kann ich jetzt nicht sagen. Da müßte ich erst bei der Verwaltung nachfragen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Als nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Hänecke.

Abg. Marianne **Hänecke** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir hatten unseren Änderungsantrag Nr. 172 nicht etwa zurückgezogen, weil wir das, was wir zuerst beantragt hatten, nicht mehr für richtig hielten. Wir hatten in unserer Bescheidenheit 400 DM weniger beantragt. Da war es natürlich richtig, den Änderungsantrag zurückzuziehen. Frau Zießler hat hier schon viele Gründe genannt, die für den Änderungsantrag sprechen. Wir haben uns auch zu diesem Änderungsantrag entschlossen, weil wir der Meinung sind, man solle das nicht immer weiter aus Lottomitteln bezahlen, wie wir es einige Jahre getan haben, sondern es sollte in den Haushalt hinein.

Außerdem fanden wir, daß es sehr werbewirksam wäre, wenn man jungen Leuten oder Umschülern, die sich für diesen Beruf interessieren, gleich sagen kann: Wir geben euch eine Einkleidungsbeihilfe. Es sind ja doch erhebliche Kosten, die entstehen, und vielleicht sind wir so in der Lage, hierdurch schon einige Schüler und Schülerinnen mehr zu gewinnen. Sonst hätten wir eventuell wieder eine viel teurere Werbeaktion starten müssen.

Wir sind selbstverständlich bereit, diesem Änderungsantrag auf 80 400 DM zuzustimmen. Wir haben ihn ja auch unterschrieben.

(Beifall)

Präsident Engel: Das Wort hat die Abgeordnete Frau Kruse.

Abg. Marta **Kruse** (NPD): Herr Präsident, sehr geehrte Herren und Damen! Wir als NPD-Fraktion unterstützen diesen Änderungsantrag, und wir wären sicher auch bereit gewesen, ihn interfraktionell zu unterstützen, wenn man uns darauf angesprochen hätte. — Ich danke Ihnen!

Präsident Engel: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer dem Änderungsantrag Nr. 173 zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Wir kommen zum Einzelplan

10 Bauwesen und Landeskultur.

Es wurde vereinbart, keine allgemeine Aussprache stattfinden zu lassen. — Keine Wortmeldungen! — Die Sache läuft demzufolge so ab.

Änderungsanträge liegen auch nicht vor.

Wir kommen nunmehr zum Einzelplan

11 Wirtschaft.

Hier ist interfraktionell eine allgemeine Aussprache vereinbart worden.

Ich eröffne die

allgemeine Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Jedes Jahr kommt das gleiche Problem auf uns zu, ein Problem, das für Bremen sehr wichtig ist, lebenswichtig. Es ist das Problem der Wirtschaft beziehungsweise der Wirtschaftspolitik. Es ist eine Frage, die uns alle angeht, hängt doch von ihrer Intensität, florierend oder nicht florierend, unsere persönliche Situation, der Bestand des Arbeitsplatzes, eine gute Sozialpolitik und auch eine gesunde Finanzpolitik ab. Hierzu einige Betrachtungen anzustellen, sei mir gestattet.

Verfolgt man die Äußerungen der verantwortlichen Stellen in Fragen der Wirtschaft, so kommt man zu eigenartigen Feststellungen. Der Senator für Wirtschaft äußert sich in vielen Veranstaltungen gedämpft optimistisch über die Lage der

Wirtschaft, sein Parteifreund Lenz in Bremerhaven zum Beispiel ist minder optimistisch und stellt fest, daß bislang 62 Betriebe abgewandert seien, der Herr Senator für Wirtschaft berichtet wieder, daß es nur 42 seien. In Bremen, meine Damen und Herren, sind außer Umsiedlungen und dem vor einem Jahr bekannt gewordenen Kontakt mit Atlas Copko keine wesentlichen Industrieansiedlungen zu verzeichnen. Cadbury, die einst sehr forcierte Firma, hat meines Wissens den Betrieb eingestellt und

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Vor einem Jahr schon!)

hat ihre Fabrikationsmöglichkeiten dort weiter untervermietet. In Bremerhaven, der Stadt am seetiefen Wasser, versucht man, eine eigene Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsförderung durchzuführen, um in ein Konkurrenzverhältnis zu Bremen zu gelangen. — So wiederum die Ausführungen des SPD-Fraktionsvorsitzenden Herrn Lenz in Bremerhaven.

Meine Damen und Herren, inzwischen schrumpft sich in Bremerhaven die Fischwirtschaft gesund, zum Vorteil allerdings von Cuxhaven. Schon konkursreife Betriebe kommen nach Bremerhaven, werden durch Zusammenlegen etwas aufgefrischt, um dann zuschußbedürftig weiterzuarbeiten. Wie Ihnen bekannt ist, hat sich eine starke Reedereigruppe in Bremerhaven zu einer Kooperation mit der größten Hochseefischereigruppe, die wir in der Bundesrepublik haben, zusammengefunden. Das Vorhaben fand die Billigung des Herrn Senator für Wirtschaft, und auch die Wirtschaftsdeputation hat zugestimmt. Es schien sinnvoll zu sein, zumal sich kein Schwund an Wirtschaftskraft für Bremerhaven zu ergeben schien.

Meine Damen und Herren, dieses Ergebnis lag Mitte November vor. Vor einigen Tagen, am 29. November, erschien eine Pressenotiz, daß sich in Cuxhaven eine neue Werftgruppe aufgetan hat, um größere Schiffseinheiten zu reparieren, neu zu bauen und auszurüsten. Diese Werftgruppe ist entstanden unter der Führung eben dieser Hochseefischereigruppe, wobei entsprechend auch mit Geld gearbeitet wird, so daß

(Abg. Ostendorff [FDP]: Das ist neu! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Ich dachte, die Werften arbeiten nur mit Eisen!)

nach dem Hörensagen — einen Moment, jetzt kommt es erst — ab 1. 2. 1969 ein Dock zur Verfügung stehen soll, um diesem Vorhaben nachzugehen.

Meine Damen und Herren, ich frage nur: Was werden die Bremerhavener Werften dazu sagen?

(Abg. Eilers [SPD]: Tja, was werden sie sagen!)

Es ist doch so, daß wir eigentlich der Meinung sind — Herr Senator, nach Ihren persönlichen Ausführungen —, daß diese Gefahr überhaupt nicht besteht. Ich habe das Problem angesprochen, Sie haben mich beruhigt. Ich bin beruhigt nach Hause gefahren.

(Abg. Klemmer [SPD]: Ja, und nun?)

Die Ausführungen des Präsidenten des Senats am 28. 11. 1967 — das war die Regierungserklärung — ergaben deutliche Worte zu einer intensiven Wirtschaftsförderung in Bremen, besonders aber in Bremerhaven. Der Senator für Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren, na, sagen wir einmal, in den vergangenen eineinhalb Jahren, eine teure, weltweite Werbung durchgeführt, was er selbst zugegeben hat. Man muß feststellen, daß Erfolge weder zu sehen sind noch sie sich irgendwie abzeichnen. Meine Damen und Herren, ich stelle Ihnen diese Situation so dar, wie sie zum Teil in den Reihen der SPD gesehen wird und wie sie auch die Öffentlichkeit ganz klar registriert.

Das Resümee ist, kurz gesagt, daß wirtschaftspolitisch das Land Bremen sich absolut nicht weiterentwickelt. In Bremen ist eine Stagnation auf dem Gebiet der Wirtschaftsentwicklung und -förderung eingetreten. Wir stellen wohl fest, daß unsere Erwerbslosenquote niedrig liegt und daß das Steueraufkommen zum großen Teil unsere Erwartungen erfüllt. Trotzdem kann man nur registrieren, daß die ganze Entwicklung unbefriedigend ist.

Unser steuerlich gutes Abschneiden dürfte doch in erster Linie auf die Initiative der Unternehmungen — in Klammern: Unternehmer wie Arbeitnehmer besonders bei den Werften, der Industrie, des Handels und so weiter — zurückzuführen sein, die mit ihren außergewöhnlichen Leistungen zur Rationalisierung und damit auch zur Erhöhung des Sozialprodukts weitgehend beigetragen haben.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Sie sollten dann auch sagen, mit wessen Hilfe! — Mit unserer Hilfe!)

Das habe ich eben gesagt.

(Abg. Klemmer [SPD]: Das war aber nicht zu hören!)

Daß die Frage der Arbeitslosigkeit nicht gravierend wurde, ist meines Erachtens nur auf die Nachfrage der Werften nach Arbeitskräften und auf das Ausscheiden von Arbeitnehmern durch Erreichen der Altersgrenze zurückzuführen.

(Widerspruch bei SPD und FDP)

Das Unbehagen über die Ihnen aufgezeigte Situation ist überall zu finden. Die Ausführungen der Arbeiterkammer, die Berichte anderer Gremien weisen immer wieder auf die Notwendigkeit einer Strukturverbesserung und einer intensiven Wirtschaftsförderung hin.

Meine Damen und Herren, ich verkenne nicht, daß hierfür Ansätze vorhanden sind. Jedoch fehlt

es, wie ich schon mehrfach festgestellt habe, an einer Konzeption auf lange Sicht. Es fehlt an einer tatsächlichen vorausschauenden Politik, um zukunftsträchtige und entwicklungsfreudige Industrien nach Bremen zu bekommen.

(Abg. Heiber [SPD]: Sagen Sie doch einmal das Wundermittel!)

Ich bin nicht die Regierung.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Aber Sie sind doch das Salz!)

Kommt noch! Man könnte eine Menge von Unterlassungssünden in dieser Richtung vortragen. Es wäre eine Rückschau, meine Damen und Herren, die absolut niemandem nützt und auch nichts einbringt.

Meine Damen und Herren, Ende Oktober 1967 führte der Senator für Wirtschaft in Bremerhaven aus, daß aufschließbares Gelände zur Verfügung stehe, jedoch Erschließungsmaßnahmen im großen Stil nicht durchgeführt werden können. Meines Erachtens ist dies ein wesentlicher Grund, daß unsere Bemühungen um Industrieansiedlung bislang zu wenig Erfolg gehabt haben. Es muß ein größerer Einsatz erfolgen, besonders am seeschifftiefen Wasser, was auch der Herr Bürgermeister gefordert hat, um tatsächlich erschlossenes Gelände verfügbar zu haben.

(Abg. Eilers [SPD]: Tja!)

Wie notwendig dies tatsächlich ist, zeigt die Tatsache, daß in Bremerhaven ein Betrieb nach einem derartigen Gelände nachgefragt hat und man erklären mußte, es sei nicht verfügbar.

(Abg. Eilers [SPD]: Wer war das?)

Darüber können wir uns nachher unterhalten. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Daß auch noch andere Fragen die Industrieansiedlung beeinflussen, wie Stromkosten, Einstellung der Unternehmensleitung, steuerliche Überlegungen dieser Gremien, Zusammenarbeit über Ländergrenzen hinweg und so weiter, ist bekannt. Das sind meines Erachtens Teilfragen einer vorausschauenden Wirtschaftskonzeption.

Der primäre Faktor für eine günstige wirtschaftspolitische Entwicklung ist meines Erachtens — jetzt komme ich auf meine Vorschläge —

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Aha!)

das Vorhandensein von erschlossenem Gelände.

(Abg. Boljahn [SPD]: Richtig!)

Es muß auf Anfrage sofort greifbar sein. Da, meine Damen und Herren, kann ich Sie nur auf das Beispiel von Hamburg hinweisen, wo tatsächlich eine komplette Liste über jeden Quadratmeter, der zur Verfügung steht, vorliegt, und jeder Interessent kann diese Liste einsehen.

Vielleicht darf ich in diesem Zusammenhang auch die Erfolge Niedersachsens in Stade bei der neuerlichen Investition in folgenden Orten Niedersachsens anführen — ich weiß nicht, wie weit es dem Hohen Hause bekannt ist —:

(Abg. Boljahn [SPD]: Das steht in jeder Tageszeitung!)

In Elsfleth, eine Firma mit 6 Millionen

(Abg. Eilers [SPD]: Mit 6 Millionen Beschäftigten?)

Investitionen, Herr Eilers. Das sind auch schon Beträge, Herr Eilers. In Brake 6 Millionen, wobei einige Arbeiter 1969 zusätzlich Arbeit finden werden.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Ausgezeichnet!)

In Nordenham werden zusätzlich auch einige Millionen im kommenden Jahr investiert.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Erfreulich! — Abg. Böhrnsen [SPD]: Erfreulich für den Unterweserraum! — Abg. Eilers [SPD]: Wir müssen global denken!)

— Ich komme darauf zurück, Herr Eilers. Nicht so schnell, warten Sie ab. — Ich weise weiter auf unseren Konkurrenten im Westen unseres Landes hin, und zwar auf die Entwicklung der Provinz Groningen, wo sich ein großes chemisches Werk engagiert hat, wo auch tatsächlich vorgesehen ist, in den nächsten Jahren ein Atomkraftwerk zu errichten. Auf der anderen Seite haben wir in Stade die entsprechenden Stromquellen zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, ich frage Sie: Was soll eigentlich dazwischen noch entstehen? Es ist doch gar nicht mehr nötig! Jedenfalls, meine Aufzählung, die ich Ihnen gegeben habe, zeigt eindeutig, daß diese kleineren Städte, so wollen wir sie einmal bezeichnen, es fertiggebracht haben, genügend baureifes Gelände zur Verfügung zu stellen und den Interessenten sofort anzubieten.

(Abg. Schubert [FDP]: Das ist eben Abwerbung!)

Meine Damen und Herren, wie Wirtschaftspolitik in fragwürdiger Form gemacht wird, hat uns die heute und gestern durch die Presse gegangene Affäre „Prins Hamlet" gezeigt. Unter Führung des Staates — ich betone: des Staates — Hamburg, in Klammern die „Hadag" und die Hamburgische Staatsbank, wurde uns ein Schiff vor der Nase weggekauft, das einen lukrativen Dienst zwischen England und Bremerhaven/Bremen durchgeführt hat.

(Beifall bei der CDU — Abg. Schubert [FDP]: Es kommt Ersatz!)

Wir können uns hier meines Erachtens absolut nicht freisprechen, daß uns dieser sehr interessante

Dienst mindestens für anderthalb Jahre nicht so zur Verfügung steht, wie es bislang war. Und es ist dies nicht eine Sache der privaten Initiative allein, sondern auch hier, meine Damen und Herren, mußte von Staats wegen etwas vorgesehen werden, denn der Anleger ist ja letzten Endes auch vom Staat erbaut worden.

(Beifall bei der CDU)

Ich darf noch auf eins hinweisen: Der Austausch von Besuchern war nicht einseitig, genauso wie Deutsche nach England fuhren, sind sehr viele Gruppen aufgrund, bitte sehr, sogar der „Bremen-Werbung" nach Bremerhaven und nach Bremen gekommen und haben uns was gebracht.

(Glocke)

Herr Präsident?

Präsident Engel: Ihre Redezeit ist abgelaufen!

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Zwei Minuten noch, Herr Präsident!

Präsident Engel: Also, Herr Abgeordneter Dr. Schäfer, Ihr Wunsch paßt absolut nicht in mein Konzept,

(Heiterkeit bei der SPD)

denn würde ich ihm nachgeben, müßte ich es in jedem nachfolgenden Fall auch tun. Aber Sie haben ja das Recht, sich zum zweiten Mal zu melden.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, das war nicht der richtige Abschluß meiner Ausführungen.

Präsident Engel: Haben Sie in zwei Sätzen abgeschlossen?

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Es paßt nicht in den Rahmen, Herr Präsident, wenn es nicht in sich geschlossen ist. Es hat so keinen Zweck.

Präsident Engel: Aber, Herr Abgeordneter Dr. Schäfer, ich habe nicht ohne Grund um die erforderliche Konzentration gebeten, und insofern glaube ich, wäre es gut gewesen, Sie hätten sich einigermaßen auf die Ihnen zur Verfügung stehende Zeit eingerichtet. Also, ich muß von jetzt an sehr strikt verfahren und muß Sie darauf hinweisen: Ihre Redezeit ist abgelaufen.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Meine Damen, meine Herren, ich bin also vom Herrn Präsidenten darauf hingewiesen worden, daß meine Zeit um ist.

(Heiterkeit und Zurufe — Glocke)

Präsident Engel: Sie haben nicht mehr das Wort, Herr Dr. Schäfer!

Das Wort hat Herr Senator Eggers.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will nur einige sachliche Aufklärungen geben, damit sich das in der Diskussion gar nicht erst festbeißt, daß wir hier über Dinge diskutieren, die wirklich nicht so sind, wie Herr Dr. Schäfer sie hinzustellen beliebt.

Erstens einmal, Herr Dr. Schäfer: Kein Mensch wird die Werften fragen, ob in Cuxhaven ein Dock oder kein Dock gebaut wird.

(Abg. Dr. Schäfer [CGU]: Doch, doch, man ist dabei in Cuxhaven!)

Uns fragt auch keiner, ob in Hamburg eins gebaut wird oder in Kiel oder in Flensburg oder sonst irgendwo ein Dock gebaut wird in der Weltgeschichte.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Es gibt in Cuxhaven die neue Werftgruppe!)

Also die Frage lohnt nicht, zu untersuchen, und ich bleibe dabei, was ich Ihnen erklärt habe, daß in Cuxhaven von einer Gruppe Kapazitäten geschaffen worden sind, die nicht auszulasten sind, die uns in Bremerhaven aber in keinster Weise berühren, weil wir vertraglich ausgeschlossen haben, daß Auswirkungen auf Bremerhaven kommen können. Das ist Ihnen erklärt worden, und die Verträge können Sie bei mir einsehen. Mehr kann ich Ihnen nicht anbieten. Nebenbei sind in Cuxhaven seit eh und je Werften. Die Mützfeld-Werft, eine berühmte, bekannte Werft! Aber die scheint ja auch nicht gemeint zu sein, wenn ich Sie recht verstanden habe.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Doch, doch, die ist auch in Cuxhaven!)

Aber da erzählen Sie doch nichts Neues, die ist doch schon immer dagewesen in Cuxhaven.

Meine Damen und Herren, ich kann hier — und da ist das, was die Abgeordnete Frau Müller-Wolff gesagt hat, schon richtig: jedes Jahr stehe ich hier und muß es immer wieder betonen, und ich muß annehmen, daß wider besseres Wissen behauptet wird — nur sagen, wir haben jede Menge — —

(Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Herr Senator, „wider besseres Wissen" werden hier keinerlei Behauptungen aufgestellt! Ich bitte, diesen Audruck zu vermeiden.

Senator Eggers: Ich bitte vielmals um Entschuldigung. Ich nehme das zurück.

Meine Damen und Herren, wir haben mehrere Millionen Quadratmeter erschlossenes Gelände, und zwar erschlossen durch Straße, Bewässerung, Entwässerung, Strom, Gleisanschluß. Alles vorhanden! Und zwar in Bremerhaven und in Bremen.

(Hört, hört! bei der SPD — Abg. Eilers [SPD]: Das können alle Bremerhavener bestätigen!)

Dann als letztes zur sachlichen Aufklärung, meine Damen und Herren: Es lohnt wirklich nicht, das immer wieder zu wiederholen. Jedes Jahr stehe ich hier und erkläre das!

Die „Prins Hamlet" meine Damen und Herren, war eine privatunternehmerische Entscheidung, die erstens einmal von uns gar nicht zu beeinflussen war, und zweitens hat uns dieser Unternehmer rechtzeitig von dieser Transaktion Bescheid gegeben.

(Zurufe von der CDU: Das ist traurig!)

Nein, das ist nicht traurig! Sehr gut ist das, daß er das gemacht hat. Meine Damen und Herren, ich und alle Herren vom Senat werden von der Opposition dauernd zur Sparsamkeit angehalten: Hier sind mehrere Millionen DM

(Bürgermeister Koschnick: 8 Millionen!)

bezahlt worden, die ich dem Steuerzahler für ein so veraltetes Schiff nicht zumuten konnte. Wir haben uns mit dem Unternehmer geeinigt: Das neue Schiff wird gebaut. Das ist uns mehr wert als diese 8 Millionen DM, die in den Schornstein zu schreiben gewesen wären.

(Sehr gut! und Beifall bei der SPD)

Bremerhaven wird nicht darunter leiden.

Daß wir im industriellen Sektor von der Hafenwirtschaft, von der Seewirtschaft weg müssen, um zu einer landorientierten Industrie zu kommen, darüber sind wir uns einig, und da sind wir auch dabei. Im übrigen, meine Damen und Herren, in jeder Wirtschaftstabelle ist nachzulesen, daß Bremen in der Betrachtung seiner Wirtschaftskraft an der Spitze in der Bundesrepublik Deutschland steht.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Dr. Franke.

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Kollege Schäfer, Sie haben sicherlich verschiedene Probleme angesprochen, die aber allgemein bekannt sind, und Sie laufen damit, glaube ich, zum Teil offene Türen ein. Nur gegen die Form, wie Sie sie vorgetragen haben, setzen wir uns zur Wehr.

Sie sagen, es ist nichts getan. Das ist doch eine Pauschalbehauptung. Das stimmt doch nicht und ist auch falsch. Der Objektivität halber müssen wir doch darauf hinweisen, daß doch erhebliche Beträge, Millionenbeträge für die Wirtschaftsförderung in unserem Land ausgegeben worden sind. Sie sind selbst Mitglied der Deputation für Wirtschaft und kennen ja doch auch diese Summen. Ich brauche doch nur an die riesigen Unterstützungsmaßnahmen für die Werftindustrie, an die Wirtschaft schlechthin, an das Handwerk und dergleichen mehr — ich brauche die Zahlen hier nicht zu wiederholen, die stehen ja auch im Haushaltsplan selbst — erinnern, und Sie wissen ja auch, daß hier langfristig geplant wird.

Um das hier an einem Beispiel zu erläutern: Für die Werftindustrie im nächsten Jahr über 950 000 DM.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben!)

Im übernächsten Jahr 1 337 000 DM, und im Jahr darauf 1,6 Millionen DM. Und Sie wissen ganz genau, daß teilweise die Planungen auf sechs, sieben, acht und neun Jahre bereits doch laufen und auch vorgeplant worden sind. Das gilt für andere Wirtschaftszweige genauso und nicht zuletzt auch für die Fischerei in Bremerhaven. Ich erinnere an den Kreditplafond von 25 Millionen DM, an den weiteren Kreditplafond für die Förderung der Wirtschaft von 12 Millionen DM. Ich erinnere daran, was gerade im Augenblick, in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr und im übernächsten Jahr wiederum für die Kutterfischerei passieren wird. Ich möchte das hier nur richtigstellen.

Sie haben auch ein Beispiel genannt: Cadbury! Das hört sich sehr schön an. Sie wissen selbst, daß es durchaus bei den Unternehmensleitungen selbst liegt, ob sie ihre Firma hier auflösen oder nicht auflösen wollen. Sie wissen ganz genau, daß das eine Folgeerscheinung aufgrund der Preissituation auf dem Schokoladenmarkt gewesen ist. Aber Sie hätten dann gerechterweise auch hinzufügen müssen, daß sich die Wirtschaftsverwaltung doch ganz entscheidend bemüht, gerade jetzt in diese Gebäude, die dort errichtet worden sind, andere Firmen hineinzuziehen, und Sie wissen doch auch ganz genau, daß diese Verhandlungen doch nahe vor dem Abschluß stehen.

Ich will auf die „Hadag" nicht mehr eingehen, auf die 8,4 Millionen DM, aber ich möchte doch darauf hinweisen, daß dieses Schiff wesentlich über Buchwert bezahlt worden ist.

Sie haben dann weiterhin — und das zu Recht — auf das seeschifftiefe Wasser hingewiesen, den Standortvorteil Bremens. Damit kommen wir im Grunde genommen zu dem eigentlichen Problem, nämlich zu dem Problem der Industrieansiedlungsmaßnahmen für ausdehnungswillige Betriebe und Betriebe, die sich hier ganz neu ansiedeln wollen. Aber auch hier müssen wir doch wiederum gerechterweise zum Ausdruck bringen, daß zum Beispiel in Bremen nach den Zahlen, die uns der Wirtschaftssenator selbst mitgeteilt hat, sofort eine Million Quadratmeter zur Verfügung stehen und kurzfristig weitere 3 Millionen Quadratmeter, und für Bremerhaven sind es 390 000 Quadratmeter sofort und 2,2 Millionen Quadratmeter kurzfristig.

Die Frage, um die es sich eigentlich handelt, haben Sie im Grunde genommen an die falsche Adresse gerichtet. Wir werben jetzt ja mit seeschifftiefem Wasser und haben auch unseren Werbeetat auf 1 250 000 DM erhöht. Wir werben ja auch mit dem Slogan „seeschifftiefes Wasser". Die Frage ist natürlich: Wird solches Gelände auch wirklich zur Verfügung gestellt? Diese Frage müs-

sen wir aber doch an den Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr richten und nicht an den Senator für Wirtschaft. Leider ist der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr heute nicht anwesend. Insofern möchte ich hier — —

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Dr. Franke, Sie sind bereit, die Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Ja.

Präsident Engel: Bitte, Herr Klein.

Abg. **Klein** (CDU): Schönen Dank! Herr Kollege Dr. Franke, könnten Sie so freundlich sein uns zu erläutern, in welchen Punkten Sie, gestützt auf das Gutachten der Arbeiterkammer, Kritik auch und gerade an dem Herrn Senator für die Wirtschaft zu äußern haben?

Abg. **Dr. Franke** (SPD): Das will ich Ihnen erläutern. Sie haben dieses Gutachten offensichtlich nicht richtig gelesen. Wir haben das Gutachten aufgrund der Arbeitsmarktsituation aufgezogen. Uns ging es um die Folgeerscheinungen von Automation, Rationalisierung und Mechanisierung. Jetzt will ich Ihnen noch eine Zahl nennen: Hier ging es uns insbesondere um die 60 Prozent der Beschäftigten im Dienstleistungsgewerbe oder tertiären Gewerbe beziehungsweise Dienstleistungsgewerbe im weitesten Sinne.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das geht doch an den Wirtschaftssenator und nicht an den Häfensenator!)

Entschuldigung, eben hat mich aber doch Herr Klein gefragt. Ich muß doch zunächst einmal diese Frage beantworten.

An den Häfensenator — und jetzt komme ich darauf zurück, was ich vorhin gesagt habe — müssen wir doch folgende Frage richten:

Hat der Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr in Bremen und Bremerhaven überhaupt genügend beziehungsweise wieviele Quadratmeter Industriegelände zur Verfügung, und zwar nicht nur als Eigentum?

Die zweite Frage lautet: Ist dieses Gelände in Bremen und Bremerhaven arrondiert und aufgeschlossen und von der Seeseite her zugänglich?

Die dritte Frage, die sich vor allen Dingen für uns in Bremen stellt, ist: Steht für die Industrieansiedlung auch das Gelände an den Neustädter Häfen beziehungsweise in Niedervieland zur Verfügung?

Und die vierte Frage — um die geht es nämlich —: Stimmt es, daß über die Industrieansiedlung in diesem Bereich zwischen dem Senator für Wirtschaft und Außenhandel und dem Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr gegensätzliche beziehungsweise unterschiedliche Auffassungen über die Verwendung dieses Geländes herrschen? Das heißt, will der Häfensenator dieses Gelände für Hafenumschlagsplanungen benutzen oder — entsprechend den Vorstellungen in der Wirtschaftsverwaltung — soll dieses Gelände für Industrieansiedlung genutzt werden?

Um dieses Problem geht es. Ich nehme an, daß diese Fragen

(Abg. Klein [CDU]: Auch!)

in erster Linie doch wohl an den Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr weitergereicht werden. Er ist ja in der nächsten Woche wieder da.

Was ferner meines Erachtens auch noch angesprochen werden muß, das ist die verstärkte Kooperation zwischen Wirtschaft, Häfen, Finanz und Bau.

(Abg. Klein [CDU]: Das haben wir schon seit Jahren gefordert! — Bürgermeister Koschnick: Das wird doch gemacht!)

Entschuldigung, ich wiederhole es ja nur. Wir streiten ja nicht um Prioritäten.

(Abg. Klein [CDU]: Wir arbeiten doch zusammen!)

Wobei allerdings ebenfalls wieder gerechterweise hinzugefügt werden muß, daß bereits als erste Koordinierungsmaßnahme die Senatskommission für Wirtschaftsstrukturmaßnahmen unter dem Vorsitz des Bürgermeisters nicht nur gegründet worden ist, sondern bereits auch die Arbeit aufgenommen hat. Einhergehen müssen — und damit komme ich wieder auf das zurück, wohin Sie ja zielten, Herr Klein — selbstverständlich auch Koordinierungsmaßnahmen zwischen Wirtschaft und Arbeit. Hierfür sind langfristige Prognosen und Branchenuntersuchungen nun einmal erforderlich. Aber auch da hörten wir in den letzten Tagen durch den Senator für Arbeit, daß erste Maßnahmen über das Batelle-Institut eingeleitet worden sind.

Ansprechen möchte ich ferner noch das Problem eines verbesserten Service. Sie selbst, Herr Schäfer, haben vorhin auch das Problem der Energiepreise angesprochen. Nur meine ich, daß uns das künftig nicht mehr so schwer fallen wird, nachdem Herr Haider, der Direktor der Stadtwerke, laut „Weser-Kurier" vom 16./17. 11. erklärt hat, daß künftig die Energiepreise nicht mehr entscheidend für die Industrieansiedlung sein werden. Es kommt auch für uns darauf an, ihn nun beim Wort zu nehmen.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Das ist ein Kalkulationsfaktor!)

Letzten Endes: Sie haben die Gesamtkonzeption angesprochen. Natürlich, es hängt ab von den Prioritäten, die wir zu setzen haben, es hängt meines Erachtens aber auch von den gestellten Anträgen der Wirtschaftsverwaltung selbst ab, und zwar jetzt nicht um Pauschalerhöhungen, wie Sie es zum Beispiel in Ihrem Antrag mit den 1,8 Millionen DM gesagt haben, sondern es kommt meines Erachtens

darauf an, daß projektbezogene Anträge gestellt werden.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Wir müssen doch das Geld haben!)

Sie wissen auch, Herr Schäfer, daß mit solchen Anträgen im kommenden Jahr zu rechnen ist. Ich erinnere hierbei auch noch an den Reservefonds, der noch mit über 3 Millionen DM besteht und bislang ja auch noch nicht ausgeschöpft worden ist.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sehr richtig! — Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen mitteilen, daß wir noch fünf Redner eingetragen haben. Da der nächste Sprecher wahrscheinlich mit fünf Minuten nicht auskommen wird — Herr Stäcker, Sie sind an der Reihe, kommen Sie mit fünf Minuten aus? —,

(Abg. Stäcker [SPD]: Nein!)

schlage ich dem Hause vor, daß wir nunmehr in die Kaffeepause eintreten und um 16.35 Uhr wieder zusammentreten.

(Unterbrechung der Sitzung 16.09 Uhr)

*

Präsident Engel eröffnet die Sitzung wieder um 16.37 Uhr.

Präsident Engel: Die Sitzung der Bürgerschaft (Landtag) ist wieder eröffnet.

Wir fahren fort mit der allgemeinen Aussprache zu dem Einzelplan 11 Wirtschaft.

Das Wort hat der Abgeordnete Stäcker.

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Erlauben Sie mir, daß ich die Ausführungen von Herrn Dr. Franke über Wirtschaftsstrukturmaßnahmen in einigen Punkten ergänze. Ergänze aus der Sicht des Sprechers der Deputation für Arbeit mit einigen Bemerkungen zur Arbeitsstrukturpolitik und einigen dazu erforderlichen Maßnahmen.

Erfolgreiche Industrieansiedlung und eine Belebung der vorhandenen Wirtschaft erfordern ein qualifiziertes Potential an Arbeitskräften. Dazu möchte ich Ihnen einige Fakten zur Arbeitsmarktlage im Lande Bremen nennen. Die Arbeitsmarktlage im Lande Bremen können wir heute als gefestigt betrachten, obwohl wir sagen müssen, daß wir uns im Januar 1968 noch in einem erheblichen Tiefstand befunden haben. Die Arbeitslosigkeit ist gegenüber Januar 1968 um 50 Prozent abgebaut worden. Damals beim Tiefstand im Lande Bremen im Januar 1968 hatten wir 8 900 Arbeitslose. Heute in Bremen Stadt 2 750 und in Bremerhaven 1 300, zusammen im Lande Bremen 4 050 Arbeitslose. Jeweils die Hälfte davon kann man fast sagen in Bremen-Stadt und in Bremerhaven sind Frauen. Das sind zwar rund 2 500 weniger als vor Jahresfrist, aber immer noch 1 400 mehr Arbeitslose als vor zwei Jahren. Sehr interessant ist dabei die Feststellung, daß der Anteil der 55- bis 65jährigen arbeitslosen männlichen Arbeitskräfte bei 51,2 Prozent liegt. Der Anteil von arbeitslosen Frauen im Alter von 20 bis 35 Jahren — um nur einmal diese Begrenzung zu nehmen — liegt auch bei über 43 Prozent. Wenn auch der heutige Stand der Arbeitslosigkeit im Lande Bremen bekanntlich ja bei 1,4 Prozent als einigermaßen beruhigend angesehen werden muß, so darf man dabei doch nicht übersehen, daß allein in Bremerhaven der Anteil noch immer bei 2,4 Prozent liegt. Und das sollte uns doch zu denken geben.

Wir haben aus dieser Situation, so meine ich, zwei Schlußfolgerungen zu ziehen: Erstens, die Frage der beruflichen Qualifikation hat heute für das Arbeitsmarktgeschehen mehr Bedeutung als jemals zuvor. Und zweitens, der Anteil der älteren und weniger qualifizierten ungelernten Arbeitnehmer unter den Arbeitslosen nimmt zu. Daraus ist zu folgern, daß berufliche Ausbildung, Fortbildungs- und Umschulungsmaßnahmen immer mehr an Bedeutung gewinnen. Ich beziehe da auch den Bildungsurlaub mit ein. Aber es ist eine sehr entscheidende Frage, wie groß eigentlich die Bereitschaft ist, sich überhaupt umschulen zu lassen.

Lassen Sie mich auch dazu, meine sehr verehrten Damen und Herren, ein Beispiel nennen. Es ist noch gar nicht sehr lange her, da hatten wir eine schwierige Situation auf dem Arbeitssektor in den bremischen Häfen. Damals haben Arbeitsamt und die Kammern ein sehr großzügiges Angebot gemacht

(Abg. Mahlstedt [SPD]: Und die Betriebsräte!)

— in Verbindung mit den Betriebsräten, Herr Kollege Mahlstedt — für Umschulungsmaßnahmen. Und es war doch sehr interessant, dann doch einmal die Zahl der Bewerber festzustellen. Ganze drei Arbeitnehmer waren bereit, sich umschulen zu lassen. Das muß eine Ursache gehabt haben. Nämlich die Ursache, daß der Arbeitnehmer zu Beginn solcher Umschulungsmaßnahmen nicht weiß, ob und wo er nach erfolgter Umschulung überhaupt beschäftigt sein wird. Statt Sicherheit durch Umschulung zur Zeit also noch Unsicherheit über seinen zukünftigen neuen Arbeitsplatz oder Beruf. Deshalb meine ich, wird hier der entscheidende Grund dafür zu suchen sein, daß eine solche Zurückhaltung bei Umschulungsmaßnahmen zu verzeichnen ist.

Welche Schlußfolgerungen haben wir daraus zu ziehen? Umschulungsmaßnahmen müssen, wenn sie geplant werden, die Garantie für einen späteren Arbeitsplatz mit beinhalten. Gleichzeitig bedarf es eines verstärkten, ausgeweiteten Angebots auf diesem Gebiet, um den Erfordernissen der Wirtschaft in breitester Form Rechnung zu tragen. Auch die immer stärker werdende Rationalisierung und Auto-

mation bedarf unserer besonderen Aufmerksamkeit. Es gibt meines Wissens zur Zeit noch keine genauen Untersuchungen über die unmittelbaren Auswirkungen der Automation im örtlichen oder regionalen Bereich. Eine Untersuchung, die im Rahmen einer modernen fortschrittlichen Wirtschaftspolitik erforderlich ist, meine ich, sollte hier auch von uns aus mit gefordert werden. Es ist notwendig, daß wir diese Untersuchung durchführen, um alle geeigneten Maßnahmen im Interesse der betroffenen Arbeitnehmer, aber auch der Wirtschaft rechtzeitig und wirksam begegnen zu können.

(Glocke)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Stäcker, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten Klein zu beantworten?

Abg. **Stäcker** (SPD): Gern!

Präsident Engel: Bitte, Herr Abgeordneter Klein!

Abg. **Klein** (CDU): Herr Kollege Stäcker, können Sie mit der Ihnen eigenen Sorgfalt die hier dargelegten Arbeitslosenzahlen einmal in Beziehung setzen zu den Zahlen vergleichbarer Großstädte?

Abg. **Stäcker** (SPD): Herr Abgeordneter Klein, wenn wir andere Gebiete sehen, ist auch das regional unterschiedlich. Aber wenn wir eine durchschnittliche Arbeitslosenquote von 0,9 Prozent im Bundesgebiet haben und wir haben in unserem Lande etwa eine Quote von 1,4 Prozent, in Bremen Stadt 1,1 Prozent, dann ist das zwar nicht beunruhigend für die Wirtschaftsstrukturmaßnahmen und für die Wirtschaft schlechthin, aber wir sollten es auch keinesfalls übersehen.

(Abg. Koschek [CDU]: Hier steht alles drin!)

Ich bin jetzt natürlich nicht imstande, für zehn Großstädte die einzelnen Prozentzahlen aufzuzeigen, aber vielleicht habe ich Ihnen mit diesem Hinweis doch einen Anhaltspunkt gegeben. — Bitte sehr, dann können Sie es nachlesen, Herr Koschek. Vielleicht können Sie Herrn Abgeordneten Klein inzwischen einmal informieren. — Ich darf fortfahren.

Maßnahmen für eine Verbesserung der Wirtschaftsstruktur und auch der Arbeitsmarktstruktur müssen frühzeitig ergriffen, das heißt, bei einer guten Konjunkturlage vorbereitet werden, um gegen Krisen und Flauten gewappnet zu sein und nicht zu spät handeln zu müssen. In diesem Zusammenhang — Herr Abgeordneter Dr. Franke hat das bereits angeführt — ist das vom Bundesarbeitsministerium in Auftrag gegebene Gutachten des Batelle-Instituts über Möglichkeiten einer Vorausschau über die Entwicklung des Arbeitsmarkts in der Bundesrepublik nur zu begrüßen. Noch wichtiger werden jedoch die Untersuchungen auf regionaler Ebene, das heißt im norddeutschen Küstengebiet, deren Ergebnisse voraussichtlich um die Jahreswende vorliegen werden, für uns sein. Für die Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturpolitik in unserem Lande halte ich es allerdings auch für dringend erforderlich, solche Untersuchungen unmittelbar im eigenen Bereich auch durchzuführen, und zwar durchzuführen, um den Tarifpartnern die konkreten Ergebnisse hier in unserem Lande zugänglich zu machen, um sich langfristig auf Veränderungen und zukünftige Maßnahmen einstellen zu können.

Der Herr Senator für die Finanzen hat bei seiner Haushaltsrede hier ebenfalls darauf hingewiesen und hat ausgeführt, eine auf Stabilität gerichtete Koordinierung der Wirtschaftspolitik sei eine Frage allererster Ordnung und sie gelte auch für die Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur. Ich meine, meine Damen und Herren, dazu bedarf es nicht nur der Senatskommission für Wirtschaftsstruktur und damit der sicherlich begrüßenswerten Initiative des Senats, sondern auch der Koordinierung und Zusammenarbeit der beiden Deputationen für Wirtschaft und für Arbeit, der engeren Zusammenarbeit aller sich mit Wirtschafts- und Arbeitsmarktstrukturfragen beschäftigenden Institutionen. Das bei dem Senator für Arbeit über Arbeitsmarktfragen angeregte Gespräch im Januar zwischen der Wirtschaftskammer, der Handelskammer, der Arbeiterkammer, Angestellten- und Handwerkskammer sowie den Arbeitgeberverbänden und den Gewerkschaften scheint mir auch dazu ein sehr wesentlicher Beitrag zu sein.

Wir alle müssen auf dem Gebiet der Wirtschafts-, Marktpolitik und der Arbeitsmarktstrukturpolitik zu einer — und jetzt gestatten Sie mir, daß ich den sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller mit seinen Formulierungen hier anführe — Zusammenarbeit nach Maß und zu einer konzertierten Aktion aller dafür im Lande Bremen Zuständigen gelangen.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das hat er nicht gesagt!)

Das letzte habe ich hinzugefügt, Herr Dr. Sieling. Aber die Frage der allgemeinen Zusammenarbeit in der Formulierung „konzertierte Aktion" werden Sie sicherlich nicht für so schlecht halten. Ich halte im übrigen, wie meine politischen Freunde auch, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik von Herrn Professor Schiller nicht für schlecht.

(Abg. Klein [CDU]: Das müssen Sie uns nicht sagen, das müssen Sie Ihren Freunden sagen!)

Das freut mich, daß auch Sie das sagen, Herr Klein.

Unser Ziel bei all diesen Maßnahmen und Aufgaben muß sein, Sozialpläne für Krisenzeiten überflüssig zu machen, die Arbeitsplätze zu sichern, die Wirtschaft krisenfest zu machen und damit zum Wohlergehen der Bürger in Bremen und in Bremerhaven entscheidend beizutragen. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Koschek.

Abg. **Koschek** (CDU) *): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach der Eröffnung der Haushaltsdebatte durch Frau Müller-Wolff und durch die Erwiderung von Herrn Bürgermeister Koschnick habe ich den Eindruck gewonnen, als wenn ich das in diesem Jahr etwas leichter haben werde,

(Heiterkeit)

nachdem so vieles gesagt wurde und so vieles gefordert wurde, was ich bereits seit Jahren hier vorgebracht habe.

(Abg. Brinkmann [SPD]: Aha!)

Ich werde daher versuchen, meine Ausführungen so zu gestalten, daß die Prognose von Frau Müller-Wolff nicht einzutreffen braucht.

Meine Damen und Herren, wir wissen, daß inzwischen einiges an Gelände angekauft wurde. Wir wissen aber auch, wie schwer es ist, dieses Gelände loszuwerden. Sicherlich, die wirtschaftliche Rezession ist nicht der geeignete Zeitraum, das plötzlich aufgekaufte Gelände schnell an den Mann zu bringen, zumal diese Preise ja letzten Endes auch sehr hoch sind. Wir müssen Wege aufzeigen und nach Möglichkeiten suchen, um dieses Gelände den Interessenten attraktiv zu machen. Dazu, meine Damen und Herren, werden wir in der Zukunft mehr als bisher in unseren Staatssäckel hineingreifen müssen. Denn Wirtschaftsförderung, meine Damen und Herren, das haben wir ja nun alle unbestritten in allen Fraktionen ausgesprochen, ist meiner Ansicht nach Punkt eins.

Wenn wir das also an die erste Stelle stellen, werden wir auch dementsprechend Mittel zur Verfügung stellen müssen. Das heißt, daß dieses Gelände, das uns jetzt schon zur Verfügung steht, für die Zukunft — meiner Ansicht nach, obwohl es jetzt so schnell nicht absetzbar ist — nicht ausreichen wird. Schon heute müssen wir dafür sorgen, daß für die Zukunft mehr Gelände zur Verfügung gestellt werden kann. Ich bin der Meinung, daß es nicht unbedingt notwendig ist, daß der Staat das Gelände aufkauft, sondern ich bin der Meinung, daß man durchaus verschiedene Gebiete als Industriegebiete ausweisen könnte. Weil uns diese Mittel nicht zur Verfügung stehen, müssen wir versuchen, auf anderem Wege dieses Gelände auszuweisen und mit unserem vorhandenen Industriegelände versuchen, preisausgleichend auf eventuelle Preissteigerungen zu wirken.

Einmal haben wir Gelände, und zum anderen können wir Gelände ausweisen, was auf dem freien Markt zu haben sein wird. Meine Damen und Herren, wenn Spekulanten versuchen sollten, die Preise hochzutreiben, dann sind wir doch in der Lage, mit unserem Potential preisdrückend entgegenzuwirken. Ich bin der Meinung, daß wir uns das leisten können. Es ist durchaus nicht so, wie wir immer gesagt haben, daß, wenn wir das nicht aufkaufen, die Preise dann in die Höhe gehen. Ich bin der Meinung, daß durchaus Möglichkeiten vorhanden waren, auch ohne daß der Senat diese Grundstücke aufgekauft hat, zu günstigen Preisen Gelände zu kaufen.

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Frage des Abgeordneten Friedrich Meier beantworten?

Abg. **Koschek** (CDU): Aber bitte, gern!

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): Herr Abgeordneter Koschek, sind Sie mit mir der Meinung

Abg. **Koschek** (CDU): Wollen Sie mir den Arbeiterkammerbericht vorlegen?

Abg. Friedrich **Meier** (SPD): — ich bin nicht bei der Arbeiterkammer —, daß Sie heute genau das Gegenteil von dem sagen, was Sie in der 7. Sitzung am 9. Februar 1968 gesagt haben, indem Sie dem Bremer Senat respektive der Verwaltung den Vorwurf gemacht haben, daß der Senat und die Bremer Verwaltung nicht für die Bereitstellung von Industriegelände Vorsorge getroffen haben?

Abg. **Koschek** (CDU): Ich sage doch heute nicht das Gegenteil! Ich sage nur, daß wir nicht unbedingt, weil wir ja kein Geld haben, alles aufkaufen können. Also müssen wir andere Wege gehen und auch der Privatinitiative Möglichkeiten zum Erwerb der Grundstücke geben. Das heißt, wenn wir ein bestimmtes Grundstück ausweisen, ohne daß wir die Grundstücke aufkaufen, diese auf dem freien Markt einfach zur Verfügung stehen können. Warum müssen wir denn unbedingt das alles machen?

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Ströh beantworten?

Abg. **Koschek** (CDU): Aber bitte, wenn das zu Ihrer Bildung beitragen soll, bitte schön!

(Heiterkeit)

Präsident Engel: Bitte, Herr Ströh!

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Kollege Koschek, ich sehe Sie nicht gerade als meinen Lehrer an, aber vielen Dank für Ihre Bereitschaft! Herr Kollege Koschek, können Sie mir einen Fall nennen, in dem die Verwaltung einer Firma den Erwerb eines für sie interessanten Grundstücks abgeschlagen hat?

Abg. **Koschek** (CDU): Es sind verschiedene Fälle, wo man einfach mit der Verwaltung nicht klar kommen konnte, weil die Preise einfach zu hoch waren, meine Damen und Herren.

(Heiterkeit bei der SPD)

*) Vom Redner nicht überprüft.

Man kann nicht einfach jeden Preis bezahlen. Es sind Interessenten — —

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Aha! — Weitere Zurufe von der SPD)

Na bitte, deshalb meine ich ja, daß man durchaus auf dem freien Markt die Grundstücke zum Verkauf durch Ausweisung anbieten soll, und dadurch haben wir die Möglichkeit, durch unser Gelände preisdrückend zu wirken. Es ist doch ganz klar, meine Damen und Herren, wenn in einem Gebiet Grundstücke auf dem freien Markt in Privatbesitz sind und dieser Betreffende 250 DM für das Grundstück haben will und wir von der Stadt nur 25 DM, dann können wir doch preisregulierend wirken, meine Damen und Herren. Dann haben wir doch die Möglichkeit, das zu tun.

(Abg. Wilma Landwehr [SPD]: Ach so meinen Sie, so ist das! — Abg. Kähler [SPD]: Wenn Sie uns das bitte nochmal erklären könnten!)

Herr Kollege Kähler, solange ich diesem Parlament angehöre, habe ich nicht den Eindruck, daß Sie das verstehen würden, wenn ich Ihnen das nochmal erklären würde.

(Heiterkeit bei der SPD)

Meine Damen und Herren, und dann müssen wir uns natürlich — —

(Abg. John [FDP] meldet sich zu einer Zwischenfrage)

Ach so! Herr Präsident, wenn der Herr Präsident — —

(Heiterkeit)

Präsident Engel: Was wollten Sie mich fragen?

Abg. **Koschek** (CDU): Dann fragen Sie mich zuerst, Herr Präsident!

(Erneute Heiterkeit)

Präsident Engel: Das bin ich nicht gewohnt, vom Redner gefragt zu werden. Aber ich will einmal beide Augen zudrücken und frage Sie, ob Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten John beantworten wollen.

Abg. **Koschek** (CDU): Wenn der Herr Präsident mir die Redezeit, die durch diese Fragen verlängert wird, wieder gutschreibt, bin ich bereit, weitere Fragen zu beantworten.

Präsident Engel: O nein, Herr Koschek, dazu sehe ich mich leider außerstande!

Abg. **Koschek** (CDU): Ich weiß, Herr Präsident, daß die Taktik meiner Kollegen der Regierungskoalition darauf zielt, meine Redezeit so zu beschränken, daß ich nur Zwischenfragen beantworte und sonst gar nicht zum eigentlichen Thema kommen kann. Also lehne ich es ab!

(Stürmische Heiterkeit — Glocke — Glocke)

Präsident Engel: Herr Koschek, durch dieses Intermezzo beschneiden Sie Ihre Redezeit ja noch mehr. Ich habe Sie richtig verstanden, daß Sie nicht bereit sind, weitere Fragen zu beantworten?

Abg. **Koschek** (CDU): Jawohl, es sei denn, Sie verlängern meine Redezeit.

Präsident Engel: Ja also, erpressen können Sie mich nicht!

Abg. **Koschek** (CDU): Brauche ich auch nicht! Das war doch ganz klar ausgedrückt, Herr Präsident!

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Aber wir hören Sie doch so gern reden, Herr Koschek! — Abg. John [FDP]: Ich kann meine Frage nicht anbringen!)

Es kommt darauf an, meine Damen und Herren — und das ist der wichtigste Punkt meiner Ansicht nach —,

(Abg. Schubert [FDP]: Ja, es kommt darauf an!)

die Verwaltung soweit zu rationalisieren, zu vereinfachen, daß wir in der Lage sind, meine Damen und Herren,

(Abg. Eilers [SPD]: Grundstücke aufzukaufen!)

den Interessenten der Wirtschaft mehr unter die Arme greifen zu können.

(Abg. Eilers [SPD]: Jawohl!)

Wenn wir unsere Verwaltung so weiter ausbauen, meine Damen und Herren — ich meine, das ist ja kein Widerspruch, denn der Herr Bürgermeister und Frau Müller-Wolff haben das hier ja auch vorgebracht, unser Fraktionschef ja auch —, dann werden wir eines Tages nicht in der Lage sein,

(Abg. Eilers [SPD]: Gelände aufzukaufen!)

den Wünschen unserer Wirtschaft Rechnung zu tragen, und dann, meine Damen und Herren, wird wieder ein Bericht kommen wie von der Arbeiterkammer und wird meine Ausführungen, meine Bedenken und alle meine Sorgen, die ich vorgetragen habe, bestätigen, und dann werden Sie wieder, meine Damen und Herren, so wie es ja geschehen ist, versuchen, das wieder zu beschönigen.

(Abg. John [FDP]: Darüber können Sie sich doch freuen!)

Meine Damen und Herren, das können Sie doch alles gleich haben.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Dann hat Ihr Angebot doch keinen Zweck! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das ist doch kein weibliches Geschlecht! — Heiterkeit)

Frau Müller-Wolff, da Sie so nahe zusammen sitzen, muß ich Sie beide zugleich angucken.

(Heiterkeit)

In jedem Fall werden wir unser Augenmerk mehr als je auf die Wirtschaft legen und die Voraussetzungen dafür schaffen müssen, meine Damen und Herren, dieser Fülle der Aufgaben und Kosten, die auf uns zukommt, Rechnung tragen zu können.

(Abg. Fritz Meier [SPD]: Haben wir schon öfter gehabt!)

Das haben wir schon öfter gehabt, nur, Sie haben es nicht immer verstanden.

(Abg. Eilers [SPD]: Mehr nicht? Dann hätten Sie auch noch ein paar Zwischenfragen beantworten können!)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Oltmanns.

Abg. **Oltmanns** (FDP): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Bevor ich auf die Ausführungen von Herrn Dr. Schäfer näher eingehe, gestatten Sie mir einige kurze Bemerkungen zu den währungs- und wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die vor kurzem wirksam geworden sind. Einmal weil die Wirtschaft Bremens weitgehend vom Export abhängt, und zum anderen aber auch, weil wir, die Bundesrepublik, nicht allein in der Lage sind, die in Unordnung geratenen Währungen und Wirtschaftsverhältnisse der westlichen Welt in Ordnung zu bringen. Erstmalig ist im Jahr 1967 seit 20 Jahren ein echter wirtschaftlicher Rückgang zu verzeichnen gewesen. Und es ist erfreulich und erstaunlich, daß in so kurzer Zeit in der Bundesrepublik diese wirtschaftlichen Verhältnisse sich weitgehend gebessert haben, so daß wohl ohne Übertreibung gesagt werden kann, daß in der westlichen Welt die wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik als gut zu bezeichnen ist.

Ich möchte an dieser Stelle auch einmal zum Ausdruck bringen, daß die Arbeitnehmerschaft, vertreten durch die Gewerkschaften, ein erhebliches Maß an Verdienst sich errungen hat dadurch, daß sie während dieser schlechten wirtschaftlichen Rezessionszeit keine Lohnforderungen gestellt und keine Streikdrohungen oder Streiks durchgeführt hat.

(Beifall bei FDP und SPD)

Mir scheint, daß das Wort eines Wirtschaftsführers in diesem Zusammenhang das richtig zum Ausdruck bringt, indem er feststellt, daß gerade wir in Deutschland durch zwei Inflationen nach den verlorenen Kriegen alle daraus gelernt haben und alles vermeiden wollen, um wieder einmal inflationsähnliche Zustände zu bekommen. Ich meine, daß hier alle an einem Strang gezogen haben in dieser schlechten Zeit, Arbeitnehmer, Arbeitgeber und die Bundesregierung.

Die Verhältnisse in unserem Nachbarland Frankreich sind leider — und ähnliches gilt für England — nicht dazu angetan, freudig in die Zukunft zu sehen, was unsere Währungs- und Wirtschaftsverhältnisse betrifft. Vor den Mai-Unruhen in Frankreich konnte Frankreich einen Goldschatz mit einem Wert von 20 Milliarden durch seine Zahlungsbilanzüberschüsse ersparen, erarbeiten, und dieser gewaltige Schatz ist in einer ganz kurzen Zeit durch den Generalstreik und die Unruhen im Mai dahingeschmolzen. 500 Millionen Arbeitsstunden gingen durch den Streik verloren, so daß nach den Bereinigungen im Mai/Juni die Regierung gezwungen war, eine Lohnerhöhung von 13 Prozent zu genehmigen. Das hatte zur Folge, daß diese Lohnerhöhungen in Frankreich auf die Preise aufgeschlagen wurden und in kurzer Zeit eine echte Inflationsrate von 10 Prozent in Frankreich zu verzeichnen war. Die Folge davon war, daß Spekulationsgeld nach Deutschland transportiert wurde mit dem Ziel, D-Mark, die als stabil gilt, aufzukaufen. Wir sehen also deutlich, daß die Haltung der Gewerkschaften beziehungsweise der Arbeitnehmerschaft in diesem Lande und in England, wo wir ähnliche Verhältnisse haben, weitgehend beunruhigt wird durch das Verhalten der Bevölkerung.

Wir haben nun beschlossen — das heißt die Bundesrepublik —, den Ländern zu helfen, indem wir eine Exportsteuer von 4 Prozent, also eine Exporterschwernis, gesetzlich verankert haben und eine Importerleichterung. Das wird nach volkswirtschaftlicher Theorie dazu führen, daß nicht der gesamte für den Export vorgesehene Warenanteil im Ausland verkauft werden kann, sondern, daß ein Teil dieser Waren in Deutschland, im Binnenland, angeboten wird. Hinzu kommt noch als Erschwernis für unsere Wirtschaft, daß die Importe nach Deutschland ja erleichtert werden, indem 4 Prozent Mehrwertsteuer nachgelassen werden, so daß sich wahrscheinlich ein Überangebot auf dem Binnenmarkt zeigen wird. Das hat nach volkswirtschaftlicher Theorie in aller Regel die Folge von Preisstabilität, ja sogar von Preissenkung.

Die Situation in den anderen Ländern, insbesondere Frankreich und England, ist genau entgegengesetzt. Ich stehe nicht an, in irgendeiner Form die Entscheidung der französischen Regierung zu kritisieren, daß sie nicht abgewertet hat, wie allgemein angenommen wurde. Aber es zeigt sich doch bereits, daß die strengen Maßnahmen, die in Frankreich durch gesetzliche Regelung getroffen worden sind, in Gefahr sind, wenn die Arbeiterschaft nicht mitmacht. Und leider sind bereits gestern die ersten Streiks durchgeführt worden.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Zum Thema!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nun einige Ausführungen zu den Situationen, wie sie hier in Bremen und speziell in Bremerhaven sich ergeben. Ich darf auf Herrn Dr. Schäfers Ausführungen eingehen, indem er doch mehr oder weniger pessimistisch die Situation betrachtet hat, insbesondere was die Lage im Fischereihafen betrifft. Sicherlich ist sie nicht allzu rosig,

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Ist das kein Grund?)

aber nach den Ausführungen des Präsidenten der Industrie- und Handelskammer, Herrn Busse, Sie kennen ihn alle, der auf dem Gebiet der Fischerei Fachmann ist — diese Ausführungen sind in den Mitteilungen der Industrie- und Handelskammer abgedruckt —, wurde ein günstigeres Bild von der Fischereiwirtschaftssituation Bremerhavens gezeichnet. Ich stehe nicht an, dem zu widersprechen, weil ich glaube, daß er die Sache bestimmt besser übersehen kann.

Die Mittel, die das Land Bremen und der Bund der Fischerei zur Verfügung gestellt haben, um dem Schrumpfungsprozeß, wie sie sich ausdrückten, damit zu finanzieren — ich meine die Abwrackaktion —, sind, glaube ich, aus der wirtschaftlichen Betrachtung durchaus gesund. Denn wenn die Nachfrage nach Frischfisch weitgehend nachläßt, dann müssen die Kapazitäten verringert werden. Wenn die Nachfrage nach Frostfisch steigt, müssen entsprechende Schiffe zur Verfügung gestellt werden, die diesen Frostfisch dann anbieten können.

Im übrigen darf ich noch darauf aufmerksam machen, daß ein Fischereizweig in Bremerhaven gute Chancen hat, an Bedeutung zu gewinnen. Es handelt sich hier um die Kutterfischerei. Der von den Kuttern gelieferte Feinfisch erfreut sich immer größerer Beliebtheit. Land und Magistrat Bremerhaven versuchen, diese auswärtigen Kutterfischer nach Bremerhaven zu ziehen — was ihnen auch schon weitgehend gelungen ist —, indem Mittel zur Verfügung gestellt werden, um sich in Bremerhaven anzusiedeln, das heißt also Mittel für den Bau von Wohnungen beziehungsweise von Häusern.

Die Werftindustrie im Lande Bremen — soweit mir berichtet wurde — ist, was die Auslastung mit Aufträgen betrifft, durchaus für die nächsten Jahre günstig zu beurteilen. Außerdem glaube ich, daß die Maßnahmen der Bundesrepublik helfen werden, die 4 Prozent Exportsteuer durch die Bundesregierung ganz zu übernehmen, zumindest aber zu einem Teil. Ich meine, ein Ausblick auf das kommende Jahr braucht nicht so sehr pessimistisch gefärbt zu sein. Ich persönlich glaube, doch etwas optimistisch in die Zukunft sehen zu können, was die wirtschaftliche Situation des Landes Bremen und auch der Bundesrepublik betrifft. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei FDP und SPD)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Dr. Schäfer.

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Aufgrund meines vorhergehenden Vortrags bin ich von Herrn Senator Eggers und von einigen anderen Herren zum Teil angegriffen und zum Teil auch korrigiert worden. Ich habe nie verkannt, daß wir in Bremen eine ganze Menge für die Werftindustrie und so weiter getan haben. Ich war selbst mit dabei.

(Abg. Schubert [FDP]: Bravo!)

Was aber doch festzuhalten ist — und das ist ja immer wieder mein Reden die ganzen Jahre, in denen ich in diesem Hohen Hause mitarbeiten konnte, das weiß auch Herr Senator Eggers —, ich möchte etwas mehr Sicherheit in die wirtschaftliche Situation im Lande Bremen bekommen.

(Bürgermeister Koschnick: Möchten wir alle! — Abg. Schubert [FDP]: Wir auch!)

Wir haben, das ist doch festzuhalten, als negatives Beispiel wieder Bremerhaven anzusehen, dessen eine tragende Säule einmal die Fischerei gewesen ist, deren Schrumpfungsprozeß einwandfrei begonnen hat und noch nicht abgeschlossen ist. Zum anderen ist es die Konzentration der Fischerei-Flotten. Diese geht eindeutig nach Cuxhaven.

(Abg. Eilers [SPD]: Das ist doch nicht so, erfinden Sie so etwas doch nicht!)

Einen Moment, Herr Eilers, lassen Sie mich ausreden. Wenn Sie auch im Fischereihafen tätig sind, ich glaube, ich sehe und höre vieles. Das müssen Sie mir abnehmen. Ich lasse Sie notfalls, wenn Sie hier reden, auch ausreden.

(Abg. Koschek [CDU]: Notfalls! — Abg. Eilers [SPD]: Der Notfall könnte aber eintreten!)

Ja, bitte!

Meine Damen und Herren, in Cuxhaven ist eine Ausrüstung entstanden. Die ist nicht ausgelastet. Der Zug dorthin ist groß. Ich habe auf diese Tatsache hingewiesen. Man hat mir gesagt, daß große Schiffe nur nach Bremerhaven könnten zur Ausrüstung und zur Reparatur. Fünf Tage nachher ist diese Tatsache wieder ad absurdum geführt worden. Wir haben dort eine neue Werftgruppe, die diese großen Einheiten abfertigen kann, ohne daß sie nach Bremerhaven kommen. Sollten Fische angelandet werden, auch an Bord verarbeitete, kann man diese mit Kühllastwagen glatt nach Bremerhaven in die Kühlhäuser bringen. Das ist meine Meinung.

Die andere Seite — die Werftindustrie im Lande Bremen — ist gut ausgelastet. Das gebe ich gern zu. Meine Damen und Herren, aber eins ist doch sicher, daß die neue Auflage — Exportmehrbe-

lastung mit 4 Prozent — uns vor allem trifft. Wir wollen das doch nicht verniedlichen. Darum meine ich, daß außer der Förderung dieser Zweige die Gewinnung weiterer Industriearten, die gerade der Senator für Wirtschaft durch seine großangelegte Werbung versucht hat, mal irgendwie real einen Anfang zeigen würde. Ich habe Ihnen Beispiele angeführt, ich habe Ihnen vorhin gesagt, die AEG habe in Verden, in Wittmund einen Betrieb aufgemacht und investiert. Die Frage steht mit zur Diskussion.

(Glocke)

Herr Präsident?

Präsident Engel: Herr Dr. Schäfer, sind Sie bereit, eine Zwischenfrage des Abgeordneten von Groeling-Müller zu beantworten?

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Sehr gern, soweit ich es kann, Herr Präsident!

Präsident Engel: Bitte, Herr von Groeling-Müller!

Abg. **v. Groeling-Müller** (FDP): Herr Kollege Dr. Schäfer, ist Ihnen bekannt, daß die Bundesregierung hat verlauten lassen — ich muß Ihre Position im Bund vertreten —, daß der Bund für den Schiffbau die Lasten der Exportsteuer übernimmt?

Abg. **Dr. Schäfer** (CDU): Es ist mir bekannt, daß man das vorhat. Bisher habe ich noch keine schriftlichen Unterlagen und auch noch keinen Entscheid gesehen.

(Abg. Oltmanns [FDP]: Etwas mehr Vertrauen, Herr Dr. Schäfer!)

Meine Damen und Herren, es ist vorhin durch Herrn Dr. Franke und durch Herrn Stäcker die Frage der Arbeitnehmer angeklungen. Ich stimme mit Ihnen überein, daß wir unbedingt diese Frage im Auge behalten müssen. Bis jetzt sind wir gut davongekommen.

(Abg. Schnakenburg [SPD]: Das war gute Wirtschaftspolitik!)

Außer Bremerhaven! Die Arbeitslosenquote in Bremen mit 1,2 Prozent ist noch nicht alarmierend. Für Bremerhaven ist die Lage etwas schwieriger. Und wenn Sie umschulen — und Sie sagten vorhin, Herr Stäcker, daß die Schwierigkeit doch gegeben ist, die Leute hielten zurück, und auch warum halten sie zurück — dann ist dies doch ganz klar: Die Leute wissen nicht wohin, wissen nicht, was aus ihnen werden soll. Sie fangen an, sich umschulen zu lassen, aber es ist keine Möglichkeit vorhanden, in einem ähnlichen Betrieb dann angestellt zu werden. Meine Damen und Herren, das ist doch das Primäre: Wenn wir diese Frage angreifen, müssen wir doch vorher irgendwie eine Basis haben, eine Konzeption, wo wir hinmaschieren wollen. Und darum gibt es bislang für mich keine Konzeption. Ich suche sie ja auch zu erarbeiten, ich weise darauf hin, und ich möchte auch intensiver mitarbeiten. Nur, mir fehlen dann wieder die entsprechenden Voraussetzungen, die der Herr Senator für Wirtschaft nur kennt oder vielleicht Ihnen nachher noch sagen kann. Er hat sie irgendwo in seinem Töpfchen und will mich hier überraschen oder überfahren.

(Abg. v. Groeling-Müller [FDP]: So ein Böser!)

Ich bin mir in dieser Hinsicht ganz klar, damit Sie meine Sorgen um dieses Problem kennen. Ich stelle mich nicht jedes Jahr hierher, Herr Senator für die Wirtschaft, um Sie zu ärgern, sondern ich möchte die Probleme nicht vom Tisch kommen lassen. Das ist mein Problem.

Ich bin vorhin nicht zu Ende gekommen. Ich möchte es kurz nachholen. Meine Überzeugung geht dahin, daß wir die Werbung tatsächlich intensivieren sollten, und zwar nicht von der Verwaltung aus, sondern man sollte, wenn schon die Verwaltung ein Gremium von Experten bildet, dies von dieser Stelle, gezielt in Industrien, die entwicklungsfreudig sind im Hinblick auf eine Hafen- oder Küstennähe, tun.

Der zweite Gesichtspunkt, den Herr Koschek vorhin angesprochen hat, zu dem stehe ich nach wie vor. Wir haben zu wenig Gelände anzubieten, und darum — ich werde das nachher nochmals kurz begründen — der Änderungsantrag der CDU, einen Mehrbetrag noch dazuzugeben, damit wir tatsächlich etwas großzügiger arbeiten können. — Danke schön!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr Herr Bürgermeister Koschnick.

Bürgermeister Koschnick, Präsident des Senats: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, ein, zwei oder drei Jahre ist es her, als ich hier einmal schon meinen hohen Respekt zollte — dem Wirtschaftstheoretiker der CDU, Herrn Koschek. Ich wiederhole das!

(Abg. Schnakenburg [SPD]: Ha! Ha! Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Sie haben die Theorie auch noch nicht begriffen!)

Im Ernst! Es ist wirklich so, daß ich hier jedes Jahr etwas Neues von ihm erfahre, und das bildet mich, da ich kein Volkswirtschaftler bin, ungemein.

(Zurufe von der CDU)

Bildung muß nicht unbedingt wertvoll sein, sie kann auch wertfrei sein, sie dient einfach der menschlichen Entfaltung. Ich muß in aller Bescheidenheit sagen: Ständiges Wiederholen von bestimmten Dingen bedeutet nicht unbedingt, daß die Wahrheit wiederholt wird. Aber ich unterstelle ihm, daß er stets in gutem Glauben wiederholt hat. Mehr, so glaube ich, brauchen wir zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Koschek nicht zu sagen.

Anders allerdings sind die Anregungen und Überlegungen des Herrn Abgeordneten Dr. Schäfer. Zu dem Problem, ob Bremen wirklich die Schwesterstadt Bremerhaven mit öffentlichen Mitteln oder öffentlicher Planung unzureichend bedenkt, lassen Sie mich einige wenige Dinge sagen.

Zunächst einmal wissen wir alle in diesem Hohen Haus von der problematischen Wirtschaftsstruktur dieser unserer Schwesterstadt. Drei Beine hat sie nur, die Werftindustrie, die Fischerei und den Hafenumschlag. Was fehlt, ist die breite Mitte aller übrigen Betriebe, die notwendig wären, um wirklich das Gewerbepotential der Stadt zu ergänzen. Das wissen wir.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, in all den drei Bereichen, die angesprochen sind, ist Bremerhaven dennoch eine Stadt mit Zukunft. Die allgemeine Strukturkrise in der Fischerei ist kein deutsches, ist ein europäisches und ein internationales Problem. Und dennoch wissen wir, daß spätestens in den Jahren ab 1975 die Frage der Welternährungssituation, im besonderen die Fischerei, unter völlig neuen Auspizien zu sehen ist. Es kommt einfach darauf an, eine bestimmte Periode allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung so abzufangen und so abzusichern, daß in diesen Jahren dann die Fischerei ausreichend schlagkräftig ist. Ich bin sicher, daß auch dann noch Bremerhaven auf dem Kontinent der größte Fischereihafen sein wird. Mit Verschiebungen natürlich: mehr Frostfisch als Frischfisch, weiter durch stärkere Betonung etwa für unseren norddeutschen Bereich der Kutterfischerei, wie auch der Förderung anderer Bereiche der Fischerei.

Ich darf mir hier erlauben, auf die Heringsfischerei hinzuweisen. Es ist ein krankes Kind, unserer Heringsfischerei. Die Sorgen kennen wir. Die Heringsfangplätze haben sich verlagert, wir müssen viel weiter 'rausfahren, um Heringe zu fangen, und dennoch haben wir die sichere Hoffnung, daß in einigen Jahren in Bremerhaven der zentrale Standort unserer deutschen Heringsflotte ist, mit all den Möglichkeiten, die sich dann ergeben werden.

(Abg. Oltmanns [FDP]: Heute schon! — Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Die hat uns Emden weggeholt!)

Jetzt wird geklagt, die hat uns Emden weggeholt! Also manchmal weiß man wirklich nicht, was man sagen soll.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Es ist trostlos!)

Man kann uns aber kein Argument entgegenhalten, daß nicht alles getan worden ist, was der Stärkung der Bremerhavener Wirtschaft dient.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das ist wirklich trostlos!)

Ich meine, das ist wirklich trostlos! Wir haben versucht, die Heringsfischerei in Bremerhaven zu konzentrieren. Wir bemühen uns, die vorhandene Flotte wirtschaftlich so zu stärken, daß sie rentabel arbeiten kann. Wir bemühen uns, in weiterer Kooperation auch mit anderen Reedereien außerhalb Bremerhavens, hier vernünftige Verbundsfunktionen zu schaffen, um eine Sicherheit für den gesamten Bereich zu bringen. Und ich darf Ihnen sagen, daß nach allen Prognosen, die wir haben, wir wirklich hoffen können, daß die Fischerei auf Dauer von Bestand mit guten Ergebnissen in Bremerhaven arbeiten wird.

Wir werden allerdings noch gemeinsam einige schwere Jahre durchstehen müssen. Das wissen wir, und das wissen wir nicht nur in Bremen. Vielleicht haben die Damen und Herren der Christlich-Demokratischen Union die Möglichkeit, einmal mit ihren Parteifreunden in Schleswig-Holstein zu sprechen und sich über das Fischereiwesen in Kiel zu unterhalten. Vielleicht besteht die Möglichkeit, sich auch mit der Opposition in Hamburg zu unterhalten, um das Problem der Hamburger Fischerei zu begreifen. Vielleicht haben Sie die Möglichkeit, sich auch mit Ihren Parteifreunden in der Regierung in Niedersachsen zu unterhalten, um die Probleme zu kennen, die mit diesem Bereich zusammenhängen.

Wir bemühen uns, mit erheblichen öffentlichen Mitteln hier eine vernünftige Basis zu schaffen. Aber ich bin nicht bereit, alles das, was wir konkret zur Stärkung der Fischerei tun können, en detail auf den Tisch des Hauses zu legen. Sie, die Sie in der Wirtschaftsdeputation sind, wissen genau, was wir konkret tun. Und im übrigen muß ich noch etwas für den Senat sagen: Wir sind einfach nicht in der Lage, alle unsere Wirtschaftsförderungsmaßnahmen immer lauthals nach draußen zu posaunen.

(Abg. Schubert [FDP]: Richtig!)

Wir müssen einfach gemeinsam den Mut haben, bestimmte Dinge im stillen zu tun, denn die Wirtschaft erwartet unser Vertrauen und daß wir schweigen können.

(Starker Beifall bei SPD und FDP)

Das zweite, die Werftindustrie: Wir sorgen uns mit Ihnen, daß die Exportsteuer sich nicht zuungunsten der deutschen Werftindustrie und vor allen Dingen der Werftindustrie an der Unterweser auswirkt, die ja überwiegend exportorientiert ist. Aber, sehr geehrter Herr Abgeordneter Dr. Schäfer, jetzt sage ich als stadtbremischer Vertreter etwas: Die Sorgen sind in Bremen größer als in Bremerhaven.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Weiß ich!)

Die Bremerhavener Werften sind Gott sei Dank sehr viel stärker mit deutschen Schiffbauaufträgen ver-

sehen als etwa die Großwerft in Bremen, die AG Weser.

(Zurufe von der CDU)

Ich spreche die Werften insgesamt an. Sie müssen also die Dinge einmal in ihrer Breite sehen. Und gleichwohl vertraue ich darauf, daß die Zusagen, die der Herr Bundeswirtschaftsminister Professor Schiller und der Bundesfinanzminister Strauß nicht nur den Kabinettsmitgliedern von uns, sondern auch den bremischen Bundestagsabgeordneten gegeben haben, eingehalten werden.

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Im Bundesrat auch!)

Ja, deswegen sagte ich eben: Ich vertraue darauf.

Wir werden einige schwierige Positionen gemeinsam durchzugehen haben. Wir müssen aber auch anerkennen, daß eine generelle Aufwertung — ich sage es noch einmal — nicht nur viel stärker in die Werften reingeschlagen hätte, sondern auch in die gesamte Schiffahrtspolitik überhaupt.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Sehr richtig! — Beifall bei der SPD)

Die ganzen Frachtenraten wären in Gefahr gekommen. Und wenn ich einmal sehe, wie stark die Werften in Bremerhaven ausgelastet sind, dann habe ich die Hoffnung, daß wir eine langfristige, kontinuierliche Beschäftigung in diesem Bereich haben. Ich würde hier sagen, eine Beschäftigung, die einen Zeitraum von über zwei Jahren absichert. Sie gibt uns die Möglichkeit, langfristig um weitere neue Aufträge bemüht zu sein.

Der dritte Bereich ist der Hafen. Man spricht vom „sterbenden Hafen" in Bremerhaven. Meine Damen und Herren, das kann nur jemand sagen, der nicht gewillt ist, zu sehen und anzuerkennen, was in den letzten Jahren vornehmlich mit Blickrichtung auf Bremerhaven getan worden ist.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Eben!)

Wo sind denn unsere großen Investitionen im Ansatz jetzt gelandet? Was wird im Bereich der eigenen Hafenpolitik konzentriert in Bremerhaven vorgenommen? Und da spreche ich nicht nur vom Container-Terminal. Und ich verrate Ihnen kein Geheimnis, daß wir uns in sehr kurzer Zeit in der Koalition noch gemeinsam überlegen müssen, mit einer besonderen Kraftanstrengung eine besondere Maßnahme für Bremerhaven zu bewerkstelligen. Ich will aber hier meinem Kollegen Dr. Borttscheller nicht die Butter vom Brot nehmen.

(Abg. Klein [CDU]: Höchstens Margarine! — Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Das ist heute ein vollwertiges Nahrungsmittel!)

Das mag er noch insonderheit verkünden. — Auch die Margarine ist ein Teil der Ernährung, vollwertiges Nahrungsmittel!

Man kann nur immer wieder sagen, daß die Hafenpolitik des bremischen Senats mit Schwergewicht auf Bremerhaven orientiert ist, daß wir bemüht sein werden, die Umschlagsmöglichkeiten, die Umschlagsanlagen und eine bessere Anbindung an die offene Kaje im Seeumschlag zu erreichen, daß wir uns bemühen werden, weitere Schiffahrtslinien auf Bremerhaven zu konzentrieren, und am Fischereihafen zusätzliche Industrieproduktion anzusiedeln, um von daher eine Gesamtauslastung zu erreichen, daß wir uns bemühen, daß bremische Firmen, wenn sie expandieren wollen, nach Bremerhaven gehen.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Das ist gut!)

— Danke sehr! — Und dann ist das kein Problem mehr mit den Grundstücken, Herr Abgeordneter Dr. Schäfer.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Weiß ich!)

Oh, Sie wissen das! Dann wäre ich Ihnen sehr dankbar gewesen, wenn Sie dem Hohen Haus gesagt hätten, daß es unser Problem ist, daß wir bereits einen Arbeitskräftemangel im Land Bremen haben, auch in Bremerhaven, daß wir für bestimmte Industriebereiche nicht genügend Arbeitsplätze bekommen und daß es schwierig ist, bestimmte Betriebe in unserem Bereich anzusiedeln, daß die Industrie ins flache Land hineingeht, weil dort unter Umständen Arbeitskräfte, insbesondere Frauen, günstiger zu bekommen sind. Wenn man das weiß, sollte man das hier sagen, um eine Gesamtkomposition der Überlegungen für unser Land zu bekommen.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich bemühe mich wahrhaftig mit meinen Kollegen im Senat um eine besondere Förderung für Bremerhaven, weil wir genau wissen, daß der wirtschaftliche Schwerpunkt der Förderungsmaßnahmen in Bremerhaven liegen muß, weil insgesamt diese Stadt ein unterdurchschnittliches Gewerbesteueraufkommen hat, eingeschlossen die bremischen Hafenanlagen in Bremerhaven wegen der sehr engen Verzahnung mit der Schiffahrt. Wir bemühen uns ernsthaft darum, und wir haben in gemeinsamen Absprachen mit den Präsidien beider Kammern in Bremerhaven und Bremen auch entsprechende gemeinsame Vorstellungen entwickelt, die von beiden Seiten anerkannt werden.

Aber ich bitte Sie jetzt ganz herzlich und ganz dringend, erwarten Sie bitte nicht hier, daß wir über jede Überlegung, die mit den verschiedensten Unternehmen angestellt werden, hier offen in diesem Haus sprechen, weil es dann doch keinen Sinn mehr hat, mit bremischen oder Bremerhavener oder anderen Unternehmern über die Frage von Standortveränderungen zu sprechen. Und noch etwas!

Wir können viel tun, wir können Grundstücke anbieten, wir können uns unterhalten über vernünftige Grundstückspreise, wir können Verkehrsanbindungen durchführen, wir können eine ganze Reihe von Dingen andienen, aber eines können wir nicht: Wir können die Standorte nicht verändern. Der Unternehmer entscheidet sich in der jetzigen Wirtschaft vornehmlich nach den Standortgegebenheiten,

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Verkehrsgegebenheiten!)

wie da sind Verkehrsgegebenheiten, Infrastruktur, Arbeitsplätze, Verkehrsanbindung, Boden. Alles dies ist eine Frage mit, und, wie ich meine, künftig auch die Frage der Freizeitwerte und der Bildungswerte, die mit angeboten werden. Aus diesem Grunde stehe ich so nachhaltig zur Universität in Bremen, um in diesem Raume auch von daher Angebote machen zu können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Natürlich spielt auch die Steuer eine Frage. Aber Sie

(Abg. Dr. Cassens [CDU]: Muß unbedingt kommen!)

selbst, Herr Abgeordneter Dr. Cassens, wissen, daß im Rahmen der großen Diskussion über die Gemeindesteuerreform vom Bundestag noch voraussichtlich im Dezember, Anfang Januar entschieden wird, daß es in zwei bis drei Jahren keine Veränderung mehr geben darf bei sämtlichen kommunalen Steuern, um einmal den Ausgleich und die Auspendlung der Steuern in allen Bereichen zu erkennen. Deswegen können wir heute die Steuerfrage nicht mehr in den Vordergrund schieben.

Im übrigen ist das alles eine Frage der Kosten. Für einen kapitalintensiven Betrieb wird die Steuer von einer anderen Bedeutung sein wie etwa für einen personalintensiven Betrieb. Für eine Sache, die einen Wasserverbund haben muß, wird das Wasser von wichtigerer Bedeutung sein als für einen reinen Produktionsbereich, dessen Absatz etwa auf dem Binnenmarkt liegen wird.

Alles Fragen, die wir sehen und die Sie doch kennen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wie oft ist hier in diesem Hohen Hause, früher von dem Fraktionsvorsitzenden auch meiner Fraktion, wie im letzten Jahr von Ihren Vertretern deutlich gemacht worden, woran wir kranken. Um wieviel später sind die norddeutschen Häfen und um wieviel später ist die Küste angeschlossen worden an den eigentlichen Kernbereich des europäischen Wirtschaftszentrums! Wie lange hat es gedauert, bis die Autobahn fertiggestellt worden ist! Noch immer haben wir einige Schwierigkeiten mit der Elektrifizierung, noch immer haben wir unsere Sorgen mit der Mittelweserkanalisierung, um nur einige Bereiche anzusprechen. Und heute hoffen wir, daß es zügiger und klarer vorangeht, als es früher der Fall war, und auch heute noch behalten wir unsere besonderen Besorgnisse wegen der besonderen Präferenzen, die die Niederländer sich in den letzten Jahren erworben haben. Ich spreche es nur einmal vorsichtig an.

Aber mehr, meine sehr verehrten Damen und Herren, mehr als wir angeboten haben, als wir vorgeschlagen haben, als wir in Zusammenarbeit mit dem Magistrat von Bremerhaven getan haben, können wir effektiv nicht anbieten. Sagen Sie uns konkret, wo wir in Bremerhaven nicht für ausreichende Grundstücke gesorgt haben, wo wir versäumt haben, entsprechende, wirtschaftlich vernünftige, lautere — bewußt nicht unlautere — Angebote den Unternehmern gemacht zu haben. Wenn Sie das sagen können, bin ich bereit, den Dingen nachzugehen. Mit allgemein platonischen Erklärungen kommen wir nicht weiter.

(Abg. Gisela Müller-Wolff [SPD]: Finde ich auch!)

Deshalb, meine Damen und Herren, möchte ich noch ein kurzes Wort zu „Prins Hamlet" sagen. Herr Senator Eggers hat darauf hingewiesen, daß ein Unternehmer aufgrund eines lukrativen Angebots einen Millionengewinn gemacht hat. Das ist in dieser Wirtschaft ja wohl nichts Unanständiges, das ist ein Teil dieser wirtschaftlichen Ordnung. Dem Reeder und Inhaber mache ich deshalb keine Vorwürfe. Das Problem ist aber, daß eine hamburgische Reederei, die überwiegend im Staatsbesitz ist, mit enormen öffentlichen Mitteln das Schiff über Preis weggekauft hat, um eine Linie von Bremerhaven nach Hamburg zu ziehen. Das bedauere ich in aller Eindeutigkeit. Nur, die Antwort kann nicht sein: Warum haben Sie nicht mitgezogen? Die Antwort kann nicht sein: Warum nehmt ihr Bremer keine eigene Staatsreederei, seid ihr so blind rund um den Roland?, wie ich es in einigen Zeitungen gelesen habe.

Die Antwort kann auch deshalb nicht so sein, Herr Abgeordneter Dr. Schäfer, weil ein hier in diesem Hause langjähriger Abgeordneter, der, wenn ich recht erinnere, ein namhaftes Vorstandsmitglied Ihrer Partei gewesen ist — sein Name ist Noltenius —, hier in diesem Hohen Hause, als wir uns über das Debakel der „Bremerhaven" unterhalten hatten, für die CDU erklärt hat: Nie wieder würde er es zulassen, daß es eine bremische Beteiligung an einer Reederei gibt! Heute wirft man uns vor, daß wir das nicht getan haben, wovor der langjährige CDU-Vorsitzende gewarnt hat.

Was ist das für eine Sprache, von Jahr zu Jahr mit unterschiedlichen Argumenten zu arbeiten? Lassen wir uns doch auch in der Wirtschaftspolitik über eine Sprache, über eine Vorstellung, über eine Zielsetzung einigen, und suchen wir da, wo wir helfen können, nach gemeinsamen Wegen. Das biete ich an. Wenn Sie Vorschläge haben, wir nehmen sie ernst. Aber bitte, werfen Sie uns nicht jedes Jahr mit unterschiedlicher Argumentation

Dinge vor, die zum Schluß nicht mehr beweisbar sind. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr der Abgeordnete Boljahn.

Abg. **Boljahn** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Von unserem Kollegen Oltmanns sind so freundliche Worte an die Adresse der deutschen Arbeitnehmer gerichtet und an die vorbildliche Haltung der deutschen Gewerkschaften erinnert worden. Ich hoffe, Herr Kollege Oltmanns, daß das nicht rhetorische Randbemerkungen gewesen sind. Ich komme gleich zu der Frage, die ich an die Fraktion der FDP stellen möchte. Ich möchte nur noch in Erinnerung rufen, daß die wirtschaftliche Rezession des Jahres 1966/1967 den Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Opfer abverlangt hat, die einmalig in der Wirtschaftsgeschichte nach 1945 dastehen.

(Abg. Brouwer [NPD]: Und den Arbeitgebern nicht?)

— Dazu komme ich gleich. — Sie haben nicht nur freiwillig gewährte soziale Leistungen von heute auf morgen als gestrichen ansehen müssen, sie haben nicht nur in Fragen von Lohn und Gehalt stillgehalten, sondern sie haben nachweisbar pro Arbeitnehmer eine Einbuße von 500 DM pro Jahr hinnehmen müssen.

Jetzt haben Sie die Frage gestellt: Und die Unternehmer? Die Unternehmer haben im ersten Halbjahr 1968 — das ist keine Feststellung von mir, sondern eine Feststellung des Bundeswirtschaftsministeriums — eine Nettogewinnrate von 24,8 Prozent gehabt.

(Abg. Brouwer [NPD]: Das ist doch reine Theorie!)

Die Theorie stammt nicht von mir, die stammt vom Bundeswirtschaftsminister. — Die Arbeitnehmer haben eine Nettozuwachsrate von 2,7 Prozent gehabt. Daraus gibt es eine Schlußfolgerung: Wenn wir nicht zu einer Stärkung der Massenkaufkraft kommen, werden wir uns über diese Fragen des wirtschaftlichen Aufschwungs über kurz oder lang dann wieder mit anderen Problemen auseinanderzusetzen haben.

Nun, Herr Kollege Oltmanns, weil die Haltung der deutschen Gewerkschaften in diesen Jahren so glänzend und für die deutsche Wirtschaft so ertragreich war, kommt meine Frage: Ich hoffe, daß Ihre politischen Freunde, die im Deutschen Bundestag sicher eine sehr klare Haltung, die auch meine eigene war, gegen die Verabschiedung der Notstandsgesetzgebung eingenommen haben, jetzt ihre wirtschaftlichen Überlegungen, die Sie hier eben zum Ausdruck gebracht haben, in Fragen der Mitbestimmung der Arbeitnehmer in der Wirtschaft genauso entscheidend vertreten werden wie die Dankesadresse, die Sie an diese deutschen Arbeitnehmer gerichtet haben.

Diese Wirtschaft wird auf Dauer nur funktionieren auf der Ebene des Vertrauens untereinander und miteinander. Neben der politischen Demokratie muß in dieser deutschen Bundesrepublik auch die wirtschaftliche Demokratie eingeführt werden, wenn wir in unserem Land nicht Zustände wie in Frankreich, in Italien und in anderen europäischen Industrienationen haben wollen.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die eine Seite.

Die zweite Seite, meine Damen und Herren, ist die Antwort des Präsidenten des Senats, Herrn Bürgermeister Koschnick: Was hat es hier eigentlich für einen Sinn, in diesem Hohen Hause jedes Jahr wieder an Hand von Einzelbeispielen immer etwas darzustellen, was anscheinend auseinandergeht. Es ist doch in diesem Hohen Hause unbestritten: Es gibt in Bremen und in Bremerhaven Strukturschwächen der Wirtschaft. Das ist aber doch keine neue Erkenntnis, die im Jahre 1968 festgestellt worden ist, sondern das haben wir gemeinsam schon vor Jahren festgestellt. Die Frage ist doch nur: Wie können wir struktur- und arbeitsmarktpolitische Schwächen unserer beiden Städte gemeinsam durch neue Entwicklungen, durch neue Wege verbessern!

(Abg. Klein [CDU]: Völlig richtig! — Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Sehr schön!)

Die Voraussetzung, Herr Kollege Dr. Schäfer, ist nach meiner Auffassung nicht die Darstellung, die sind jetzt dort oder dort oder dort hingegangen, die sind von Bremerhaven ausgewandert, oder die anderen sind wieder da hingegangen. Wenn wir gemeinsam nicht lernen und erkennen, daß Wirtschaftsfragen nicht mehr unter der Perspektive einer Stadt oder eines Landes, sondern von Wirtschaftsräumen und Wirtschaftsregionen gesehen werden müssen, werden wir niemals zu gemeinsamen Erkenntnissen und Schlußfolgerungen kommen können.

(Abg. Klein [CDU]: Das ist auch nichts Neues!)

Das ist auch nichts Neues. Aber wenn das nichts Neues ist, Herr Kollege Klein, dann kann man hier nicht so argumentieren, um der Wirtschaft oder der Politik des Landes Bremen etwas zu unterstellen, was in Wirklichkeit nicht da ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist die Feststellung. Wenn Wirtschaftsregionen gesehen werden müssen, dann müssen wir doch eine Erkenntnis gemeinsam haben: Jede Stärkung der Wirtschaftsregion der beiden Städte Bremen und Bremerhaven bringt dem Ballungsraum dieser Wirtschaftsregion, nämlich dem Ballungsraum Bremen, direkt oder indirekt Gewinn. Wir

haben nur dafür zu sorgen, daß wir langfristig wirtschaftliche und technische Daten in der Entwicklungstendenz rechtzeitig sichtbar machen, um Veränderungen der Wirtschaftsstrukturen rechtzeitig zu erkennen und daraus bestimmte struktur- und arbeitsmarktpolitische Voraussetzungen für morgen zu schaffen.

(Abg. Koschek [CDU]: Das haben Sie nicht getan!)

Meine Damen und Herren, dazu gehört auch, daß wir uns endlich gemeinsam auf eine Sprache einigen, weil ich der Auffassung bin, daß wir hier nicht argumentieren können, wenn wir über Grundstücke und Grundstückspolitik reden, daß es um Millionen oder Hunderttausende von Quadratmetern geht oder nicht geht, was wir haben oder was wir nicht haben. Die Industrie- und wirtschaftliche Ansiedlungspolitik hat im Laufe der letzten Jahre entscheidende Veränderungen mit sich gebracht. Wir müssen heute investieren, um wirtschaftlichen Entwicklungstendenzen von morgen Rechnung zu tragen. Das ist eine Frage der Gesamtpolitik unseres Haushalts. Das ist eine Frage der gesamten Verschuldungspolitik unseres Haushalts und kann nicht an Einzelbeispielen hier pro oder contra dargestellt werden.

Ein entscheidender Hemmschuh unserer wirtschaftlichen Ansiedlungspolitik nicht nur des Landes Bremen und nicht nur von Niedersachsen, sondern der gesamten norddeutschen Küste, ist die Frage der Tarifgestaltung innerhalb der Energiepolitik.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr gut!)

Solange die Grundlage der Energiepolitik auf Braunkohlenbasis preislich Vorteile ermöglicht, ist natürlich jede wirtschaftliche Ansiedlungspolitik von erheblichen Schwierigkeiten durchsetzt. Die andere Frage — das ist aber auch eine gemeinsame Erkenntnis — ist die Frage der Verkehrsleitpläne der gesamten norddeutschen Küste.

Meine Damen und Herren, ich hätte es doch jetzt sehr leicht, zu sagen, es bringt doch nichts ein, wenn ich Ihnen das noch einmal erkläre. Aber, wer hat denn dafür im Negativen entscheidend politisch die Weichenstellung für die norddeutschen Küstenländer in den letzten Jahren vorgenommen? Wer ist langsam dabei, diese Verkehrsleitpläne den tatsächlichen Gegebenheiten dieses Wirtschaftsraums entsprechend zu gestalten? Meine Damen und Herren, wenn wir in größeren Wirtschaftsräumen denken, dann ist eine der entscheidenden Voraussetzungen für morgen, daß unsere Weserübergänge den technischen Erfordernissen, die heute der Verkehr an uns stellt, auch gerecht werden. Dann kann nicht der letzte Weserübergang Bremen-Mitte sein, sondern wir müssen auch die Querverbindung von der Jade zur Weser und von der Weser zur Elbe im Rahmen einer direkten Querverbindung von Schleswig-Holstein bis zur holländischen Küste ermöglichen.

Aber alle diese Erkenntnisse können wir nur dann gemeinsam verwirklichen, wenn wir uns gemeinsam bemühen, uns hier nicht immer gegenseitig zu bescheinigen, was der eine wohl wieder falsch gemacht hat, sondern die entscheidende Frage, ob es im Rahmen des föderalistischen Staatsaufbaus der Bundesrepublik noch ein Land Bremen gibt, wird entscheidend davon abhängen, ob wir die Fragen von morgen gemeinsam lösen können.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr der Abgeordnete Dr. Klink.

(Abg. Dr. Klink [SPD]: Ich verzichte!)

Herr Abgeordneter Dr. Klink verzichtet!

Das Wort hat der Abgeordnete Gassdorf.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als Herr Wirtschaftssenator Eggers einige Ausführungen in Verbindung mit „Prins Hamlet" machte, erlaubte ich mir die Anmerkung „traurig", und ich darf in diesem Zusammenhang wohl sagen, daß ich es nicht aus einem leichtfertigen Empfinden heraus gesagt habe, sondern vielmehr getragen aus den Erfahrungen des täglichen Konkurrenzkampfes, in dem ich, das darf ich hier feststellen, seit vielen Jahren stehe, und der sich auseinanderzusetzen hat in der Rivalität zwischen Hamburg, Bremen und den Westhäfen.

Ich stelle hier in der Tat für mich fest und darf, glaube ich, auch meine politischen Freunde darin einschließen, daß wir mit Genugtuung vor noch nicht langer Zeit haben feststellen dürfen, daß Bremen der führende Containerhafen war, daß Bremen und schließlich auch Bremerhaven federführend und bahnbrechend waren, als es um eine neue Fährverbindung zwischen einem deutschen Hafen und England ging. Das, glaube ich, darf hier durchaus anerkannt werden. Allerdings muß ich auch ebenso und ein wenig bestürzt feststellen, hat uns der Hamburger Hafen mehr und mehr unterlaufen, und er ist dabei, uns, so möchte ich einmal sagen, wirklich die Butter vom Brot zu nehmen.

Mit Bedauern wird hier zum Beispiel in der „Nordseezeitung" vom 5. Dezember ausgeführt: Die Hamburger handeln anders. **Und dann heißt** es — ich darf mit Genehmigung des Herrn Präsidenten zitieren —: „Der Senat wollte die Flagge schon streichen, als es damals um die Verbindung Columbuskaje — Helgoland ging, und ähnlich war es jetzt auch, als es hier um die Verhandlungen ging, daß Hamburg unbedingt auch eine Fährverbindung haben wollte."

Ich habe mit Bedauern zur Kenntnis genommen, daß der Herr Wirtschaftssenator hier sagte, er habe von diesen Verhandlungen gewußt. Ich meine, wir hätten das verhindern müssen. Wir wollen uns doch ganz klar und präzise überlegen: Wie konnte Ham-

burg überhaupt eine Container-Linie nach Hamburg bekommen? War das nicht auch möglicherweise aufgrund von abgezweigten Steuergroschen möglich? Warum wollen wir hier in Bremen — so hat es den Anschein — immer nur im Nachhinein Geschäfte machen oder uns häufig nur erst dann bereitfinden, etwas zu opfern, wenn wir merken, daß es schon verloren war? Wir kennen diese Situation, und ich meine, sie betrübt irgendwie, weil so gut in Gang gekommene Angelegenheiten dann schließlich doch eben werbetechnisch nach außen hin so nicht vertreten werden können, wie wir sie uns ursprünglich einmal vorgestellt haben.

Was passiert mit dem „Prins Hamlet"? Im nächsten Jahr haben wir während der gesamten Sommersaison keinen Personenfährverkehr zwischen Bremerhaven und England. Ich finde das über alle Maßen bedauerlich.

(Senator Eggers: Wir auch!)

„Wir auch", Herr Wirtschaftssenator! Das ist vollkommen richtig, aber meinen Sie nicht, daß wir das dann wenigstens werbetechnisch anders hätten ausnutzen müssen? Warum nutzt der Hafen Hamburg die Wirtschaft Hamburgs so aus? Warum bezieht Hamburg die Presse in seine Überlegungen ein? Warum stellt man nach außen hin dar: Wir haben den Bremerhavenern ein Schiff weggekauft?

Wir sagen im Nachklang, das Schiff war sowieso alt, wir kriegen ein neues. Hätten wir nicht vorher sagen können, das Schiff brauchten wir nicht mehr, wir stellen es unserer kleinen Schwesterstadt Hamburg zur Verfügung?

(Lachen bei der SPD und FDP — Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, es sieht etwas nach billiger Situationskomik aus.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Das ist es auch!)

Danach ist mir gar nicht zumute! Es geht darum, was wir einfach nach außen hin verkaufen, meine Damen und Herren, und von daher muß ich hier feststellen, bin ich ein wenig unglücklich über diese Maßnahme des Senats,

(Abg. Ströh [SPD]: Das glauben Sie, das nehme ich Ihnen ab!)

und ich habe das Gefühl, daß wir hier nicht so ganz das politische Gespür bewiesen haben, was eigentlich hätte an der Tagesordnung sein müssen. Und wenn es sich hier nun mal so darstellt, daß wir jetzt diesen unglücklichen Eindruck in der Öffentlichkeit machen, dann bleibt doch ganz sicher auch der ungute Eindruck bestehen, daß ein ähnlich unglückliches Taktieren und Handeln, wie es hier geschah, möglicherweise auch auf anderen Bereichen der Wirtschaft vorliegen kann. Und wenn dem so wäre, wäre mir in der Tat nicht wohl zumute. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Ströh.

Abg. **Ströh** (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich meine, es wird hier für meinen Geschmack zuviel von der Wirtschaftspolitik gesprochen, wobei, so meine ich, die Arbeitsmarktpolitik ein wenig zu kurz kommt. Ich bin deshalb, angergt von den Ausführungen des Herrn Kollegen Stäcker, noch einmal heraufzukommen, um zu diesem Problem Stellung zu nehmen. Denn, meine Damen und Herren, alle Pläne und Maßnahmen auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik sollten auch hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die Arbeitsmarktstruktur beurteilt werden. Ich als Sozialdemokrat, meine Damen und Herren, bin nämlich der Meinung, daß die Wirtschaft nicht nur die Aufgabe hat, mit Gewinn zu wirtschaften, sondern sie muß gleichzeitig auch das Recht des Arbeitnehmers garantieren, einen seinen Fähigkeiten und Kenntnissen entsprechenden Arbeitsplatz zu bekommen und zu erhalten. Das ist für mich die menschliche Aufgabe, die eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik zu übernehmen hat.

Meine Damen und Herren, die Entwicklung in der Wirtschaft und auch auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt geht nach Meinung der Experten dahin, daß in Zukunft immer weniger Menschen in der Fertigung arbeiten, dagegen immer mehr in den Dienstleistungsbetrieben benötigt werden. Hier möchte ich an die Worte von Herrn Kollegen Stäcker anschließen: Wir haben doch, meine Damen und Herren, das beste Beispiel in den Vereinigten Staaten. Dort exerziert man es uns vor, was vielleicht bei uns im Jahr 1980, 1990 oder im Jahr 2000 auf uns zukommt. Daraus, meine Damen und Herren, sollten wir auch die entsprechenden Schlüsse ziehen. Und dazu gehört, so meine ich, die deutsche Berufsausbildung und die Fortbildung und die Umschulung auch auf die in der Zukunft liegenden Bedürfnisse der Wirtschaft hin auszurichten.

Wenn wir uns einmal das Berufsausbildungssystem in der Bundesrepublik betrachten, kann man wohl die Behauptung aufstellen — und ich habe sie auch anderwo schon unwidersprochen ausgesprochen —, daß die deutsche Berufsausbildung nicht mehr den Erfordernissen unserer heutigen auf die Zukunft gerichteten Wirtschaft entspricht. Dafür haben wir aber zu sorgen. Deshalb mein Appell an die Vertreter der Wirtschaft, meine Damen und Herren, den Forderungen nach einer Reform der deutschen Berufsausbildung nicht immer entgegenzuarbeiten, sondern diese Forderung zu unterstützen.

Was ist das denn eigentlich für eine Berufsausbildung, meine Damen und Herren, die heute noch rund 600 eingetragene Lehrberufe kennt, aber in

nur 24 Lehrberufen rund 90 Prozent aller Lehrlinge ausgebildet werden. Alle anderen Berufe sind im Grunde genommen gar nicht mehr erforderlich. Was soll man weiter von einer deutschen Berufsausbildung halten, meine Damen und Herren, die noch in der heutigen Zeit die Fähigkeit des Gebäudereinigers als Lehrberuf anerkennt, den wir früher schlicht und einfach mit Fensterputzer bezeichnet haben. Oder was soll man davon halten, wenn erst kürzlich der Beruf eines Tankwarts in das Berufsregister eingetragen worden ist, eine Tätigkeit, die meines Erachtens durchaus in einem Jahr zu erlernen ist. Hier gehen wir doch wirklich in einer Form mit wertvoller Arbeitskraft um, die unseren wirtschaftlichen Erfordernissen nicht mehr angemessen ist.

Auf der anderen Seite sehen Sie sich, meine Damen und Herren, beispielsweise die Ergebnisse der Lehrabschlußprüfungen an! Manchmal betragen die Ausfallquoten bis zu 20 Prozent. Auch hier zeigt sich, daß die Wirtschaft vielfach nicht in der Lage ist, ihren Berufsausbildungsverpflichtungen nachzukommen. Auch hier wird wertvolle Arbeitskraft fehlgeleitet oder vergeudet, in einer Weise, die wir uns heute einfach nicht mehr erlauben können.

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang möchte ich eine Frage, zugleich verbunden mit einen Appell, an den Herrn Senator für Arbeit richten: Vielleicht ist es möglich, in Bremen damit anzufangen, die Vielfalt von Fortbildungseinrichtungen zu koordinieren. Ich bin nämlich der Meinung, daß durch so eine Koordinierung die Effektivität der Fortbildung erheblich gesteigert werden kann.

(Abg. Hauptmann [FDP]: Versteht kein Mensch!)

Ich spreche doch so laut, Herr Kollege Hauptmann, daß Sie mich verstehen müßten. Ich muß von meinen Standpunkt her gesehen, oftmals feststellen, daß von mehreren Institutionen gleiche Kurse angeboten werden, alle Institutionen aber für diese Kurse finanzielle Zuschüsse aufbringen müssen, die, wenn man sie zusammenlegen würde, viel geringer sein oder aber ganz wegfallen würden. Deshalb die Bitte an Sie, Herr Senator, einmal mit den Institutionen und Organisationen zu sprechen, ob nicht eine Koordinierung möglich ist.

Nun zur Frage der Umschulung, meine Damen und Herren! Die Umschulung hat meines Erachtens zwei Probleme: Einmal die durch erworbene Rechte des Arbeitnehmers erreichte relative Sicherheit am alten Arbeitsplatz. Er weiß, daß er, wenn er bis zum Schluß seines Arbeitslebens an seinem Arbeitsplatz aushält, ganz besondere Rechte in Anspruch nehmen kann. Zum anderen die soziale und wirtschaftliche Unsicherheit, hervorgerufen durch die Umschulung und die Arbeit an einem neuen Arbeitsplatz. Deshalb, meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang ein Vorschlag an die Arbeitgeber: Unterstützen Sie bitte die Bemühungen der Gewerkschaften auf Abschluß von Rationalisierungsverträgen. Sie fördern damit die Bereitschaft der Arbeitnehmer, sich umschulen zu lassen. Damit haben wir dann auch eine weitere Voraussetzung geschaffen, der Wirtschaft die ihr so notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung zu stellen. — Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Kulenkampff.

(Abg. Kulenkampff [CDU]: Ich verzichte! — Bravo-Rufe bei der SPD)

Als nächster spricht der Abgeordnete Schubert.

Abg. **Schubert** (FDP): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich mache es bestimmt ganz kurz. Nur ein kurzes Wort zur Wirtschaftsförderung und zur CDU. Heute hat der Herr Bürgermeister darüber gesprochen, daß auf diesem Gebiet gerade für Bremerhaven sehr viel in der Stille geschieht. Ich habe gestern schon darauf hingewiesen. Ich möchte die CDU bitten, ihre Kritik nicht zu überziehen, sonst wird aus dem, was vielleicht gut gemeint ist, was als Werbung gemeint ist, unter Umständen das Gegenteil. Wir müssen darin ein bißchen vorsichtig sein.

Dann war Herr Boljahn so freundlich und hat die FDP angesprochen. Ich möchte das unterstreichen, was Herr Oltmanns gesagt hat, nämlich die Anerkennung der Arbeitnehmer für ihr Verhalten in der Rezession. Ich darf ganz bescheiden in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, daß die FDP keine Arbeitgeberpartei ist, sondern eine Partei sowohl für die Arbeitnehmer wie für die Arbeitgeber. Ich möchte, daß dieser Zungenschlag erst gar nicht wieder hier hineinkommt.

(Abg. Klein [CDU]: Von Fall zu Fall!)

Von Fall zu Fall, wie es gerade notwendig ist, um das Beste herauszuholen!

(Heiterkeit)

Dann hat Herr Boljahn die Frage der Mitbestimmung angesprochen. Wir wissen, daß das ein zentrales Anliegen für den kommenden Bundestagswahlkampf der SPD ist, und ich kann Ihnen versichern, Herr Boljahn, wir machen es uns nicht so leicht, wie es uns manchmal vorgeworfen wird. Wir sind nicht gegen Mitbestimmung, im Gegenteil. Wir sind außerordentlich intensiv dabei, uns mit dieser Frage zu beschäftigen. Sie werden zum gegebenen Zeitpunkt unsere Argumente hören, und wir werden uns dann sachlich mit Ihnen auseinandersetzen. Soviel wollte ich Ihnen heute nur als Antwort gegeben haben.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Engel: Das Wort hat nunmehr Herr Senator Eggers.

Senator für Wirtschaft und Außenhandel Eggers: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zunächst einmal zu Herrn Dr. Schäfers Aussage, es sind Reedereien nach Cuxhaven gegangen. Ich hoffe, daß Sie nicht damit ausdrücken wollten, daß von Bremerhaven welche weggegangen sind. Das ist nämlich nicht der Fall! Nicht in Cuxhaven bahnt sich die Konzentration der deutschen Fischereiflotte an, sondern umgekehrt in Bremerhaven. Cuxhaven hat nach wie vor nur einen einzigen Flottenstützpunkt, und das ist die Nordsee.

(Zuruf von der CDU: Das ist beachtlich!)

Sicher ist das beachtlich. Sie sagen doch selbst — so muß ich der Presse entnehmen —, da ist die Zusammenarbeit mit Niedersachsen, und wir können nicht alles machen. Wir sind der Meinung, in der Fischereipolitik können zwei Fischereiplätze durchaus nebeneinander existieren und haben in der großen Bundesrepublik eine Existenzberechtigung. Diese beiden Plätze sind Cuxhaven und Bremerhaven.

(Beifall bei SPD und FDP)

Dann kann ich hier nicht gegen Cuxhaven argumentieren.

Ich werde natürlich versuchen, alles für Bremerhaven zu retten. Sie wissen ganz genau, mit welchen Maßnahmen wir das tun. Ich darf nur an den großen Komplex „Nordsee" erinnern, der gebaut worden ist. Ich habe gerade gestern eine Zahl, die mir eine große Reederei schreibt, die an einem anderen Platz ansässig ist, erhalten. Sie hat eine Verschiebung in ihren Geschäftspositionen vorgenommen, die von mehr als dem Doppelten in Millionenbeträgen zugunsten Bremerhavens ausgeht und zum Nachteil von Cuxhaven.

(Abg. Klein [CDU]: Schön!)

Die Fischerei in Bremerhaven in Verbindung zur Konkurrenz Cuxhaven, meine Damen und Herren, ist durchaus gesund, und Bremerhaven ist lebensfähig, ja, Bremerhaven ist der eigentliche Motor in der Fischereipolitik. Nicht umsonst sind alle Fragen, die auf diesem Gebiet angestanden haben, immer von uns angesprochen und von uns einer Lösung zugeführt worden.

Es ist die Frage der Umschulung in Verbindung mit dem Arbeitsplatz aufgeworfen worden. Meine Damen und Herren, ich glaube, Herr Dr. Schäfer oder einer von Ihnen hat es angesprochen,

(Zurufe: Herr Stäcker!)

daß die Umschulung nichts nütze, weil dann ja kein Arbeitsplatz dahinter stehe. Ich glaube, Sie waren es, Herr Dr. Schäfer, der das gesagt hat.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Ich habe es nicht so gesagt wie Sie. Ich habe gesagt, er läßt sich umschulen, weiß dann aber nicht wohin!)

Genau, so ist es ausgedrückt worden. Meine Damen und Herren, wir haben das Beispiel exerziert. Obwohl das Angebot auf den Arbeitsplatz zuerst kam, ist die Umschulung nicht gelungen, weil einfach psychologische Gründe bei den arbeitenden Menschen mit eine Rolle spielen.

Es ist ein Problem, wie der Abgeordnete Stäcker das hier schon angesprochen hat — Herr Ströh hat es, glaube ich, auch angesprochen —, daß wir hier einfach in der modernen Wirtschaft psychologisch von der Ausbildung her, von der Einflußnahme auf den Menschen dafür sorgen müssen, daß er in dieser modernen Wirtschaft fertig wird. Wir haben jetzt gerade einen Betrieb, wo es darum geht, die Umschulung vorzunehmen. Der Betrieb selbst macht einen Zweig dicht, will aber die gesamte Arbeitnehmerschaft in den anderen Zweig übernehmen. Nur 60 bis 70 Prozent sind bereit, sich umschulen zu lassen und in demselben Betrieb zu bleiben. Die anderen wollen in ihrem Beruf bleiben.

(Abg. Borchers [CDU]: Das ist eine Aufgabe der Gewerkschaft!)

Sie wollen nicht umgeschult werden. — Das ist nicht nur eine Aufgabe der Gewerkschaft, die ist nicht für Berufsausbildung zuständig. Nein, meine Damen und Herren, da verkennen Sie aber die Aufgabe der Gewerkschaften.

Meine Damen und Herren, noch einmal — ich habe es hier so oft ausgeführt —: Ich vertrete den Standpunkt, daß es auch für Bremen oder für Bremerhaven kein Nachteil zu sein braucht, wenn ein Unternehmen sich an der Unterweser ansiedelt. Im Endeffekt ist die Kräftigung dieses Wirtschaftsraums eine Kräftigung Bremens und Bremerhavens, weil sie die Zentralorte sind.

(Beifall bei SPD und FDP — Abg. Schubert [FDP]: Richtig!)

Daher kann ich mich hier auch nicht hinstellen und eine Träne nachweinen, weil es Nordenham oder Elsfleth auch einmal gelungen ist, einen Betrieb zu bekommen.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Die Träne haben wir nicht verlangt!)

Sie haben es aber so dargestellt, Herr Dr. Schäfer. Nur gegen die Darstellung wehre ich mich, inhaltlich sind wir ja scheinbar gar nicht so weit auseinander. Wir wollen das Beste für unseren Wirtschaftsraum.

(Abg. Dr. Schäfer [CDU]: Eben!)

Ein anderes Moment, das eine Rolle gespielt hat — Herr Koschek, Sie haben schon solange ich denken kann, jedes Jahr auch das gesagt —: Man solle endlich einmal auch nur Gewerbeflächen ausweisen und es dem Privatbesitz vom Grund her und der Unternehmerschaft überlassen, gegenseitig

die Preise auszuhandeln. Das würde dann auch Erfolg haben.

(Abg. Koschek [CDU]: Das haben andere Gemeinden auch gemacht!)

Herr Koschek, wie oft habe ich das schon gesagt — in diesem Jahre sage ich es zum letzten Mal —:

(Heiterkeit — Abg. Koschek [CDU]: Vorsichtig!)

Wir haben dieses Beispiel exerziert. Die Hastedter Verkopplung ist mit unseren Mitteln aufgeschlossen worden, die Straßen sind gebaut worden, die Leitungen sind gelegt worden, und der Grundbesitz war privat.

(Abg. Koschek [CDU]: Aber eine kleine Fläche!)

Selbst die kleine Fläche ist nicht weggegangen! Da können Sie jetzt noch hingehen und ein Grundstück kaufen. Ich möchte Sie als Unternehmer aber einmal sehen, ob Sie bis zu 100 DM pro Quadratmeter Grundstückspreis bezahlen können.

(Abg. Koschek [CDU]: Es kommt auf den Standort an!)

Ich sagte es ja, Hastedter-Verkopplung, da ist es ja frei.

(Zuruf von der SPD: Herr Senator, lassen Sie sich doch nicht reizen!)

Ich lasse mich nicht reizen.

(Heiterkeit)

Ich möchte nur endlich einmal diese Probleme, die anders sind, als sie hier dargestellt werden, aus der Diskussion heraus haben. Es bleibt wirklich dann noch genug, um sich darüber auseinanderzusetzen, denn die Probleme sind ja nicht so einfach, als daß sie hier vielleicht in zehn Minuten abzuhandeln wären.

Meine Damen und Herren, wir haben sicherlich ein Problem — das darf ich hier sagen, das wird auch demnächst wohl im Senat zu einer Entscheidung anstehen —, das ist die größere Industriefläche am seeschifftiefen Wasser. Eine Frage, die entschieden werden muß, und die auch entschieden werden wird.

Ein Wort von mir zu der „Prins Hamlet", und damit möchte ich abschließen.

(Abg. Ströh [SPD]: Zahlen oder nicht zahlen, das ist die Frage!)

Kann man wohl sagen! Meine Damen und Herren, ich kann es hier nur noch einmal ganz deutlich unterstreichen: Hundert Tage werden wir wahrscheinlich keine Fährverbindung haben. Das Unternehmen sucht noch einen Chartervertrag, aber ob der gelingt, ist noch fraglich. Also wahrscheinlich für hundert Tage keinen Fährdienst. Die neue Fähre ist in Auftrag gegeben. Die Indienststellung ist datumsmäßig festgelegt.

(Abg. Klein [CDU]: Der Verkehr ist abgezogen!)

Herr Klein, lassen Sie mich doch eben ausureden. Der Unternehmer hat zu kalkulieren, es ist ein Privatunternehmer, und der weiß schon, wo er sein Geschäft macht und wie er sein Geschäft macht.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Er weiß auch, wo er sein Geschäft macht!)

Derselbe Unternehmer macht es ja nach wie vor und will von Bremerhaven aus das Geschäft machen. Aber, meine Damen und Herren, ich wäre nicht bereit gewesen, wenn diese Frage überhaupt angestanden hätte, um hundert Tage zu überbrücken, 8 Millionen DM Überpreis zu zahlen.

(Beifall bei der SPD)

Dazu war ich nicht bereit, und das ist das Problem.

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Das ist richtig!)

Meine Damen und Herren, ich glaube, die Formulierung, die von Bürgermeister Koschnick und auch von mir in der Öffentlichkeit vertreten wird, daß es unsere Sorge ist, in der regionalen Wirtschaftspolitik zur Strukturverbesserung beizutragen und die Infrastruktur zu verbessern, ist allgemeingültig. Bei der Infrastruktur haben wir nicht allein die Möglichkeit. Bundesbahnelektrifizierung, das wissen Sie, Autobahn ist Bundesangelegenheit. Eine sehr wichtige Sache ist der Brückenbau der Elbe-Weser-Querverbindung. All das ist hier angesprochen worden.

Gestern, glaube ich, ist noch ein Werbefilm im Fernsehen gelaufen. Dabei war die Frage Nummer eins: Bei der Erschließung eines unterentwickelten Geländes oder einer Region spielt die Lösung des Verkehrsproblems über moderne Autobahnen eine entscheidende Rolle. Für Bremerhaven wird es unweigerlich ein Fortschritt sein und einen bisher nicht möglich gewesenen Fortschritt in der Industrieansiedlung bringen, wenn die Autobahn fertig ist. Und es wird für uns dann noch eine große Aufgabe bleiben, diese Regionalförderung vorzunehmen, das heißt die ansässige Wirtschaft zu stützen und in einer Richtung Industrieförderung zu betreiben, die uns wegführt von der Einseitigkeit Werften, Fischerei, hafengebundene Wirtschaft.

Das ist unser Ziel, und ich habe von Ihnen auch nichts anderes gehört. Ich wäre dankbar, wenn in dieser Richtung auch von Ihnen konkrete Vorschläge kämen. Wir sind bereit, sie zu diskutieren.

(Beifall bei SPD und FDP)

Präsident Engel: Es spricht nunmehr Herr Senator Dr. Borttscheller.

Senator für Häfen, Schiffahrt und Verkehr Dr. Borttscheller: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bitte um Vergebung, wenn ich so spät hier aufgekreuzt bin. Ich komme direkt aus Bonn, wo ich heute früh im Plenum über das Verkehrsprogramm der Bundesregierung zu berichten hatte. Als ich hereinkam, hörte ich schon, daß hier das Stichwort „Prins Hamlet" gefallen sei, und als ich hier Platz nahm, fiel das Wort nochmal.

(Abg. Fichtner [NPD]: Da wurden Sie selbst angesprochen!)

Ja, das ist eine Panne, selbstverständlich! Bremen hatte, und zwar das staatliche Bremen, zusammen mit der privaten Wirtschaft die Idee gehabt, eine Fähre zu entwickeln und einzurichten zwischen Bremerhaven und den Britischen Inseln. Das Geschäft hat gut eingeschlagen. Die „Prins Hamlet" war ein schöner Kasten, etwas rank, und mancher hat gemeint, es sei vielleicht besser, wenn man das Schiff in absehbarer Zeit durch ein besseres Schiff ablösen würde. Aber ich bin überzeugt, daß die Privatwirtschaft und der private Reeder sich dennoch von dem schönen Schiff nicht getrennt hätte, wenn ihm nicht seitens unserer hamburgischen Schwester ein Liebhaberpreis angeboten worden wäre, der in die Knie gehen ließ.

Ich muß jetzt aus der Schule schwätzen. Ich habe Wert darauf gelegt, sehr zurückzuhalten mit meinen Aussagen mit der „Prins Hamlet", weil wir sehr freundliche Verhandlungen mit Hamburg in der Schwebe haben, die ja auch bis zu einem gewissen Grad schon zu Ende gebracht worden sind — nicht, was Sie meinen, aber auf tarifarischem Gebiet, Verhandlungen, die sich sehen lassen können. Das war also der Grund, weshalb ich nicht zu sehr auf die Tränendrüsen gedrückt habe, als die „Prins Hamlet" sich anschickte, nach Hamburg zu verholen.

Hamburg hat, und zwar eine hamburgische Staatsreederei, die „Hadag", tief in den Geldbeutel gegriffen und hat für das Schiff einen Überpreis von 10,3 Millionen DM gezahlt, 10,3 Millionen DM über dem Buchwert, und außerdem ist die „Hadag" verpflichtet, wenn das Schiff — was vorauszusehen ist — Verluste macht, denn die Strecke von Hamburg nach England ist weit, die Hälfte der Verluste zu übernehmen, so daß ein Überpreis von 12 Millionen DM zustande kommt, aufgebracht durch eine hamburgische Staatsreederei, zu zahlen vom hamburgischen Steuerzahler.

Das muß ich jetzt sagen, nachdem wir deshalb hier angegriffen werden, daß wir keine Staatsreederei gegründet haben. Ich habe im Senat sehr früh darüber berichtet und habe gesagt

(Senator Eggers: Und für hundert Tage!)

Bitte?

(Senator Eggers: Und für hundert Tage!)

— und für hundert Tage in der Saison —, ich sehe mich außerstande, dem Senat und der Bürgerschaft vorzuschlagen, für die Übernahme der „Prins Hamlet" eine bremische Staatsreederei zu gründen. Übrigens ein Standpunkt und ein Grundsatz, den mein Vorgänger Jules Eberhard Noltenius in diesem Hause — allerdings noch im alten — auch verkündet hat, und den die CDU seitdem mitgemacht und verkündet hat.

Sie sind also völlig schief gewickelt, Herr Gassdorf, wenn Sie meinen, eine Staatsreederei wäre hier der Weisheit letzter Schluß.

(Abg. Gassdorf [CDU]: Habe ich nie gesagt!)

So habe ich es verstanden, so ist es mir gesagt worden.

(Zurufe von der CDU — Unruhe)

Das lehne ich grundsätzlich ab. Meine ganze wirtschaftspolitische, privatwirtschaftliche Überzeugung geht dagegen an, von Staats wegen Reedereigeschäfte zu machen. Das kommt nicht in Frage, und dazu sehe ich mich nie und nimmer in der Lage.

Nun, wenn es richtig ist, daß die Hamburger mehr bezahlt haben als das neue Schiff kosten wird, können Sie selbst ermessen, ob das ein Geschäft ist oder nicht. Das neue Schiff ist mündlich bestellt. Ich weiß soviel, daß der Kontrakt noch nicht gezeichnet ist.

(Senator Eggers: Doch, ist gestern unterzeichnet bei Nobiskrug!)

Vielen Dank! Er ist gezeichnet bei Nobiskrug. Dann werden wir im September nächsten Jahres ein Schiff haben, das nach Aussagen der Experten — ich bin kein Reeder, ich bin kein Nautiker — brauchbarer ist als Fähre für die Fahrt von Bremerhaven nach England und zurück als die „Prins Hamlet".

Dabei kein krummes Wort über die „Prins Hamlet"! Sie hat so sehr Furore gemacht, daß die Hamburger nicht mehr ruhig schlafen konnten, bis sie auch eine Fähre hatten. Sie haben den dickeren Geldbeutel! Nun schön, aber bitte, deshalb nicht die Freundschaft mit Hamburg kündigen. Wir brauchen die Hamburger Freunde bei jeder Gelegenheit. Erst heute früh wieder im Bundesrat, und vor zwei Tagen bei der Kommission in Brüssel habe ich auch Schulter an Schulter mit Hamburg und für die Hamburger gefochten. Nicht zu partikularistisch denken! Es hat alles seine Vorteile und alles seine Nachteile. Und was das Geschäft im nächsten Jahr anlangt, so werden wir sehen.

Ich habe viele Herrschaften aufgerufen, zu helfen, daß es gelingen möge, eine Ersatzfähre zu chartern für die drei Monate Juni, Juli, August. Ich werde Anfang nächster Woche die Verbindung aufnehmen mit einer ganzen Reihe von Schiffsmaklern, die vielleicht in der Lage sind, den Privatreedern, die weiter die Fähre von Bremerhaven nach England

betreiben wollen, zu helfen und ihnen ein Schiff anzudienen, das einspringen wird im Sommer nächsten Jahres.

(Beifall bei FDP und SPD — Abg. Gassdorf meldet sich zum Wort)

Präsident Engel: Herr Abgeordneter Gassdorf, wir haben vor Ihnen noch einen Redner eingetragen. Ich nehme an, daß Herr Kollege Iversen sich nicht unmittelbar zu den Ausführungen von Herrn Senator Dr. Borttscheller äußern will. Sie, Herr Kollege Gassdorf, haben jedenfalls die Absicht. Aus diesen Gründen bekommen Sie jetzt das Wort.

Abg. **Gassdorf** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Aus der Tatsache, daß in Sachen „Prins Hamlet" soeben zwei Herren Senatoren das Wort ergriffen haben, glaube ich, entnehmen zu dürfen, daß wir und speziell ich doch nicht so auf dem falschen Wege gewesen sind. Es geht nicht um eine Staatsreederei. Davon habe ich gar nicht gesprochen.

(Abg. Klein [CDU]: Sehr richtig! — Beifall bei der CDU)

Es geht auch nicht um die hundert Tage, meine Damen und Herren, es geht einfach darum, daß der Hafen Hamburg offenbar mit uns machen kann, was er will.

(Widerspruch bei der SPD)

Wenn Hamburg glaubt, daß wir die Untersuchungen abgeschlossen haben, dann holt man die Container-Linien zu sich, wenn Hamburg glaubt, daß die Fährverbindung reif ist, dann läßt man einige Mittel springen, und auch das wird uns mehr oder weniger genommen. Es geht darum, wie ich mein Geschäft politisch verkaufe. Vom politischen Effekt her, meine Damen und Herren, hat mich diese Maßnahme leider nicht befriedigt. — Ich danke Ihnen!

(Glocke)

Präsident Engel: Wollen Sie am Schluß noch eine Frage beantworten?

Abg. **Gassdorf** (CDU): Ich meine, daß das Thema hinreichend behandelt worden ist.

Präsident Engel: Herr Kollege Iversen, darf ich vorsichtshalber einmal fragen, wieviel Redezeit Sie benötigen?

(Abg. Iversen [CDU]: Das ist in fünf Minuten erledigt!)

Dann gebe ich Ihnen noch das Wort.

Abg. **Iversen** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Zwei Bemerkungen, und zwar aus der Sicht der Klein- und Mittelbetriebe unserer Wirtschaft. Wir haben heute in der Debatte über die großen Fragen der Wirtschaft gesprochen. Herr Kollege Boljahn hat vorhin einen Hinweis gegeben, daß in der Rezession die Unternehmer in den ersten Monaten eine große Gewinnmarge erarbeitet hätten und sie den Arbeitnehmern gegenübergestellt. Hier besteht immer die Gefahr, wenn Globalzahlen genannt werden, daß man vergißt, daß das nicht auf alle zutreffen könnte. Die Mittelbetriebe und die Kleinbetriebe des Handels und des Handwerks, die heute noch zu 70 Prozent unsere Bevölkerung versorgen, haben in den ersten Monaten nicht mehr und nicht weniger erarbeiten können wie die Arbeitnehmer auch. Das muß man sich auch ganz nüchtern eingestehen.

(Abg. Friedrich Meier [SPD]: Das stimmt doch nicht!)

Der Aufbau einer Wirtschaft aus der Rezession heraus geht nach anderen Gesetzen, als das allgemein manchmal angenommen wird.

Der zweite Punkt ist folgender, und das ist eine Bitte an den Herrn Wirtschaftssenator: Bei der Entstehung von Bebauungsplänen, insbesondere für Gebiete, wo alte Betriebe, besonders Mittel- und Kleinbetriebe, zur Versorgung der Bevölkerung da sind, hat Gültigkeit das „Recht des Bestandes". Aber dieses „Recht des Bestandes" ist aus einer alten Zeit und wird dem heutigen modernen Geschehen nicht mehr gerecht. Aus der Diskussion um diese Bebauungspläne vermisse ich seit Jahren eine Stellungnahme Ihres Hauses, wie der Schutz dieser Versorgungsbetriebe für die Bevölkerung gesichert werden kann. Es ist in den meisten Fällen so gelaufen, daß, wenn sich ein Betrieb der Zeit anpassen will, durch kleine Verbesserungen und Modernisierungen, die notwendig sind, um rationell zu arbeiten, dann nach ganz kurzer Zeit die Genehmigungen nicht mehr gegeben werden. Es dauert dann nicht lange, dann müssen diese Betriebe, die zur Versorgung der Bevölkerung da sind, ihre Tore schließen. Die umgekehrte Seite ist dann, daß die Betriebe vom Stadtrand heranfahren müssen. Im Wegegeld kommt es wieder auf die Rechnung des Mitbürgers, der einzelnen Familien. Meine Bitte und Anregung, Herr Senator Eggers, ist, daß in Ihrem Haus einmal untersucht wird — mit der Bauverwaltung zusammen —, ob es nicht Wege gibt, das „Recht des Bestandes" an die heutige Zeit anzupassen.

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Weiter Wortmeldungen liegen nicht vor. — Damit ist die allgemeine Aussprache über den Einzelplan 11 geschlossen.

Wir kommen zur

Einzelberatung.

116 Wirtschaftsförderung und Sonstiges

Hier liegt zunächst der Änderungsantrag Nr. 174 vor:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

116/407 **Wirtschaftsförderung und Sonstiges** / Maßnahmen zur Verbesserung der Wirtschaftsstruktur (insbesondere Zinsverbilligungen)

Der unter b) für Handel, Handwerk, Kleinindustrie und freie Berufe veranschlagte Betrag von 20 000 DM wird um 20 000 DM auf 40 000 DM erhöht. Damit erhöht sich der Gesamtanschlag für 1969 auf 1 296 820 DM.

In der Anmerkung betr. Ermächtigung zu rechtsverbindlichen Verbilligungszusagen wird der unter b) für Handel, Handwerk, Kleinindustrie und freie Berufe bis zu 40 000 DM veranschlagte Betrag um 40 000 DM auf 80 000 DM erhöht.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Wer begründet diesen Änderungsantrag?

(Abg. Dr. Sieling [CDU]: Wir verzichten auf die Begründung!)

Die Aussprache ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich, sich zu erheben.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Änderungsantrag zu.

(Einstimmig)

Wir kommen zu den Änderungsanträgen Nr. 175 und 176:

Änderungsantrag Nr. 175 lautet:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

116/neu **Wirtschaftsförderung und Sonstiges** / Bremisches Faserinstitut

Für die Errichtung eines bremischen Faserinstitutes werden 50 000 DM veranschlagt.

Dr. Sieling und CDU-Fraktion

Änderungsantrag Nr. 176:

Die Bürgerschaft (Landtag) wolle beschließen:

Ordentlicher Haushalt der Freien Hansestadt Bremen 1969

116/416 neu **Wirtschaftsförderung und Sonstiges** / Zuschuß an das Faserinstitut Bremen

Für das Faserinstitut in Bremen werden 50 000 DM eingesetzt.

Böhrnsen und SPD-Fraktion
Schubert und FDP-Fraktion

Beide Änderungsanträge befassen sich mit der gleichen Haushaltsstelle, sind jedoch in der Formulierung unterschiedlich. Der Änderungsantrag Nr. 175 ist der zuerst eingereichte Änderungsantrag, demzufolge muß ich ihn zuerst zur Abstimmung stellen.

Der Unterschied in der Formulierung geht dahin, daß der Änderungsantrag Nr. 175 lautet: „Für die Errichtung eines bremischen Faserinstituts", während der Änderungsantrag Nr. 176 sagt: „Für das Faserinstitut werden 50 000 DM eingesetzt".

Die Beratung ist eröffnet.

Herr Dr. Sieling, bitte!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, darf ich sicherhaltshalber feststellen, daß wir meinen: 50 000 DM für die Errichtung und fortlaufend für die Unterhaltung von Jahr zu Jahr. Das ist dasselbe.

Präsident Engel: Herr Dr. Sieling, darum dreht es sich nicht bei der von mir unterschiedlich herausgestellten Formulierung, sondern nach meiner Unterrichtung schreiben Sie „Für die Errichtung eines Faserinstituts". Der zweite Änderungsantrag bezieht sich auf ein schon bestehendes Institut. Das ist der Unterschied.

Wer begründet den Änderungsantrag Nr. 175?

Frau Förster, Sie haben das Wort.

Abg. Ingeborg **Förster** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Heren! Es handelt sich bei dem Änderungsantrag um die Errichtung des Faserinstituts. Sie meinen, das Faserinstitut habe bereits seit dem Jahre 1964 gearbeitet. Es hat aber nur sporadisch gearbeitet, jeweils im Auftrag bestimmter Unternehmen. Dafür hat es Zuschüsse vom Land und vom Bund bekommen, aber sehr unregelmäßig, einmal fürs Woll-Labor und dann für die Bremer Baumwollbörse. Wir möchten jetzt, daß 50 000 DM regelmäßig — das wollen Sie auch — im Haushalt veranschlagt werden. Insoweit gehen wir konform in dieser Sache. Dieses Faserinstitut soll in Bremen jetzt fortlaufend arbeiten und hat dafür eine Bilanz aufgestellt. Jährlich 50 000 DM Landesmittel sind für diesen Zweck erforderlich. Für Bremen ist das eine gute Reklame.

Wir müssen uns einmal die Situation auf dem Baumwollgebiet vorstellen.

(Abg. Böhrnsen [SPD]: Muß das jetzt noch sein?)

Ich möchte es aber noch gern sagen, Herr Böhrnsen. Der Baumwolle geht es nicht besonders gut, der Wolle natürlich ebenso wenig. Beide stehen sie in ständigem Konkurrenzkampf mit der Kunstfaser. Durch die Tests, die in dem Faserinstitut vorgenommen werden, können die Baumwolle und auch die Wolle konkurrenzfähig werden und bleiben. Daß wir in Bremen die Baumwolle immer noch als Hauptumschlagsgut haben, wissen wir alle. Allein im Jahre 1967 haben wir für eine halbe Milliarde DM Baumwolle und auch für eine halbe Milliarde DM Wolle über Bremen eingeführt. Das ist eine Milliarde DM Einfuhrwert. Für das Jahr 1968 nehme ich an, daß sich dieser Wert vergrößert hat. Außerdem darf ich auf die Baumwoll-Testtagungen hinweisen, die schon neunmal in Bremen stattgefunden haben und die eine nicht zu unterschätzende Reklame für unsere Stadt bedeuten.

Noch ein Wort zur Lage der Baumwolle. Sie denken vielleicht, durch die Importsteuer wird es dem

Baumwollhandel nun gut gehen. Das ist gar nicht der Fall. Wir haben einen sehr großen Vorrat an Baumwolle liegen, und nicht etwa im Freihafen. Dieser Vorrat, der noch zu den alten Preisen eingekauft wurde, muß auch verkauft werden. Das ist gar nicht so einfach, denn bekanntlich sind die Margen recht klein, gerade in diesem Handel. Darum meine ich, müßten wir alles dafür tun. Es ist nur ein geringer Beitrag, den wir für dieses Institut leisten können. — Ich danke Ihnen!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Engel: Das Wort hat der Abgeordnete Böhrnsen.

Abg. **Böhrnsen** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht hier beinahe um des Kaisers Bart, würde ich sagen. Wir wollen alle zusammen dasselbe, und es ist völlig gleich, ob wir den Änderungsantrag Nr. 175 oder Nummer 176 annehmen. Wir wollen nur sicher gehen, daß diese Mittel als fortlaufende Mittel mit eingesetzt werden, und nicht als einmalige Mittel. Das kann im höchsten Fall der Unterschied zwischen diesen beiden Änderungsanträgen sein, und insoweit stimmen wir dem Änderungsantrag zu, ob es unserer oder Ihrer ist. Das ist also völlig gleichgültig.

Präsident Engel: Bitte, Herr Dr. Sieling!

Abg. **Dr. Sieling** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir wollen alle die 50 000 DM fortlaufend für dieses Faser-Institut. Der Herr Wirtschaftssenator hat mir eben erklärt, daß dieses Institut besteht. Das muß ich ihm abnehmen.

Ich ziehe deshalb unseren Änderungsantrag zurück und bitte, über den SPD-Änderungsantrag abstimmen zu lassen.

(Beifall)

Präsident Engel: Der Änderungsantrag Nr. 175 ist nach der Erklärung des Abgeordneten Dr. Sieling zurückgezogen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Änderungsantrag Nr. 176.

(Alle Abgeordneten erheben sich)

Danke schön! Ohne Aufforderung! Ich stelle fest, daß die Bürgerschaft (Landtag) diesem Antrag zustimmt.

(Einstimmig)

Meine Damen und Herren! Damit haben wir den Einzelplan 11 erledigt.

Ich bekenne Ihnen ganz offen: Unser Arbeitspensum heute war zu gering. Wir werden am Mittwoch der kommenden Woche in zeitliche Verdrückung geraten. Hoffentlich dient nun die heutige Erfahrung dem Ablauf der Verhandlungen des Restes des Landeshaushalts am kommenden Mittwoch.

Ich schließe die Sitzung.

(Schluß der Sitzung: 18.30 Uhr)

Druck: Hans Krohn, Bremen